

Editorial

Dieser Skolast hat sich wieder einmal verspätet. Die Gründe dafür liegen vor allem darin, daß wir als frischgebackene Pressereferenten mit den technischen Dingen, die mit der Herausgabe einer Zeitung verbunden sind, noch nicht sehr vertraut sind, und einige Zeit zum Einarbeiten benötigen.

Also Entschuldigung!

Das Rahmenthema dieser Nummer lautet: Politisches Engagement — ohne Parteibuch? Zwei Ziele haben wir mit diesem Thema verfolgt: Einerseits wollten wir die Diskussion um dieses, auch in Südtirol sehr aktuelle Thema anregen. Andererseits wollten wir all jenen außerparteilich engagierten Gruppen eine Möglichkeit bieten, sich vorzustellen und ihre Ziele einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Zu diesem Zwecke haben wir alle uns bekannten Gruppen und Grüppchen angeschrieben, in der Hoffnung, daß sie uns Artikel zukommen lassen. Leider haben nur wenige diese Chance genutzt. Eigentlich schade, da die Möglichkeiten der Publikationen für Leute außerhalb der etablierten Parteien und Vereinigungen nicht sehr groß sind.

Das Thema des nächsten SKOLASTs lautet: PSYCHIATRIE . . . von Kufstein bis Salurn von Pergine bis Hall

— Was hat die Sanitätsreform für die Psychiatrie in Südtirol gebracht? — Was hat sich seit dem Tode von Peter Lusa in der psychiatrischen Abteilung des Bozner Krankenhauses geändert? — Wie steht es mit der Behandlung von Drogensüchtigen? — Psychische Hygiene und andere psychiatrische-psychologische-physische und viechische Sachen, nicht nur über Südtirol.

Redaktionsschluß: Ende Februar 1987

Die Pressereferenten
Waltraud Plagg
Rudi Schöpf

Für die
Südtiroler Maturanten
diesmal auf Seite 26

„Nein, für Politik interessiere ich mich nicht. Wozu auch? Das nützt doch eh alles nichts. Da kann man eh nichts machen, das bestimmen alles die Großen. Die machen was sie wollen, die fragen gar nicht lange. Und sie machen es ja auch einigermaßen richtig. Sicher, da passieren auch manchmal Schweinereien, davon hört man ja oft, daß die wieder so eine Schweinerei gemacht haben. Denen passiert aber nicht viel, die haben ja Geld und wer Geld hat, der kann sich eben alles leisten. Die haben alles in ihren Händen, wir Kleine müssen eben zuschauen. Aber es geht uns ja nicht schlecht. In Rußland, da ja, da

müssen sie parieren, aber sie können halt auch nichts machen gegen die Großen und die gibt es ja auch in Rußland, nicht. Und Revolutionen, das hat man früher gemacht, die haben schon was geholfen, aber ich meine, irgendwie ist es dann wieder gleich weitergegangen: die haben zwar die Großen, die Reichen eben abgemurgt und später sind dann eben wieder die Reichen an die Macht gekommen, so geht das eben. In Afrika, da tun sie schon noch manchmal Aufstände machen, aber das nützt denen auch nicht viel. Und uns hier geht es ja gut. Die streiten halt ein bißchen, die Russen und die Amerikaner, aber die haben beide Angst voreinander. Ich meine, die werden schon nicht aufeinander losgehen. Und wenn der Russe angreift, ich meine, einfach so angreift, ja dann werden wir uns eben wehren müssen und die Amerikaner werden uns schon helfen, nicht, da müssen wir uns eben wehren. Aber das machen die ja alles mit den Bomben, da brauchen wir gar nicht viel zu tun, aber das passiert ja eh nicht, daß die aufeinander losgehen. Ich meine, da können wir Kleine eh nichts dazu sagen. Wir müssen eben die richtigen Leute wählen, die dann die Politik machen. Die bekommen die Stimmen ja von uns und tun dafür was für uns. Naja, und die Steuern muß man halt bezahlen, sonst läuft da eben nichts. Und da passieren sicher auch viele Schweinereien, aber die Polizei erwischt ja manchmal einen. Sonst interessiere ich mich ja nicht für Politik und Zeitung lesen tu ich auch keine. Die Nachrichten im Fernsehen schau ich mir schon an, das sollte man ja auch, denn, ich meine, man muß schon wissen, was so vorgeht auf der Welt, nicht. Aber sonst tu ich da nirgendwo mit, obwohl, ich meine, bei uns in der Gemeinde, da möchte ich denen schon manchmal die Meinung sagen, wenn sie wieder so einen Blödsinn machen. Ich meine, die haben mir einmal den Grund draußen enteignet, einfach so, weil sie ihn brauchen, haben sie gesagt, für das Schwimmbad. Gezahlt haben sie ja nicht viel und Schwimmbad haben sie auch keines gebaut, sondern ein solches Kulturhaus für die „Deutschen“. Da hab ich's ihm aber gesagt, dem Bürgermeister, draußen beim Engelwirt, daß es alle gehört haben, so hab ich es ihm gesagt! Genützt hat es eh nichts, aber der sollte nur wissen, wie er dran ist bei mir, nicht. Ja und da kommen schon oft solche Leute ins Dorf, die halten so Versammlungen und Sprechstunden ab, ich meine, zu denen kann man hingehen und fragen und so, aber da gehen nie viele hin. Und Gewerkschaftler kommen auch oft in die Fabrik, in der ich arbeite. Das hat ja auch mit Politik zu tun, nicht. Ja und da geht auch niemand hin, weil das der Besitzer nicht so gerne sieht, wenn da jemand zu denen hingehet. Man hat ja auch nicht soviel Zeit, sich dafür zu interessieren. Mein Sohn, ja der interessiert sich für Politik, der ist ja auch ein Student und die tun das eben. Die meinen eh, sie hätten immer recht und könnten was erreichen, aber das hilft ihnen alles nichts. Die machen halt ein bißchen Krawall, weil sie eben noch jung sind und Studenten. Und viele von denen werden ja von den Kommunisten unterstützt. Ja, es ist oben eine schmutzige Sache diese Politik und ich tu mich dafür eigentlich gar nicht interessieren.“

Kurt Fritz,
Student in Wien,
Schladerns, Marktplatz 208

Partei - Engagement - Jugend - Buch

DIE UNUMGÄNGLICHE EINLEITUNG

„Nächstes Rahmenthema für den „skolast“ ist „Politisches Engagement ohne Parteibuch“. Der „skolast“ soll als Doppelnummer erscheinen. Das Thema müßte genug Stoff dafür hergeben. Selbstverständlich ist auch alles andere erlaubt.“ So die Ankündigung der SH-Pressereferenten im „skolast“ Nummer 2/1981.

Fein -- eine Diskussion, die z.B. in Österreich oder der BRD schon seit einigen Jahren läuft, wird jetzt auch bei uns in Südtirol aufgeworfen, die SH hält sich an die Altsüdtiroler Tradition, Fragen aufzuwerfen, die anderswo schon als alte Hühne betrachtet werden.

Ich kann mir aber denken, daß sich die „skolast“-Schreiber schon ins Zeug legen werden: theoretische Untermauerungen, warum die Jugend nicht... schon... nur halb... oder... stüblich etwa so: „... denn gewiß ist in den theoretischen Schattengefächten jener, die links von der Mitte (welcher?) stehen, Kultur der Erfolg (gedacht ohne diesem Wertungsgewicht anzuhängen) der Produktivkräfte: gewissermaßen alle Scheiße & Schürheit aus Menschenhand... Einstieg--Ausstieg: was soll dieser unsinn? warum reproduzieren wir diese Verdrehung? Gemeint/beabsichtigt/versucht... ist/wird doch: zurück zu sich selbst...“)

Es werden sicher schöne Artikel gedruckt, abgrundtiefsinnig die einen, altes bejahend („Wir als Partei sind doch und natürlich und warum denn nicht für außerparteiliches Engagement!“) die anderen.

„Selbstverständlich ist auch alles andere erlaubt“ -- das gibt mir Mut, die Kraft, mich zu überwinden und mich in das Teamfeld der hochgestochenen und arroganten Aussagen und Interviews (vgl. das letzte „skolast“-Gespräch mit H. Schürer) zu wagen: als einer, der seit drei Monaten Parteimitglied (SPS) ist, als einer, der seit der Gründung des Jugendkollektivs Lana (JKL) versucht, in und mit diesem aktiv zu sein, als einer, der die Theorie zwar als wichtig erachtet, aber viel mehr von praktischer Arbeit hält.

Und jetzt soll geschrieben werden -- über politische Arbeit außerhalb der Parteien. Wie aber kann man denn über etwas schreiben, das es bei uns nur andeutungsweise gibt?

ZUM BESSEREN VERSTÄNDNIS: EINIGE VORAUSSETZUNGEN

Bevor ich aber in die Details gehe, doch einige Voraussetzungen, auf die sich meine Gedankengänge aufbauen: * Ich beziehe die Fragestellung „Politisches Engagement ohne Parteibuch?“ nur auf Südtirol.

* Ich schließe die Verbände aus: Gewerkschaften, die ganzen SVP-hörigen Gruppierungen oder auch die SH sind schon so weit strukturiert, daß sie in ihrem Aufbau Parteien gleichkommen (man lese sich nur einmal die Statuten der SH durch...).

* Mich interessiert ausschließlich das Verhalten der Jugend.

* Die „Neue Linke/Nuova sinistra ist für mich eine Partei.

* Keine meiner Aussagen ist absort zu sehen, Ausnahmen bestätigen natürlich wie immer die Regel.

DIE PARTEIEN

„Was tun gegen den Vertrauensschwund?“ fragt man, um dann festzustellen „Partei Jugend in der Krise“). Stimmt -- auch bei uns in Südtirol sieht es äußerst schlecht mit dem sogenannten Parteinachwuchs: Die SVP-Jugend muß seit einiger Zeit feststellen, ... daß die Zahl der wahlberechtigten Ortsgugendausschüsse und damit auch die Zahl der Stimmrechte und der durch funktionsfähige Ortsgugendausschüsse vertretenen Mitglieder zurückgegangen ist... Die Oppositionsparteien in Südtirol können so etwas nicht beklagen, denn sie hatten niemals eine permanent aktionsfähige Partei Jugend; eine Ausnahme bietet vielleicht die KPH/PCI, die nach den Wahlerfolgen in der Mitte der siebziger Jahre einen stärkeren Zulauf von Jugendlichen konstatieren konnte, der allerdings bald wieder abebbte.

Warum nun das Mißtrauen gegen die politischen Parteien, Politiker und auch Institutionen vorherrscht, daß alles was von „oben“ kommt, skeptisch betrachtet wird, daß Wahlen, politische Entscheidungen und Wahlversprechen Unbehagen hervorrufen -- nun, darauf müssen die Parteien eine Antwort finden. Vielleicht sollten sie wirklich ihre politischen Programme und Theorien mehr den heutigen Bedürfnissen der Jugendlichen anpassen, wandlungsfähiger werden. Theorie und Praxis klafft oft zu weit auseinander, eine Politik der „Sachzwänge“ herrscht vor; davon sind besonders auch die Oppositionsparteien in Südtirol betroffen.

Dazu kommt noch von seiten der SVP eine ungeheure Portion Arroganz und so „wertfreie“ Aussagen wie z.B. die von B. Hosp über die Friedensbewegung: „... Die Friedensaufmärsche in der Bundesrepublik Deutschland sind eine bedenkliche Erscheinung, wenn man nicht nur das äußerliche Anliegen, sondern den ganzen Hintergrund betrachtet. Es ist beinahe unmöglich geworden, sachlich über Frieden und Abrüstung zu reden, nachdem Chaos, vermutlich vom Osten gesteuert, die Tüden ziehen...“)

Unterstützt werden diese Strategien von praxismahnen SVP-Genesindepolitkern, die jeder autonomen Bewegung

Prügel zwischen die Beine werfen, wo lauter sie nur können. Da rieselt wirklich der geistige Kalk! Und dann zeigen sich die Wahlmanager auch der SVP beunruhigt, wenn die Südtiroler Jugend nicht mehr zu „der“ Partei, die Heimat und Glaube für sich vereinigt hat, strömt.

Hier sei aber eine Grundfrage gestellt: Ist es wirklich nur allein die Schuld der Parteien, daß die Jugend mit diesen Organisationen nichts mehr anfangen kann? Was tun die Jugendlichen, wenn sie in keiner Partei aktiv sind?

POLITISCHES ENGAGEMENT OHNE PARTEIBUCH?

„TUWAT Spektakel in Berlin... Ganz Europa ist in Bewegung. Kraaker, Anti-AKWler, Instandbesetzer, AIZ-Kämpfer... Punks, Hippies und Gammler... Alternative und Grüne Radler, Anti-Militaristen, Sozialisten und Antifaschisten... und überall die Menschen, die für die Freiheit kämpfen...“ Aber da gibt es ein kleines Land in den Alpen, dessen Jugend über Sinn und Sinnlosigkeit nachsinnt: ... Das Gefühl der Sinnlosigkeit zeigt sich schon bei der Jugend: unter anderem in Selbstzerstörung und Drogenabhängigkeit... Sinn macht vieles, vielleicht alles ertragbar! Der Mensch kann einen Sinn finden: unabhängig von seinem Alter, unabhängig von seinem Geschlecht, unabhängig vom Intelligenzquotienten, unabhängig vom Ausbildungsgrad... Leider erkennen viele unserer Mitschüler im Leben wenig positive Werte, d.h. für sie ist vieles sinnlos geworden. Besonders betroffen sind die Drogenabhängigen. Auch sie sind Mitglieder unserer Gesellschaft...“ So werden die Oberschüler berieselt -- wer wehrt sich dagegen?

Kinderhäuser werden den Jugendgruppen verschlossen -- wer wehrt sich dagegen? Keine Partei Jugend -- gut (oder besser: schlecht)! Wo bleibt dann aber das Engagement außerhalb der Parteien?

WAS KANN SÜDTIROL AUF DIESEM GEBIET VORWEISEN?

Jugendkollektiv Lana, Freizeit- und Kulturverein Obervinschgau, Jugendgruppe Latsch, in Kastelruth soll es ebenfalls eine Jugendgruppe geben, Frauen für den Frieden, Sacharov-Bewegung, einige Umweltschutzgruppen... und dann? Sind es 100 oder 120 Leute, die in Südtirol konstant ohne Parteibuch politisch tätig sind? Die Betonung liegt hier auf konstant, denn: für kurzfristige Vorhaben sind immer viele anzusprechen; in der Monopollbewegung starteten viele, vor Gericht waren es nur mehr wenige. Die Friedensdemonstration in Bozen würd sicher viele anlocken -- die meisten werden nicht einmal wissen, um was es eigentlich konkret geht. Aber man trifft sich...

Nein, dieses Engagement meine ich nicht, das wäre zu leicht -- was es braucht sind Gruppen und Aktivisten, die längerfristig aktiv sind. Wenige Gruppen, einige Leute: Wie ist denn so etwas möglich, wenn man sich die Jugendlichen so ansieht? Recht lockert

Reinhold Staffler
39011 Lana, St. Cäziliengasse 7
Überschülerr und Noch-Student

und fässig gekleidet, Abzeichen „Atomkraft — sein dankt!“ und den Kopf des Che Guevara auf der Brust.

*„Stimmen der Liebe
flüstern die Sprache
rauschender Kastanienbäume
an kühlen Herbstenden
erblicken
in abendrüttlicher Leidenschaft
und zischen Schneeböden
auf verdorrten Blättern.“¹⁾*

Man hört sie diskutieren und schimpfen: gegen eine erstarrte bornierte Kulturpolitik, gegen Wucher, verfochtene Kommunalpolitik, gegen Schule, Lehrer und Elternhaus. Und wie sie addrehen: hundenweise, an den traditionellen Treffpunkten: In der Theorie gut, wie schaut es aber praktisch aus?

*„Rauschender Frühe voll
Tropfen die Gaspräche
Der Stadt in dem Regen
Blüten aus Eis
Und grauem Stein,
Und versinken im Fluß
Wie Stücke
Zerbrochener Brücken.“²⁾*

Die Jugend gibt sich fortschrittlich, teilweise sogar links, man will ja nicht so sein... Protestiert wird verbal — vergißt das aber alles wieder, am Abend, in den (alternativen?) Diskotheken, wo die Aggressionen gegen das System in einer ungefährlichen Art und Weise abregiert werden. Am Morgen schlumpft man wieder auf die „traditionellen“ Diskotheken, schlüpft in den Pullover mit den Abzeichen darauf — die perfekten Chamäleons.

Was bedeutet denn das, frage ich einmal und deutete auf den Kopf des Che. Weiß ich nicht, war die Antwort, viele tragen dies. Warum bist du denn gegen die Atomkraft, fragte ich einmal und deutete auf das „Atomkraft — nein danke“. Weiß ich nicht, aber mir gefällt der Entwurf und die Farbe.

*„Hexenküche: Indischer Pudding (für
4 bis 6 Portionen).“*

Ihr braucht dazu: 4 Tassen Milch — 1 Tasse gelbes Maismehl — 1/4 Tasse Sojagrieß in einer halben Tasse Wasser eingeweicht...

Und so müßt ihr es machen: wenn die Milch kocht, läßt man Maismehl und Sojagrieß einlaufen und schlägt bei geringer Hitze mit dem Schneebesen glatt. Sobald sich der Brei verdickt hat, wird er vom Feuer genommen...
Also dann: Guten Appetit!“³⁾

... Aber da gibt es leider auch die andere Seite: die schreckliche Unfähigkeit der Politiker, diese Bewegungen einzubeziehen, den irren Aberglauben, mit Polizeimitteln reagieren zu können. Ich bin über die Radikalisierung in beiden Lagern besorgt, denn Gewalt üben ja nicht nur die Steinschmeißer aus, sondern die Kriminalisierung ist auch bei der Polizei zu bemerken...⁴⁾

In Österreich heißt es über die Jugend: „Links wählen, rechts leben.“⁵⁾

Für Südtirol könnte das Gegenteil zutreffen. Alternativ sein ja — aber sonst?

So bemüht sich z. B. das JKL fast

drei Jahre, junge Leute anzusprechen mit viel Engagement und Willen — aber: „Ich will mich nicht politisch mißbrauchen lassen!“, oder „Schon gut, schon gut, wann macht ihr das nächste Fest?“

An dieser Stelle seien mir einige persönliche Bemerkungen dazu gestattet: Ich beginne zu resignieren, wenn ich einen Teil der Jugend sehe, wenn ich ihre oberflächlichen Diskussionen höre, wenn ich ihre Arroganz bemerke und mich ganz besonders das dauernde sich gegenseitig Anlügen abstößt. Was ist das für eine Jugend, die sich so total anders verhält, als sie in Wirklichkeit ist? Nimmt man für das „In-sein“ wirklich so viel in Kauf?

Bei Veranstaltungen, organisiert von der Jugend (JKL) für die Jugend nehmen ganz wenige teil — bei Festen kann man 700 bis 800 Feiernende zählen. Feiern ist schön und auch wichtig, aber dann sollen diese selbsternannten Alternativen, Aussteiger, Freaks, Flipper und was weiß ich was, endlich einmal ehrlich sein und sagen, was sie nicht wollen: in irgendeinem Rahmen aktiv werden!

„Unser Angebot aus dem Alternativmagazin: Horoskop-Service, Leben und Lehren der Meister im fernen Osten, kosmische Visionen, Raum-Zeit und erweitertes Bewußtsein, Kleines Handbuch für Glasperlenspieler, Die Kunst des Träumens, Meditative Musik, Auf den Schwingen des Wassermannes usw...“⁶⁾

Musik-Meditation — und vor allem: Drogen sind für viele ein wichtiges Hilfsmittel, um das Leben zu meistern zu können. Dazu kommt bei vielen noch die Hinwendung zur Mystik, zur spät gefundenen Religiosität:

„... I movimenti giovanili — e il momento di Comunità e Liberazione: Ecco i paradisi Gesù Cristo. Erenfici, efficienti, cattolici e un po' marxisti.“⁷⁾

*„Ich weiß die Nacht
nach dem Regen
da der Wind
die bloßen Steine trocken:
und den Sand schürft
von der Vergangenheit
da ich am Fluß stand,
allein.“*

*und in schwarzes Tuch gehüllt
um einen Namen sprach
ins lidlose Auge der Nacht...“⁸⁾*

Es ist sicher übertrieben, aber nicht so weit hergeholt, wenn ich behaupte, daß sich ein Großteil der Jugend im Lager derer tummelt, die man anzugreifen vorgibt.

Zum Abschluß, weil's so schön ist, noch ein Zitat: „... Die... Jugendrevolte beginnt und endet mit dem Abdriften in die Rockerwelt. Die Neo-Machos in Leder und Metall verbreiten jedoch meist nur viel Motorrad um nichts...“⁹⁾ Geltend auch für Südtirol, nur nicht so ausgeprägt!

DER UNUMGÄNGLICHE SCHLUSS

Beiliebe kein Klagegedicht soll dies sein, sondern nur das schnell aufs Papier Gebrachte, Fragmente, Gedankensetzen, die einem so durch den Kopf schießen,

wenn man in einer Jugendgruppe auftaucht als Parteihengst, als Bürokrat, wenn man dann als Mitglied dieser Jugendgruppe herumläuft, um durch Proteste und Bitteln zu erreichen, daß man einen Saal für die Aufführung eines Theaterstückes erhält und wenn man sich dann am Abend sicher sein kann, daß es 99 Prozent aller Jugendlichen im Burggrafenamt doch ziemlich egal ist, ob man den Saal nun zur Besetzung erhalten hat oder nicht.

Und hier müssen die Alarmglocken schrillen: Wenn es nicht einmal den Jugendgruppen gelingt, ihre Altersgenoss/innen/en anzusprechen und zu aktivieren, wie soll dies denn dann den Parteien gelingen. In Südtirol ist eine Jugendbewegung zu konstatieren, die sich um nichts schert, die gleichgültig dahinglebt — die in der Theorie zwar rebelliert und protestiert, in der Praxis aber nicht einmal versagen kann, weil man über Verbales eben nicht hinauskommt.

Im Gegensatz dazu schätze ich alle Parteifunktionäre, die für irgendetwas kämpfen, sich einsetzen, die sich bemühen, Änderungen herbeizuführen, egal ob es nun Konservative oder Progressivo sind.

Ich bin sicher, daß dieser „skolast“ einige Artikel enthält, in denen das außerparteiliche Engagement hochgelobt und zur Lösung zahlreicher Probleme angepriesen wird, das Beispiel der „Alternativen Liste Berlin“ wird sicher nicht fehlen — doch es ist eine Sache, von Berlin, Wien oder auch nur von Innsbruck aus zu schreiben, eine andere ist es hingegen, hier im Lande aktiv tätig zu sein und trotz all der zahlreichen Enttäuschungen den Mut zu finden weiterzumachen, trotz der Erkenntnis: „Politisches Engagement der Jugend in Südtirol — weder mit noch ohne Parteibuch existiert!“

Anmerkungen:

- 1) F. Plöner: Nur ein Vorwort: „anarchie-aussteiger“. In: „skolast“, Nr. 2 1981, S. 1
- 2) Zukunft, November 1981, S. 31
- 3) Spiegel, Nr. 40, 1980, S. 73
- 4) Profil, Mitteilungsblatt der JG/SVP, Nr. 7, 1981, S. 4
- 5) Dolomiten, Tagblatt der Südtiroler, 29. Oktober 1981, Nr. 252, S. 7
- 6) Flugblatt TUWAT, Berlin, August 1981
- 7) AOS, Zeitschrift der Autonomen Oberschüler Südtirols, April 1981, Nr. 8
- 8) Zitiert aus: „Symposion“, Schülerzeitung des Klassischen Lyzeums Meran, Nr. 1, S. 14 (Gedicht von A. Dusiak)
- 9) Ebenda, S. 10
- 10) Ebenda
- 11) G. Grass in: Arbeiterzeitung (Wien), 25. November 1981, S. 15
- 12) Extrablatt, Österreichs illustriertes Magazin für Politik und Kultur, Nr. 11, November 1981, S. 27
- 13) Alternativ Magazin (Linz), Doppellnummer 7/8, 1981
- 14) Repubblica, 19. Oktober 1981, S. 9
- 15) Zitiert aus: „Ventil“, Schülerzeitung des Realgymnasiums Meran, 1980
- 16) Extrablatt, a.a.O., S. 27

skolast-Gespräch: „Politisches Engagement mit oder ohne Parteibuch“

Teilnehmer:

Arnold Dall' O' (Jugendkollektiv Lana)
Walter Mayr (PdU)
Josef Perkmann (BKP)
Luis Pichler (NL-NS)
Otto Saurer (SVP)
Rudi Schöpf (Skolast)
Albert Strobl (SH)

Rudi: Immer mehr Leute engagieren sich, wenn überhaupt, außerhalb der politischen Parteien. Beispiele dazu zeigen sich in letzter Zeit häufig — Friedensbewegungen in Europa, verschiedene Bürgerinitiativen (besonders zu Fragen der Ökologie, bei uns z. B. die Initiative „Rettet das Pflössental“, die Gruppe „Frauen gegen Nordring“ in Bruneck). Parteionabhängige Leute greifen zunehmend Probleme auf, die bisher fast ausschließlich Politikern überlassen waren, wie die Fragen der Wohnbaupolitik, der Kulturpolitik und der Umwelt- und Freizeitgestaltung. Beispiele hierfür: Berlin, Zürich, Amsterdam, Frankfurt u.a.m. Uns scheint es wichtig, sich näher mit diesem Phänomen auseinanderzusetzen. Deshalb haben wir Vertreter von Parteien und Leute, die in parteionabhängigen Bewegungen und Initiativgruppen mitarbeiten, zu diesem Gespräch eingeladen.

Uns würde interessieren, ob sich die Parteien über diesen Trend Gedanken gemacht haben und warum sie glauben, daß immer mehr, vor allem junge Leute, sich von den Parteien abwenden und in parteionabhängigen Initiativen mitarbeiten.

Otto: Grundsätzlich ist folgendes zu sagen. Es stellen sich für die Parteien immer wieder neue Situationen dar. Nach dem Krieg war es für die Parteien leicht, an politische Aufgaben heranzugehen; man war froh, die Diktatur los zu sein, man mußte aufbauen und die Probleme waren leichter zu erkennen. Jetzt befinden wir uns in einer Zeit des Umbruchs; den Parteien, vor allem den großen, gelingt es nicht mehr, die Probleme mit der notwendigen Durchschlagskraft anzugehen. Parteien haben sich sehr stark einander genähert, viele haben den Charakter einer Volkspartei und ein klarer Unterschied in ihrem Konzept ist besonders für Außenstehende sehr schwierig zu erkennen. Ich bin der Meinung, daß es für das Funktionieren der Demokratie unsere Art von Parteien braucht, aber es trägt nur zur Belebung dieser Demokratie bei, wenn auch andere Gruppen und Initiativen sich mit den anstehenden Problemen beschäftigen.

Josef: Es ist richtig, daß zur Zeit die außerparteilichen Initiativen stark zunehmen. Als aktuelle Beispiele seien die Friedensbewegung und ökologische Ini-

Werner Untchauer (SPS)
Heinrich Zoderer (Wecker-Liste
Prad i. V.)

Das Gespräch fand am 24. Oktober in der SH in Bozen statt. Es wurde schriftlich aufgezeichnet und das Manuskript vor der Veröffentlichung den Teilnehmern zur Korrektur vorgelegt.

tiativen genannt. Hier müssen wir mit unseren Überlegungen über das politische Engagement ansetzen. Die Krise erleben vor allem junge Leute. Gleichzeitig haben die Parteien insgesamt Probleme, ihren Mitgliederstand zu vergrößern oder auch nur zu halten. Man muß sich nun grundsätzlich die Frage stellen, wie Politik bei uns konzipiert wird. Ein Fehler besteht darin, daß Politik weitgehend an wenige politische Entscheidungsinstanzen delegiert wird. Viele ziehen sich von der politischen Beteiligung zurück. Dies ist ein unübersehbarer und negativer Aspekt der repräsentativen Demokratie, ein Manko, das durch Möglichkeiten der direkten Einflußnahme und der direkten Demokratie — auch im wirtschaftlichen Bereich — ausgeglichen werden muß. Es gibt in dieser Krisensituation aber auch neue politische Bewußtseinsprozesse unter den von der Politik Ausgeschlossenen, also unter jenen, die nicht am Hebel der Macht sitzen, aber unabhängig davon die großen Probleme der Zeit spüren und sich engagieren. So entstehen Bewegungen, wie jetzt die Friedensbewegung. Während solche Parteien in solchen Fragen dazu neigen, dem eingefahrenen Geleise zu folgen, ist auf der anderen Seite ein großer Teil der Bevölkerung bereit, neue Wege zu gehen und politisch aktiv zu werden. Ein solches Engagement geht quer durch Parteien, Weltanschauungen und auch Kirchen. Viele Parteimitglieder sind in diesen Bewegungen engagiert und können sich in ihnen wiedererkennen.

Der zweite wichtige Ansatzpunkt ist die Umweltbewegung. Ingesamt ist eine tendenzielle Rückkehr zur Eigeninitiative für die Entwicklung der Politik und der Demokratie wertvoll. Auch auf diesem Wege kann Demokratie verwirklicht werden.

Heinrich: Ich habe Erfahrungen mit einer Liste im Dorf, die bei den Gemeindevorwahlen überparteilich angetreten ist.

Ich persönlich habe Angst zu einer Partei zu gehen und in ideologische Strukturen hineingezwängt und von dem Apparat aufgefressen zu werden. Im Dorf ist es auch möglich, außerhalb von Parteien Politik zu machen. Aber Parteien sind auch wichtig, weil es auf größerem Raum Strukturen braucht.

In Parteien wird man oft für die Handlungen anderer verwendet. Auf Gemeindeebene hat eine Partei oft eine Wahlhelferfunktion. Parteien haben ihre Programme und durch ihre ideologische Fixierung und ihre geschichtliche Verwurzeltheit, verkennen sie gegenwärtige Probleme. Die Sprache der Parteien ist: Die wir sind besser, wir haben inamer recht...

Viele Leute werden durch deren Demagogie, Falschheit und Unehrlichkeit, und durch deren Sprache abgeschreckt. Als Beispiel möchte ich etwas zitieren, was Pannella bei den letzten Regionalratswahlen gesagt hat: „Das einzige Problem für die Parteien ist, daß sie gewählt werden.“

Josef: Auch Pannella will gewählt werden.

Heinrich: Aber Parteien sind auch notwendig, weil es auf größerem Raum Strukturen braucht. Wichtig ist zu unterscheiden zwischen Gemeinde-, Provinz- und Staatsebene. Für Gemeinden bis zu einer bestimmten Einwohnerzahl wäre vielleicht eine Persönlichkeitswahl einer Listenwahl vorzuziehen. Dadurch wäre auch mehr Engagement von der Basis her möglich.

Strukturell sind die Parteien fast alle gleich. Ich sehe eine Parallele zwischen der Form der Parteiapparate und der Struktur der Staatsbürokratie. Eine Strukturänderung der Parteien ist notwendig. Dies geht nicht von den Parteien aus. Zu neuen Wegen müssen Bewegungen voranfragen.

Walter: Ich möchte vorausschicken, daß die PdU nicht ideologisch fixiert ist, da sie nicht auf eine Tradition aufbaut.

Das Mehrparteiensystem ist Voraussetzung für das Funktionieren der Demokratie. Parteien sind für alle da, deshalb werden sie auch finanziert.

Es gibt heute außerparteiliche Initiativen im politischen Bereich. Schuld daran sind die Parteien, vor allem die Mehrheitsparteien. Man muß überlegen, was man den Leuten vor den Wahlen verspricht, und was man dann halten kann. Bürgerinitiativen finden wir gut und notwendig. Im Gegensatz zu Parteien ist ihr Ziel aber eng begrenzt. Parteien sollten für alle da sein. Die Jugend wird oft zu Unrecht auf die Seite geschoben; und oft wird von den Parteien zu wenig überlegt, daß dies ja kritische Leute sind.

Der Vorwurf der Undurchsichtigkeit des Parteiapparates mag stimmen, aber eine Organisation ist die Voraussetzung, um das zu verwirklichen, was man will.

Werner: Ich möchte auch etwas vorausschicken: Klammer auf! Die PdU hat bestimmt eine ideologische Fixierung. Sie bezieht sich nämlich auf den

Mittelstand. Das ist auch eine Fixierung. Klammer zu.

Und nun zum Thema. Die Parteien sind in Krise. Dies trifft nicht nur für die lokalen Gegebenheiten zu, sondern ist ein allgemeines Phänomen in Europa. Die Gründe wären zu untersuchen. Mich berührt besonders die Krise der Linksparteien, der linken Bewegungen (Arbeiterbewegung, Gewerkschaften). Einen Aufwärtstrend verzeichnen hingegen die alternativen Bewegungen mit Allgemein-demokratischen Inhalten (Frieden, Ökologie...). Sie sind klassen-überschreitend und greifen Widersprüche auf, die wenig mit dem Grundwiderspruch Kapital-Arbeit zu tun haben. Dieser wird in den Hintergrund gedrängt, ist aber für eine sozialistische Politik nach wie vor entscheidend. Diese Bewegungen schaffen Solidarität über die Grenzen einzelner gesellschaftlicher Gruppen hinaus, Solidarität, die ausgeht von konkreten Bedürfnissen, welche von den Parteien vernachlässigt werden. Dies aber ohne gesamtgesellschaftliche Schau, sobald diese angestrebt wird, zerschellen diese Bewegungen meistens.

Luis: Ich fühle mich nicht in der Lage, „für“ die Neue Linke zu reden. Von der Umwelt her, in der ich lebe, der Fabrik, ist meine Skepsis gegenüber den Parteien sehr groß. Der Mensch ist dem Parteienapparat gegenüber machtlos. Er ist immer ein Objekt, fühlt sich selten als ein Teil einer Gruppe. Die Trennung geht immer weiter. Personelle Erstarrung und Dogma führen dazu, daß die konkreten Bedürfnisse der Leute selten aufgegriffen werden. Die Kluft zwischen dem Menschen und dem Problembewußtsein der Parteien wird immer größer. Die Politiker haben immer weniger Gespür für die kleinen Sorgen. Mehr Sensibilität wäre notwendig. Außerparlamentarische Bewegungen erfüllen diese Bedürfnisse.

Rudi: Fühlt sich die Neue Linke als eine solche Bewegung?

Luis: Die Neue Linke bezeichnet sich als Bewegung; aber es sind sehr viele Einzelpersonen und Gruppen, die nicht unter einen Hut zu bringen sind. Auch im Hinblick auf die Organisation einer solchen Bewegung gibt es verschiedene Ansichten. Die einen glauben, daß eine minimale Koordination und Organisation notwendig ist, die anderen sind mehr für spontane Aktionen. Aber wir sind keine Partei, wohin sich jemand um Richtlinien wenden kann. Wir sind eine Sache, die schwierig zu definieren ist. Bedeutend ist bei uns die Förderung der Eigeninitiative.

Albert: Ich möchte nun nicht auch über die Krise der Parteien reden. Ich arbeite im Jugendkollektiv Lana mit. Dazu einige Erfahrungen: Jugendgruppen und Kulturgruppen auf Dorfebene haben nicht nur immer eng begrenzte Themen und Ziele. Sie beschäftigen sich auch mit Problemen, die über Südtirol hinausgehen. Wir in Lana haben uns z.B. neben der Industriezone

und dem Biotop Falschauerermündung auch mit dem Drogenproblem und mit der Schule beschäftigt und über die Friedensbewegung diskutiert.

In solchen lokalen Initiativgruppen beschäftigen sich junge Leute mit Problemen, die sie angehen, leichter als in Parteien. Die Vereinogenommenheit gegenüber den Parteien ist groß: sie erregen ein, sie stempeln einen ab unter den Leuten.

Eine Partei stellt ein Programm auf, das meist sehr allgemein gehalten ist, um alle irgendwie anzusprechen und gibt dann vor, alle Punkte zu vertreten. Eine Initiativgruppe stellt Leitlinien auf, die sich aber ändern können. Sie bietet dem einzelnen mehr Möglichkeit, seinen Beitrag zu machen.

Wie steht es mit der innerparteilichen Demokratie? Ich bin da sehr skeptisch. In den Hierarchien der Parteien gibt es sehr viele Konflikte. Dies ist in einer Jugend- und Kulturgruppe nicht in jener Form (Konkurrenz) der Fall, wenn sie nicht hierarchisch strukturiert ist. Es gibt natürlich auch Gruppen, die diese negativen Aspekte der Parteien auch aufweisen. Wenn die Gruppe für Tätigkeiten oder Kontakte einige wenige und öfters dieselben vorschickt, dann tritt diese Gefahr auch auf.

Ich frage die Parteienvertreter: Innerparteiliche Demokratie? Wie steht es mit der Chance des einzelnen, sich einzubringen und durchzusetzen, wo meistens Themen und auch Lösungsvorschläge von oben vorgegeben sind?

Otto: Ich glaube, daß es in unserem Parteiensystem notwendig ist, daß Parteien agieren, auf der Grundlage eines bestimmten Pluralismus, und daß von Kultur, Wirtschaft usw. befehlende Momente für die Parteien kommen. Aber in der Struktur unserer wirtschaftlichen Abläufe ist es notwendig, daß Entscheidungen fallen. Deswegen bin ich nicht glücklich über das Ausufern der Parteienlandschaft in Italien, denn eine Entscheidungsmöglichkeit muß gegeben sein.

Ich halte nicht viel von einem reinen Pragmatismus, eine ideologische Ausrichtung muß da sein. Man muß Angebote machen, mit denen man vor die Wähler tritt. Aber nicht so wie die DC, die nie die Courage hatte, in Opposition zu gehen, und dadurch ihr Gesicht verlor. Wenn man mit seinen Grundsätzen nicht durchkommt, muß man die Konsequenzen ziehen. Die USA, Frankreich und jetzt auch Griechenland sind Beispiele für die Lebendigkeit der Demokratie. Und nun zu Südtirol: Angesichts unserer Situation zur Zeit braucht es eine Partei, die die Minderheit vertritt, die das Gefühl gibt, daß ihre Rechte glaubwürdig vertreten werden, auch um den Terrorismus zu verhindern. Deswegen muß die parteiinterne Demokratie großgeschrieben werden. Dazu gehören kritische Stimmen der Partei gegenüber, dazu gehören auch Rücktritte, nur durch persönliche Konsequenzen kann man auf lange Sicht auch die Demokratie

sicherstellen, sowohl in der SVF als auch in Südtirol, als auch anderswo.

Josef: Es wird hier grundsätzlich über die Methode Politik zu machen diskutiert. Das parlamentarische Parteiensystem kennen wir und wir leben darin, aber der größte Teil der Welt wird anders regiert.

Heute betrachtet ein Teil unserer Mitbürger Politik als etwas Fremdes. Warum kommt es überhaupt dazu? Es genügt nicht zu sagen, daran sind die Parteien schuld. In einer kleinen Gemeinde ist dies vielleicht möglich, vor allem in Südtirol. Aber auch eine parteilose, gewählte Personengruppe muß Politik betreiben, Stellung nehmen, Entscheidungen treffen. Die Probleme, die sich für die Parteien ergeben, stellen sich auch für sie. Man muß sich fragen: Macht der Gewählte die Politik alleine, oder reden auch seine Wähler mit? Konkrete Probleme aufgreifen kann eine Partei genauso wie eine parteilose Gruppe. Die Frage ist, ob und wie sie es tun. Jede Gruppe will und braucht den Konsens der Wähler, auch Panella. Das Dilemma der Realpolitik ist aber, daß Situationen, die politisch bewähigt werden müssen, nicht leicht auf einen einfachen Nenner zu bringen sind. Wahlprogramme flachen oft zur Propaganda ab. Programmatische Vorstellungen werden vereinfacht, so daß sie der Bürger dann in der Praxis nicht mehr wiedererkennt.

Zur parteiinternen Demokratie: Sie ist nicht in allen Parteien gleich. In manchen Parteien funktioniert sie ähnlich wie im Staat, bei anderen nach dem Führerprinzip, also überhaupt nicht. Arbeiterparteien, die den demokratischen Zentralismus anwenden, erarbeiten sich den Konsens der gesamten Basis methodisch. Dies geht von oben nach unten und von unten nach oben. Zur Zeit ist die Chance zumindest die eigene Basis an Entscheidungen teilnehmen zu lassen, in den Parteien größer als in Bewegungen, die ohne Struktur und Organisation arbeiten. Spontane Bewegungen müssen sich den Problemen der internen Demokratie erst noch stellen. Sie haben noch keine Beispiele für deren Lösung gegeben. Und sie sind auch nicht in der Lage eine politische Kontinuität zu garantieren.

Für viele ist eine Bewegung aber auch die Vorstufe zum Parteieintritt. Die Mitarbeit in einer Bewegung wird zur Standortsuche jener, die sich von der Politik ausgeschlossen fühlen. Die interne Dynamik einer Bewegung ist aber selten so, wie man sie sich vielleicht vorstellt. In Bewegungen geben vor allen Dingen einzelne Personen den Ton an, auch in Südtirol. Und dies ist dann ein Abklatsch dessen, was man den Parteien vorwirft: jemand gibt den Ton an, die anderen zählen nicht. Der Dissens wird in Bewegungen vorwiegend abgeschoben. Der einzelne hat geringe Möglichkeiten, die Politik tatsächlich mitzugestalten. Wenn wir also die Mängel der Parteien sehen, sollten wir auch jene der spontanen politischen Bewegungen nicht überschauen.

Rudi: Bevor Sie jetzt antworten, möchte ich noch etwas vorausschicken: Alle Redner haben in dieser ersten Diskussionsrunde mit eher allgemeinen, grundsätzlichen Beiträgen gearbeitet. Nur Sie, Herr Mayer, haben sogleich Ihre Partei ins Spiel gebracht („... sie haben keine ideologische Färbung“) und sogleich von „WIR“ gesprochen, als eine geschlossene Gruppe, die von außen schwer zugänglich ist. Das sind, glaube ich, wichtige Punkte, die auf Nicht-Mitglieder oder Nicht-Mitglieder abstoßend wirken, nämlich der Allmachtsanspruch einer Partei und ihr geschlossener Charakter.

Walter: Ich weiß nicht, ob das so ist; darauf möchte ich nicht näher eingehen. Zu dem was Unterhauser gesagt hat, möchte ich feststellen: Mittelstandsförderung hat nichts mit ideologischer Färbung zu tun.

Die ganze Politik müßte menschlicher gemacht werden, für die Menschen. Initiativgruppen sind oft Elitengruppen, wie Portmann richtig sagt. Sie kümmern sich kurzfristig um ein Problem, wenn das Problem gelöst ist, hat sich auch die Gruppe, z. B. die Umweltschutzgruppe für das Pfaffenstal.

Ich muß jetzt aber leider gehen, wegen anderer Verpflichtungen.

Heinrich: Es hat neben den traditionellen Parteien, die sich in erster Linie um das politische Geschehen bemüht haben, auch viele Organisationen und Gruppen (z. B. Kirche, Gewerkschaften, Kulturvereine...) gegeben, die sich politisch engagiert haben. In den letzten Jahren aber ist eine neue politische Kraft entstanden. Es gibt eine Friedensbewegung, eine Bewegung gegen Atomkraftwerke, viele Umweltschutzgruppen und Bürgerinitiativen. In letzter Zeit werden diese Gruppen immer stärker. In der Jugend macht sich eine Skepsis gegenüber Parteien breit. Mir scheint, daß es den Parteien schwer fällt, sich neu auftauchenden Problemen zu stellen (z. B. der ökologischen Problematik) und Lösungsmöglichkeiten dafür anzubieten.

Neben der inhaltlichen Diskussion ist auch eine strukturelle Diskussion notwendig. Zur Zeit gibt es zwischen den einzelnen Parteien zwar unterschiedliche Zielsetzungen, doch in ihrer Struktur sind sie alle mehr oder weniger gleich u. in ihrem Konzept sind sie sich einig. Mir scheint, daß gerade die Parteien wesentlich dazu beigetragen haben, daß der einzelne heute sich einem unüberschaubaren und hochkomplexen Staatsapparat ausgeliefert fühlt. Bürgerinitiativen u. Basisbewegungen können auch mithelfen, diesen Staatsapparat abzubauen und ihm überschaubare Strukturen entgegenzustellen. Dadurch wäre die Möglichkeit geschaffen, daß sich mehr Leute politisch engagieren.

Alle Bewegungen wirken punktuell, aber nur am Anfang. Diejenigen, die sich anfänglich gegen ein AKW wehrten, stellten sich dann auch die Frage nach Umweltgestaltung, nach Freizeit, Arbeit usw. Viele Fragen hän-

gen damit zusammen. Um ein einziges Problem lassen sich viele andere Probleme unter demselben Aspekt sehen.

Heute stehen wir an einem Neubeginn und es werden sich neue Strukturen entwickeln und entwickeln müssen. Aber man soll schauen, daß sie die Bewegungen nicht bürokratisieren.

Zur innerparteilichen Demokratie in Bewegungen sind einzelne Leute oft die führenden Köpfe, aber in den Parteien ist dies meist genauso. Dort gibt es viele Scheinstrukturen. Der Gemeinderat in irgendeiner Gemeinde ist oft ein Ausführender. Das Delegiertenducken wird durch Parteien sehr stark gefördert. Durch mehr Bürgerinitiativen, Dorfclubs kann sich dieses Denken abbauen. Es gibt mehr Eigeninitiative und das Gefühl, daß man etwas tun kann und tun muß, wird gestärkt.

Werner: Ich glaube, daß viele negative Merkmale von Parteien angesprochen wurden, aber eine echte Alternative zu Parteien gibt es nicht. Die gegenwärtigen Bewegungen können aber ein Ferment, ein Stimulus sein, weil die Parteien, wie schon gesagt, auch Bedürfnisse vernachlässigen. Sie legen sich ein, geben einen autonomen Körper ab. Alles ist eine permanente Gefahr. Wenn sich zwischen der gesellschaftlicher Ebene und den Parteien Bewegungen einschalten, so ist dies positiv. Parteien, die den wohlkannenen Schock von unten spüren -- die autonom artikulierten Bedürfnisse -- werden sicher positiv darauf reagieren. Nur starre, verhärtete Parteien nehmen darauf nicht Rücksicht und führen ihr Eigenleben weiter. Aber dadurch verlieren sie auch ihre politische Bedeutung. Als Beispiel für das dialektische Verhältnis zwischen Bewegung und Partei möchte ich die Friedensbewegung in der BRD nennen, wo der Bezug zur SPD nicht verlorengeht.

Zu den Grenzen der Bewegungen folgendes: zum einen geben Bewegungen keine Garantie für Kontinuität, sie entstehen punktuell, lokal. Wenn das Bedürfnis gedeckt ist, fällt die „Struktur“ zusammen. Seit 1968 geht unter diesem Gesichtspunkt die Entwicklung eher wieder auf Parteien zu, denn Kontinuität garantiert nur Parteien.

Zum anderen fehlt den Bewegungen in der Regel die gesamtgesellschaftliche Schau. Es gibt nur Stellungnahmen zu speziellen Themen. Die Schwierigkeit entsteht, sobald es gilt, die Ansichten in Korrelation zu anderen Themenbereichen zu setzen. Dabei zerfällt oft auch die Solidarität, der Konsens bröckelt ab. Schließlich die lokale Begrenztheit. Die Frage, inwieweit im Dorf Parteistrukturen notwendig sind, ist sinnvoll. Aber es besteht auch das Problem der Perspektive. Die lokale Begrenztheit wird häufig nicht überwunden; der Bezug nach außen, zu anderen alternativen Elementen in der Gesellschaft fehlt oft.

Rudi: Eine Frage an die SPD. Ich habe den Eindruck, daß die SPD eine ziemlich hierarchisch organisierte Partei ist. Erschauer als Landtagsabge-

ordneter gilt in der Öffentlichkeit als Spitze seiner Partei, auch wenn er nicht mehr Parteivorsitzender ist. Das gleiche gilt für die ML-SN; Langer ist die Neue Linke. Das ist vielleicht auch ein Grund, warum viele nicht bei der Partei (bzw. Gruppe) sind.

Werner: Nur Landtagsabgeordnete gibt es ganz einfach größere Möglichkeiten, sich in der Öffentlichkeit zu profilieren.

Rudi: Eine Frage an die Neue Linke. Mich würde interessieren, wie das Verhältnis zwischen dem Vertreter im Landtag, also Langer, und der Neuen Linken als Bewegung ist.

Fritz: Bewegung und Partei ist etwas anderes. Die Partei bildet eine Spitze, die sich nach unten entwickelt. Eine Bewegung ist ein Heben, das sich zu einer Spitze entwickeln kann. Die Partei weiß meistens was richtig ist, die Ideologie ist wichtig. Aber für den einzelnen ist in dieser Bürokratisierung Pluralismus nicht mehr möglich. Das ist es, was viele von Parteien abschreckt, daß dem persönlichen Denken, dem Pluralismus kaum Raum gegeben wird.

Eine Bewegung kann nicht auf Strukturen bauen, sondern auf Leute, die sich spontan dafür interessieren. Eine Bewegung muß ein Ohr haben für das Unwohlsein der Leute, für die Bewegung ist dies der Prüfstein. Sie muß die Unzufriedenheit aufgriffen. Natürlich verschwinden viele Leute wieder.

Eine Bewegung wird sich immer eher in der Oppositionsrolle darstellen. Sie kämpft als Minderheit für oder gegen etwas. Sie befindet sich in Opposition zur Regierung, sie ist eine Stelle, die Druckmittel wehrgibt vor steigenden Löhnen und Organisationen, die die Entscheidungen fällen. Eine Bewegung wird kaum die Politik in irgendeiner Gesellschaft machen können oder wollen. Sie wird wahrscheinlich irgendwie abflachen und in anderen Dingen aufgehen. Die Bewegung ist aber wichtig, um die Dinge an der Basis aufzubrechen zu können. Der Dissens wird von der Spitze, die sich bildet, nicht in dem Maße geschultet werden können, wie in Parteien. Eine Bewegung kann es sich kaum leisten, den Dissens abzustößeln.

Die Frage ist, wer was tut. Wer mehr tut, der wird auch mehr Spielraum haben, aber er ist von vorneherein mehr Pluralismus gegeben. Eine minimale Organisation in einer Bewegung wird notwendig sein. Die Schwierigkeit liegt darin, solche Formen der Organisation zu finden, in denen sich Demokratie ausdrücken kann, in denen die einzelnen Interessen koordiniert werden können und in eine dialektische Beziehung zueinander gesetzt werden können. Dabei liegt der Reibungspunkt. Eine Bewegung alleine garantiert aber noch nicht Demokratie.

Arnold: In einer Jugendgruppe ist es ein großes Problem, Leute zu koordinieren, die sich als apolitisch geben und in der Gruppe oft ihre individuellen Bedürfnisse artikulieren. Jemandem aus

einer Partei wird sofort eine Etikette aufgedrückt, meist ist ihm auch ein Rahmen vorgegeben. Das blockt ein freies Engagement eher ab. In unserer Gruppe verstehen sich die meisten als apolitisch, wobei dies aber auch schon eine politische Haltung ist. Viele Leute im Jugendkollektiv Lana sind sich nicht bewusst, daß sie auch Politik machen. Es müßte ihnen bewußt gemacht werden, daß sie es tun, daß sie politisch sind.

Josef: Ein Teil der Jugend hält sich heute für apolitisch, wobei sie sich nicht im klaren ist, was das heißt. Wer sich politisch nicht engagiert, macht sich bekanntlich zum Objekt der Politik. Zuerst hat richtigweise die Strukturen in Frage gestellt. Er hat recht: auch die Politik wird heute technisiert. Es gibt unüberschaubare riesige Apparate, die das Überleben der Jugend fördern. Die Antwort auf diese Erscheinung kann eine Dezentralisierung sein, die Rückgewinnung der Politik durch den einzelnen. Gerade darüber wird auch in der KPI diskutiert.

Die Haltung: „Wir müssen uns wehren“ ist zwar alt, sie wird zur Zeit aber als Neuheit wiederentdeckt, gerade weil Staat und Apparate vielen unheimlich geworden sind. Man muß aber auch Vorschläge machen können, und über das erste Stadium des sich Wehrens hinauskommen. Dies gelingt zur Zeit der Friedensbewegung auch weil die Politik der Parteien in sie eingebracht wird.

Werner: Auf die Frage des Skolast von vorhin. Ein typisches Merkmal der Oppositionspolitik in Südtirol ist, daß von seiten der SVP eine derart erdrückende Politik der Opposition gegenüber geföhrt wird, daß ein demokratisches Spiel nicht möglich ist. Die SVP setzt ihre Politik mit allen Mitteln durch. In den Dörfern werden die Leute zu Duckmäusern erzogen, die dann bestenfalls eine Person beauftragen, die alles für sie macht. Man delegiert die Oppositionsarbeit an eine Person, oft auch aus Angst.

Albert: Allgemein haben Volksparteien die Strategie, die gesamte Gesellschaft anzusprechen und in die Partei zu integrieren (Mittelstandsbewegung, Arbeiterbewegung, ...). Es ist die Frage, was diese Strategie für eine Form von Politik darstellt und was dies für Auswirkungen auf die Demokratie hat. Wenn man schon dauernd vom Pluralismus der Parteien in der Demokratie spricht.

Otto: Eine Partei in die Mitte zu bringen bedingt sie als Volkspartei auszurichten. Die SPD ist ihrer Ausrichtung nach genauso eine Volkspartei wie die CDU. Ähnlich verhält es sich mit der SPÖ und ÖVP (wenn auch die SPÖ einer Klassenpartei doch noch etwas näher steht). Dies ist eine allgemeine Tendenz, nicht nur eine Besonderheit im Südtirol. Es kommen bei uns viele historische Gegebenheiten hinzu, die auch heute noch weitgehend ihre Recht-

fertigung haben und den Konsens breiter Bevölkerungsschichten finden.

Bei uns ist es schwer für andere politische Gruppierungen durchzustößten, es ist auch schwer mit anderen Bedankengut auszukommen. Es geht um das Erfahren einer neuen Realität. Wir haben heute einen wesentlich stärkeren Arbeiterstand -- als etwa noch vor 10/15 Jahren -- die Arbeiter sind aber noch sehr stark in der bäuerlichen Welt verhaftet und mit bestimmten gesellschaftspolitischen Gegebenheiten noch nicht vertraut. Es gibt also sehr viele objektive Schwierigkeiten, die man sehen muß. Außerdem ist auch das politische Selbstverständnis der SVP zu sehen, das eine sehr starke liberale, christlich-sozial- und konservative Komponente hat.

Werner: Was ist die liberale Komponente?

Otto: z. B. bei den Referenden, auch beim Ehescheidungs-Referendum.

Werner: Dies hat aber innerhalb der Partei nirgends seinen Ausdruck gefunden.

Albert: Wie geht es dir, wenn du neue Inhalte bringst und dann von der Partei auf den Döckel kriegst?

Otto: 70/80 Prozent der Arbeiter der deutschen Bevölkerung denken nicht so wie du glaubst, daß sie denken müßten. Wenn du in einer Partei ein Programm entwirfst für diese Leute, mußt du bedenken, in welcher Realität sie leben, und du mußt dem Rechnung tragen. Du mußt Akzente setzen und entscheiden müssen, was Priorität hat. In der SVP sind wegen des besonderen Charakters der Partei als Sammelpartei, verschiedene gesellschaftspolitische Gruppierungen das Unt- und Auf, um eine Demokratie im Lande sicherzustellen. Wenn dieser Pluralismus nicht mehr gegeben ist, wird sich die Partei totlaufen. Dies gilt

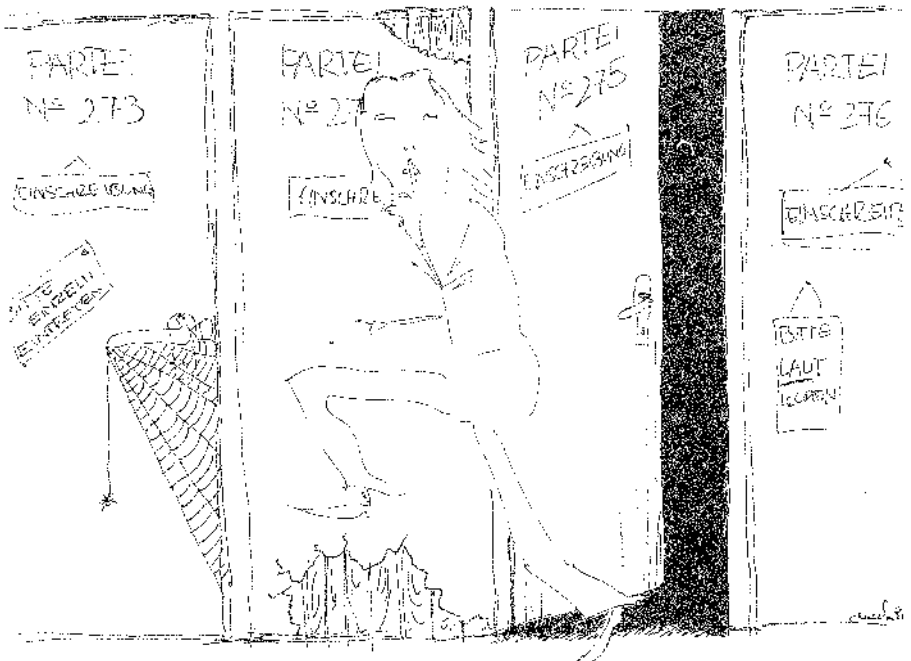
im übrigen für jede Partei. Ja, wir sehen, daß auch im Ostblock, z. B. in Polen, bei ganz anderen politischen und gesellschaftlichen Bedingungen (kommunistische Einheitspartei) eine Partei auf längere Sicht nicht ungestraft an den Anliegen der vom Volk getragenen Bewegungen vorbeizurufen kann.

Wir Arbeitnehmer sind uns, glaube ich, einzig in der vollstumpfsinnigen Bedeutung der SVP, Kultur-, sozial- und bildungspolitisch gibt es einiges in Bewegung zu bringen. Ich habe zweimal gesagt: „So geht es nicht“ (Brief der 83). Wenn parteilosern, mit dem Vorwand der mangelnden Qualifikation dauernd Leute aus der Arbeiterschicht politisch unter die Räder kommen, so muß man sagen: „So geht es nicht!“

Bewegungen müssen, wenn sie Bestand haben sollen, die Sachen plakativ überzeichnen. Politische Parteien müssen auch auf die Konsequenzen schauen, auf das, was als Resümee zurückbleibt. Zum Beispiel haben sich die Arbeitnehmer in der Frage der Volkszählung nicht nach außen hin gemeldet, weil sie im wesentlichen die Meinung der Parteispitze bzw. Dr. Magnagos teilen. In anderen Fragen wird innerparteilich sehr viel diskutiert. Es geht innerhalb der SVP doch sehr viel pluralistischer zu, als gemeinhin angenommen wird.

Josef: Die SVP ist keine normale Volkspartei wie etwa die ÖVP oder die CDU.

Die Volkspartei in Österreich, in der BRD und in Frankreich sind Parteien, die sehr starke Linksparteien neben sich haben. Die SVP hat nicht so sehr einen Totalitätsanspruch, sondern Totalitätscharakter, wenn man ihre Zielgruppe betrachtet. Prozentuell ist der Stimmenanteil für europäische Verhältnisse einfach abnorm. Sogar in Bayern erreicht die CSU nur Stimmenanteil



zwischen 50—60 Prozent. Bei uns sind es 90 Prozent unter der deutschen Bevölkerung. Die deutsch- und ladinischsprachigen Südtiroler waren nach dem Krieg eine amputierte Volksgruppe. Es gab keine nennenswerte Arbeiterschaft und daher auch keine starke Arbeiterbewegung. Außerdem ist die SVP nicht nur eine konservative „Sammelpartei“, sie wurde immer auch als Kampfpartei konzipiert, die um die Erhaltung der deutsch- und ladinischsprachigen Volksgruppe kämpft, und jeden als Verräter ahstempelt, der sich gegen sie stellt. Dies ganz abgesehen davon, daß die Garantie für die Erhaltung der Volksgruppe von allen demokratischen Kräften gegeben wird.

Die SVP lebt zum Teil auch von der Rente vergangener Jahrzehnte. Sie versucht heute möglichst alle Interessen innerhalb der Partei zu organisieren. Ob für das auf die Dauer gelingt, ist fraglich. Zumindest die neuen Interessen der Arbeiterschaft lassen sich so nicht vertreten, wie es die SVP zur Zeit versucht.

Werner: Wir kommen vom Thema ab. Wir sind nicht hier, um der SVP den Prozeß zu machen, das können wir an anderer Stelle nachholen.

Nur eines: Ich glaube, daß Saurer der „Gesamtpartei“ zu viel Spielraum läßt. Die Arbeitnehmer sind zuständig für soziale Politik. Der Rest wird delegiert. Zu bestimmten Fragen nimmt er nicht Stellung.

Zu Zoderer: Du sagst, die Entwicklung soll zu neuen Strukturen führen, aber nicht zu Parteien. Ich verstehe dich nicht, präzisiere das bitte. Außerdem hat sich doch die außerparlamentarische Bewegung von '68 dahin entwickelt, daß man auf den Bewegungsanspruch verzichtet, denn dies ist doch ein Kompromiß mit dem System. Unter diesem Gesichtspunkt kann man aber auch Parteien sehen, nämlich als Institutionen, die dienen, das System zu verändern.

Heinrich: Eine Bewegung ist nicht, wie man meistens glaubt, etwas Chaotisches, Spontanes, Zufälliges, sondern in jeder Bewegung gibt es eine Kommunikations- und Entscheidungsstruktur. Der Unterschied besteht darin, daß die Strukturen nicht vorgegeben sind, sondern sich erst entwickeln müssen und können. So werden auch die heutigen Bewegungen die Strukturen erarbeiten, die sie zur Erreichung ihrer Ziele brauchen. Es sollen keine Parteien im traditionellen Sinne werden, weil ich glaube, daß es wichtig ist, den derzeitigen Staatsapparat zu verändern, umzustrukturieren.

Ein Beispiel für Südtirol auf Landesebene ist die Neue Linke, die so funktioniert, daß verschiedene Personen ihre unmittelbaren Bedürfnisse, ihr Unbehagen, ihre politischen Vorstellungen äußern bzw. sich gegen bestimmte Machenschaften in ihrer Umgebung auflehnen und über den Abgeordneten im Landtag auch höhere Instanzen damit konfrontieren.

Otto: Ich gebe zu: ein kritischer Mensch hat Schwierigkeiten mit der politischen Position der SVP zuzurechnen, denn eine Partei, die von 92 Prozent der deutschen Bevölkerung gewählt wird, würde es unter normalen Umständen nicht geben. Aber diese Partei war doch ein Faktor für eine gewisse politische Stabilität in unserem Lande, und die Tatsache, daß viele diese Partei wählen, ist auch darauf zurückzuführen, daß bei uns gewisse Dinge anders gelaufen sind als anderswo, wie schon gesagt: kaum eine Arbeiterschaft, starke bäuerliche Verhaftung.

Wenn man auch überzeugt ist von der SVP aus Gründen der politischen Stabilität und um einen gewissen Extremismus zu verhindern, so muß man doch sagen, daß man gewissen kultur- und gesellschaftspolitischen Gruppen gegenüber wesentlich aufgeschlossener sein sollte.

Natürlich beteiligen sich die Arbeitnehmer in der SVP auch an der Willensbildung, wir melden uns auch nach außen zu Wort, wenn ein großer Dissens mit den Mehrheitsgruppierungen vorhanden ist. In bezug auf die Volkszählung war dies, wie gesagt, nicht der Fall. Im Bereich Bildungs- und Sozialpolitik gibt es große Unterschiede. Im Bereich Volkstumspolitik sind wir im wesentlichen einverstanden. Die Funktion von Bewegungen ist bei uns ganz anders und positiver zu sehen als z. B. in Mittelitalien, wo die Parteienlandschaft wesentlich vielfältiger ist.

Arnold: Die SVP erfaßt 92 Prozent, wobei sie Wähler, die nicht bei Parteien sind, auch miteinbezieht. Man kann aber durch den Prozentsatz der Wählerstimmen nicht abschätzen, ob so viele auch einverstanden sind.

Es ist ein Automatismus da bei uns, der alle anderen Möglichkeiten ausschließt. Dieser Automatismus hat Tradition, deswegen wählen die Leute SVP.

Hinein in die Institutionen oder nicht? In Berlin gibt es z. B. größte Diskussionen, ob man Leute aus der Bewegung in die Institutionen entsenden soll. Wenn sich im Dorf eine Jugendgruppe bildet, soll sie sich genau fragen, ob sie jemanden in den Gemeinderat entsenden will. In diesem Augenblick wird die Gruppe nämlich zur politischen Organisation und damit zur Partei, die Skepsis hervorruft bei den unentschlossenen Jugendlichen, die sie ja auch ansprechen will. Wichtig ist aber der Kontakt mit den Leuten, die den Marsch durch die Institutionen wollen. Es kann schon jemand aus der Gruppe als Unabhängiger auf einer Parteiliste kandidieren, dann soll er/sie aber sein/ihr Verhältnis zur Gruppe und die Gruppe das ihre zu ihm/ihr klären. Denn wenn eine Gruppe im Gemeinderat direkt vertreten ist, wird sie eingeeignet. Eine autonome Gruppe kann Sachen machen, die sonst nicht möglich sind.

Dissertantenbeihilfe für das akademische Jahr 1981/82 Ausschreibung

Die Südtiroler Landessparkasse schreibt für das Studienjahr 1981/82 einen Wettbewerb zur Vergabe von Dissertantenbeihilfen aus. Es werden 18 Beihilfen einmalig gewährt. Jede Beihilfe ist mit 500.000 Lire bemessen.

Die Beihilfen sind jenen Hochschülern vorbehalten, die bei der Erstellung ihrer Dissertationen sind und ohne Beihilfe ihrer Arbeit aus finanziellen Gründen schwer fortsetzen könnten.

Hochschülern, die in Österreich oder Deutschland inskribiert sind, wird die Beihilfe ab dem 9. Semester gewährt, vorausgesetzt, daß alle Vorprüfungen im 8. Semester abgelegt worden sind. Hochschülern, die in Italien studieren, wird die Beihilfe ab dem 5. Studienjahr gewährt, vorausgesetzt, daß nicht mehr als vier Prüfungen bis zur „ laurea“ fehlen.

Die Gesuche und die entsprechenden Unterlagen werden von drei Vertretern der Südtiroler Hochschülerschaft und drei Vertretern des Südtiroler Kulturinstitutes überprüft. Diese Kommission schlägt auch die Kandidaten, denen die Beihilfe gewährt werden soll, der Südtiroler Landessparkasse vor, welche dann die Beihilfen nach eigenem Ermessen vergibt.

Die Gesuche müssen innerhalb 10. März 1982 an das Sekretariat der Südtiroler Hochschülerschaft, 39100 Bozen, Waltherhaus, gesandt werden. Die Gesuche sind an die Südtiroler Landessparkasse, Bozen, Sparkassestraße 12 b, zu richten.

Sie müssen mit folgenden Unterlagen versehen sein:

1. Erklärung über das Einkommen der Eltern im Jahr 1980
2. Familienbogen (mit Berufsausgaben)
3. Erklärungen
 - a) über laufende Stipendien
 - b) über besondere Bedürftigkeit
 - c) Beschreibung der Doktorarbeit
4. Prüfungsbestätigungen
5. Bestätigung des Professors über das Dissertationsthema
6. Aufstellung der erforderlichen Sonderausgaben
7. Alle weiteren Dokumente, die vom Bewerber für die günstige Beurteilung seiner Situation als nützlich erachtet werden
8. Inskriptionsbescheinigung Südtiroler Hochschülerschaft
Albert Strobl - Vorsitzender

Das Kreuz mit der Politik

Ein persönlicher Beitrag zum Thema „Politisches Engagement ohne Parteibuch?“

I.

Über die allgemeine Krise des politischen Engagements wird schon seit Jahren debattiert. „Riflusso“, Triumph des Privaten, alternatives Leben, „small is beautiful“ und andere Schlagwörter charakterisieren heute die Reste der Studentenbewegung von 1968. Ein Gefühl der Ohnmacht gegenüber tradierten Mechanismen und Strukturen hat sich breit gemacht; denn die eher kopflastigen Ansprüche, die Gesellschaft von außen, von der theoretischen Warte aus, zu verändern, ohne die für soziale Veränderungen unerlässlichen wirtschaftlichen Neuerungen oder Umwälzungen ausreichend zu berücksichtigen, mündeten entweder in der Resignation und Anpassung oder im Terrorismus.

Eben die Unvereinbarkeit von Theorie und Praxis führt zum Aussteigen aus der Politik — auch der Terrorismus ist ein Aussteigen — ungefähr in Abwandlung der Hegelschen Maxime: Wenn die Tatsachen mit unseren Theorien nicht übereinstimmen, um so schlimmer für die Tatsachen.

Im gleichen Atemzug lehnt man/frau ja auch die traditionellen Parteistrukturen als undemokratisch ab, war jedoch nicht in der Lage einen Ersatz an deren Stelle zu setzen. Auch das lief darauf hinaus, den Niedergang der Studentenbewegung zu beschleunigen. Mittlerweile wurden neue Formen gefunden und auch im Alltag getestet wie Bürgerinitiativen, Aktionsgemeinschaften und andere Bewegungen, die neben den etablierten Parteien, nicht selten auch gegen diese laufen. Dabei haben diese Formen eine wahre Massenbasis — was den Studenten ja zumeist fehlte — über unterschiedliche Weltanschauungen hinweg, gefunden: Initiativen für den Umweltschutz, die Anti-Atom-Bewegungen, die Frauen-Bewegung und die Friedens-Bewegung. Was sich hieraus entwickeln wird, vermag jedoch erst die Zukunft zu beantworten.

II.

Nach Italien und damit nach Südtirol dringt diese neue Entwicklung nur als ein schwacher Abglanz. Atomkraft und Umweltschutz locken nur wenige hinter den Ofen hervor, von der Frauenbewegung hört man auch schon lange nichts mehr, die Friedensbewegung endlich ist größtenteils von Parteien getragen, wenn auch nicht hervorgegangen. Hier regieren unter den Jugendlichen noch „riflusso“ und Anpassung, wenn wir einmal von den wenigen, traurigen Relikten des „Movimento“ abschen wollen. Der Aufbruch zu neuen Ufern hat (noch) nicht stattgefunden; wie üblich ist hier die Entwicklung hinter der Mitteleuropas zurückgeblieben.

Dabei waren in Italien die Ansprüche an die Studentenbewegung und der zeitlich einhergehenden Arbeiterbewegung des „heißen Herbstes“ von 1969 besonders hoch. Alles hoffte auf die entscheidende Wende. Studenten und junge Akademiker drängten in die politischen Organisationen, vor allem aber in die Gewerkschaften. Dabei interessierte die Gewerk-

schaftsarbeit erst in zweiter Linie. In Wirklichkeit ging es darum, die hinter der Ecke wartende Weltrevolution oder zumindest den Sieg des revolutionären italienischen Proletariates, nach dem Muster der Oktoberrevolution, in dieser maroden, nicht mehr entwicklungsfähigen italienischen Nachkriegsgesellschaft einzuleiten. Mancher beschränkte sich gar nur aufs Abwarten, da der Zusammenbruch des Kapitalismus sowieso bald erfolgen mußte. Südtirol nimmt hiermit keine Sonderstellung ein.

Als die Wende immer mehr auf sich warten ließ, erlahmte alsbald der revolutionäre Eifer und die Absetzbewegungen setzten verstärkt ein: raus aus Gewerkschaften und Parteien, raus aus den kritischen Kulturvereinen, raus aus den alternativen Verbänden, Schluß mit dem Engagement; hinein ins kleine Glück, in das stromlinienförmige Leben des angepassten Aussteigers. Das ist ja sooo bequem und wird einem ja sooo leicht gemacht, das Einschwenken in die Reihen der großen Kolonne. Dabei kommt uns Südtirolern unsere provinzielle Lage sehr zustatten; denn lediglich widrige Umstände und eine reaktionäre Umwelt haben „meine“ Entfaltung verhindert und „mich“ fertig gemacht... Somit hat sich jeder eine Reihe von Argumenten zurechtgelegt, die eine solche „Rückkehr“ moralisch einwandfrei legitimieren.

Daneben finden sich die besonders Schlaunen, und jeder könnte aus seinem Bekanntenkreis den einen oder die andere nennen: nicht selten die lautesten Schreihälse, die ohne Rücksicht auf organisch Gewachsenes alles umstürzen wollen — „Trau keinem über dreißig... Plui, ein Sozialdemokrat...“ —; sind mittlerweile zu den treuesten Stützen des Systems avanciert. Sie gebärden sich zwar zynisch-nihilistisch angehaucht, sind aber beinhart auf den eigenen Vorteil bedacht, eben als „würdige“ Vertreter des von ihnen einst so verabscheuten Systems. Man wird es sich halt eingestehen müssen, der Aufstand der Jugend ist nicht zuletzt auch ein Generationskonflikt. Nachdem die „Alten“ das Feld geräumt haben, sind die begehrten Plätze frei geworden, die man/frau damals — ausgestattet mit einem beachtlichen weltanschaulichen Überbau — so vehement gefordert hatte. Nun, da man diese Plätze eingenommen hat, braucht man/frau diese ideologische — hoffentlich einst ehrlich gemeinte — Legitimation nicht mehr und wirft sie weg wie ein schmutziges Handtuch.

Es wäre allerdings ungerrecht zu behaupten, in Südtirol fände sich überhaupt niemand (mehr), der konkret am politischen Leben teilnimmt. Hübsch einige sind für unsere heutigen Probleme sensibilisiert, verlieren sich aber in einer Reihe von Einzelfragen: Option '81, Friedensbewegung, Amnesty International, III.-Welt-Läden, Alternative Lebenserfahrung und, und, und... aber:

1. sind es wenige — viele steigen ja für immer aus — und immer die gleichen Leute, die, falls sie ihr Anliegen ernst nehmen, ziemlich überlastet sind.

2. handelt es sich um Problembereiche, die zwar dramatisch und höllisch wichtig sind, aber doch irgendetwas an den Bedürfnissen und dem Bewußtsein der überwältigenden Südtiroler Mehrheit aller

Sprachgruppen vorbeigehen. Dabei ist das auch angenehmer und leichter — denn hier ist noch Platz für Visionen; diese Ideen und Probleme sind vom gewöhnlichen Alltag abgehoben und brauchen nicht jeden Tag auf ihre Wirksamkeit, ihren Realitätsbezug und ihre Erfolgsaussichten überprüft werden, und

3. folgt daraus ein mangelndes Arbeitskräftepotential — das Reservoir ist nun mal beschränkt — das sich mit den „konkreten“ Südtiroler Angelegenheiten, welche auch immer diese sein mögen, mißt und sie unverzüglich angeht.

Die traditionelle Parteienlandschaft Südtirols scheint die „Krise“ unbeschadet überstanden zu haben. Unsere „Sammelpartei“ präsentiert sich stärker denn je — kein Wunder bei dem Mangel an Alternativen! Was zeichnet die (mittel)europäischen Demokratien aus? Eine starke Arbeiterbewegung sozialdemokratischer Ausrichtung, die sich der überwältigenden Masse der Bevölkerung als realistische Alternative zu präsentieren vermochte. Was fehlt uns in Südtirol? Eben dieses! Und das in einem Land, wo die monarchistischen Verhältnisse ziemlich einigen Leuten das Leben versauern. Doch „Wen soll I sunsch wählen“ heißt's dann am Wahltag landauf landab ...

Da wären wir dann am springenden Punkt angelangt. Denn solange unsere sozialdemokratische Partei im politischen Alltag der Überpartei geistig und politisch in einer derart subalternen Haltung gegenübertritt, kann sie keine Alternative darstellen. Solange sich die Position der SPS von denen der SVP nur in Nuancen unterscheidet — „Im Kern sind wir für die Sache, doch deren Durchführung paßt uns nicht ganz ...“ — solange werden die Leute eben anderen ihre Stimme geben.

Beziehend dazu die Stellungnahme zum Bereich Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung: komme was da kommen will, Südtirols Sozialdemokraten stehen „in Treue fest“ zur Mutterpartei. Welche Chance hätte sich dabei geboten, sich als Vermittler bzw. vernünftiger Partner im Gegensatz zur sturen, zerstrittenen u. ihre Einheit nur mehr in immer radikaleren Forderungen nach außen findenden SVP zu profilieren. Erstmals in der über sechzigjährigen Geschichte Südtirols ist die blinde Unterstützung der deutschsprachigen öffentlichen Meinung abhanden gekommen. Rundfunk, Fernsehen und zahllose Zeitungen bis hin zu den kleinsten Provinzblättern haben kritisch über diese Art von Volkszählung berichtet. Tiroler Tageszeitung, Deutsche Nationalzeitung und die gleichgesonnene Deutsche Wochenzeitung standen so ziemlich allein hinter der Landesregierung.

Selbst der SVP dämmert es allmählich, daß sie so nicht weitermachen kann, ohne Rückhalt im Ausland nützen die besten Wahlergebnisse nichts. Nur die SPS geht unbeirrt den Weg, den ihr die Mutterpartei SVP vorzeigt. Welche einmalige Gelegenheit, sich für die Nachpaktzeit als glaubwürdige Alternative zu qualifizieren. Ein engagiertes Eintreten für die Durchführung der Volkszählung nach dem Vorbild von 1971 — eigentlich der beste Ausweg aus der vertrackten Situation — hätte im ganzen deutschen Sprachraum, aber auch vor dem römischen Parlament Aufsehen erregt und vielleicht eine Abänderung dieses an sich demokratiefeindlichen Gesetzes herbeiführen können.

Überhaupt ermöglicht die Opposition in Südtirol der arroganten Mehrheitspartei ein viel zu bequemes Leben! Gewiß verfügt die SPS nur über ein sehr geringes Potential von wirklich arbeitenden Mitglie-

dem — eigentlich könnte man sie an den zehn Fingern abzählen, über die Ursachen siehe oben — aber hier muß endlich der Ausbruch aus diesem Teufelskreis gelingen. Ansatzpunkte gibt es überreichlich: endlich einmal eine kritische Durchleuchtung des Landesbudgets bis hinein in die einzelnen Assessorate; das Lehrlingswesen und der ganze Bereich der Berufsschule — was Lehrlinge von ihren pädagogisch unqualifizierten Meistern alles erliden müssen — wie es in den Berufsschulen zugeht, wo nicht einmal Italienisch unterrichtet wird und wo sogar der katholische Kolpingverein mittlerweile ein volles Berufsschuljahr fordert; eine Aufarbeitung der Fehler und Versäumnisse im Gesundheitswesen, Aufbau einer Konsumentenberatung, der Volksanwaltschaft und einer echten Gemeindeautonomie, um die kleinliche Gängelung aller Südtiroler Gemeinden durch das Land endlich zu beenden; mehr Aufmerksamkeit für Schulprobleme, vor allem im Bereich Weiterbildung, Universität, Supplementenproblem und und und ...

Es müßte doch eine Südtiroler Oppositionspartei nachdenklich stimmen, in der halboffiziellen Tageszeitung „Dolomiten“ zu lesen, die Landesregierung gebe heuer für das Bibliothekswesen ganze 275 Millionen Lire aus, im Trentino aber betrage diese Summe, unabhängig von der Universitätsbibliothek in Trient, 1,6 Milliarden (30. Oktober 1981); nichts wird aus solchen konkreten Ansatzpunkten gemacht. Überhaupt überläßt man die ganze Sparte Kultur-Geschichte, Literatur, Theater, Dorfbildungswochen u.a.m. — widerspruchlos den Rechten.

Gerade jetzt, wo infolge der allgemeinen Rezession und Geldknappheit die Krise in Südtirol richtig spürbar wird, wo die ersten Verteilungskämpfe um Fördermittel vom Land ausbrechen, dürfen keine sich bietenden Gelegenheiten versäumt werden. Nur in einem derartigen Zeitpunkt treten die Widersprüche des Systems klar zu Tage, wird die Diskrepanz zwischen dem Gerede vom freien Unternehmertum, das allein die Risiken trägt, und von der freien Marktwirtschaft gegenüber dem Gebettel von Hotelierern, Unternehmern und Bauern um „Sumpfontionen“ klar zu Tage. Hier muß durch verstärkte Anfragen, Enqueten und der Einholung von Gutachten die Landesregierung pausenlos unter Kontrolle gehalten werden. Hier nämlich wird sich die inhaltliche und ideologische Schwäche der SVP zeigen; denn wo sie nicht mehr genügend an die verschiedenen Interessensgruppen verteilen kann, sei es aus Auslands- oder Staatsgeldern, wird ihr der plebiszitäre Konsens bald abhanden kommen.

Dabei muß es doch möglich sein, aus Österreich, Deutschland oder Italien gleichgesinnte Fachleute und Institute heranzuziehen, die über das nötige Know-how verfügen, die politische Auseinandersetzung auf eine andere, wissenschaftlich fundierte Ebene zu heben. Die inhaltliche Schwäche zahlreicher konservativer Argumentationen und Entscheidungen muß endlich klarsichtig aufgearbeitet und einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Das bedeutet aber auch Schluß mit der Taktiererei, das Fälligen klarer Beschlüsse und Verfolgen einer gradlinigen Politik.

IV.

Was bleibt schlußfolgernd zu sagen? Zumindest in Südtirol sind die traditionellen Parteien noch nicht ersetzbar. Unsere provinzielle Abgeschlossenheit trägt zwar den Keim eines gelegentlich aufflackernden Ind-

vidualismus immer in sich, was sich dann in plötzlichen Partei Gründungen mit ephemeren Anfangserfolgen spiegelt. Allein, nur kontinuierliche Arbeit im Rahmen einer Organisation, die in der Lage ist, die Zustimmung eines erheblichen Teils der Bevölkerung zu erlangen, die es aber auch vermag, über das persönliche Engagement einzelner Führungspersönlichkeiten hinauszugehen, kann Veränderungen von Bestand garantieren.

Das Um und Auf des Ganzen bleibt aber der persönliche Einsatz des einzelnen. Es genügt nicht, lediglich in der Wahlkabine brav fortschrittlich zu handeln; der Mensch als „zoon politikon“ wirkt auf seine Umwelt vor allem durch Anteilnahme und Einsatz. Dabei ist es nicht ausschlaggebend, ob Mitarbeit in einer Partei oder anderen Organisationen. Das politi-

sche Klima, das „viele Hände rastlos schaffend“ erzeugen können, bringt Veränderungsprozesse zum Anlaufen. Parteien sind dabei nur eine Spielart der politischen Arbeit im weitesten Sinne, wenn auch die wichtigste.

Wenigstens einen Teil seines früheren oder derzeitigen Engagements kann jeder bewahren. Zwar ist einem das Heim, also das persönliche Wohlbefinden und Fortkommen mit allem, was darunter zu verstehen ist, näher als der Rock, ohne Rock aber beginnt man/frau sehr bald zu frieren. Leider haben wir, die „Leute von heute“, uns im Vergleich zur vorhergehenden Generation gar nicht stark verändert. Sobald die kleine, eigene Welt heil scheint oder es zu werden verspricht, ist alles im Butter, mag es auch rundherum donnern und blitzen — nicht trifft's ja eh nicht!

Günther Pallaver

Politisches Engagement ohne Parteibuch

Versuch einer entwicklungsgeschichtlichen Analyse

Die Frage nach politischem Engagement ohne Parteibuch scheint auf den ersten Blick etwas abgegriffen und in mancher Hinsicht auch obsolet zu sein. In Wirklichkeit wird sie aber zu einem Zeitpunkt gestellt, da gesamtgesellschaftliche Entwicklungen im Gange sind, die völlig neue partizipatorische Möglichkeiten zur Diskussion stellen und dabei nicht nur den traditionellen und in der „öffentlichen Meinung“ verankerten, governmental verstandenen Politikbegriff sprengen, sondern vielfach auch schon klassische, jetzt im weitesten Sinn des Wortes als „links“ einzustufende basisdemokratische Modelle überrollen.

Von einer allgemeintheoretischen Ebene ausgehend, die in diesem Rahmen zwangsläufig nur sehr verkürzt behandelt werden kann, und in der entwicklungsgeschichtlich die Frage politischer Partizipation in einem demokratiethoretischen Zusammenhang aufgeworfen wird, sollen weiters die formellen und informellen Beteiligungsmöglichkeiten an gesellschaftlichen Entscheidungen dargelegt werden.

Abschließend soll versucht werden, die hier erörterten Überlegungen auf die Südtiroler Realität umzusetzen. Allgemeintheoretische Diskurse dieser Art können für Südtirol allerdings nur als Rahmenbedingungen herangezogen werden, da sich in unserem Lande aufgrund der Problematik der Nationalitätenfrage immer besondere Aspekte und Implikationen ergeben, die gesondert behandelt werden müssen.

Als Einstieg in die Problematik scheint es mir jedenfalls notwendig zu sein, den in der Fragestellung enthaltenen Begriff des Politischen als wohl kleinsten gemeinsamen Nenner in wenigen Sätzen einer näheren inhaltlichen und funktionalen Determinierung zuzu-

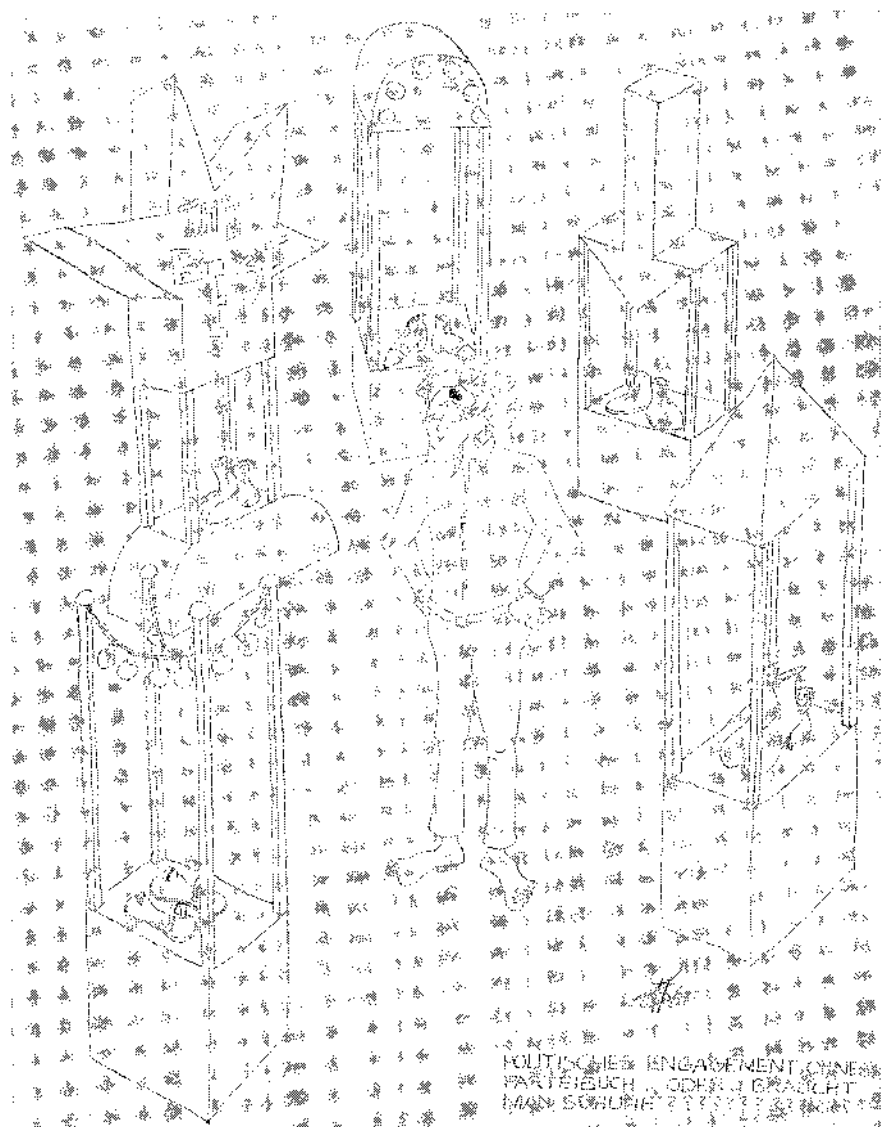
führen, um in der Folge von einheitlicheren Prämissen ausgehen zu können.

Politik und Demokratie

Der Begriff des Politischen ist unscharf und wird je nach ideologischer

Umlaut in einem engeren oder weiteren Sinne verstanden.

Ein eng gefaßter Politikbegriff bezieht sich vor allem auf den Staat, umfaßt dessen Einrichtungen und die mit diesen verbundenen par- und extragouvernementalen Institutio-



Dr. Günther Pallaver
Student in INNSBRUCK,
39061 Branzoll, Schwarzadlerstraße 7

POLITISCHES ENGAGEMENT OHNE
PARTEIBUCH ODER GRASCHIT
MAN SCHLIEßT SICH AN

nen, beschäftigt sich mit Verfahrenstragen zur gesellschaftlichen Willensbildung innerhalb eines formal determinierten Systems und mit damit zusammenhängenden Problemereichen.

Ein weit gezogenener Politikbegriff geht darüber hinaus, sprengt die formalisierten Grenzen staatlicher und ihr bei- und untergeordneter Einrichtungen, belegt sämtliche Bereiche, wo gesellschaftliche Macht ausgeübt wird und ist in diesem Sinne allumfassend.

Zu diesem umfassenden Politikbegriff bekenne ich mich, da m.E. nach jede Handlung, jede Unterfassung, jede Art von Kommunikation, aber auch jede Nicht-Kommunikation, jede Interaktion, in summa also die Bereiche der Natur (die Menschen betreffend) und die äußere Natur (die materiellen Ressourcen der nicht-menschlichen Umgebung betreffend) zumindest potentiell gesamtgesellschaftlich relevant sind.

Ein enger Politikbegriff versteht unter Demokratie vorwiegend die Organisationsform eines Staates und entzieht zugleich weite und erhebliche Bereiche einem Demokratisierungsprozeß und somit gesellschaftlicher Partizipation.

Ein weiter Politikbegriff hingegen unterwirft sämtliche Gesellschaftsgrößen einer potentiellen Demokratisierung. Der damit verbundene partizipatorische Anspruch, der die Grenzen gouvernementaler, den Staat betreffender Institutionen überschreitet und in einem permanenten Prozeß angeblich staats-exogene Faktoren miteinbezieht -- so etwa den Bereich der Ökonomie und der Sozialisation -- determiniert mithin Demokratie als gesamtgesellschaftliches Prinzip.

Das Verbindungsstück zwischen Politik und Demokratie bildet dabei der Begriff des Konfliktes. Politik und Demokratie ist nur dort manifest, wo Konflikt vorhanden ist, der als Voraussetzung jeglichen gesellschaftlichen Wandels ein diesbezügliches konstitutives Element darstellt. Konflikt aber entsteht nur dort, wo gesellschaftliche Gegensätze vorhanden sind, die sich infolge einer wie immer gearteten Knappheit ergeben. Ein Konflikt bricht somit immer dort aus, wo ein nicht beliebiges materielles oder immaterielles Gut zu Interessensgegensätzen führt, solche Güter also knapp sind.

Wesenserbliches Element für die Begründung von Politik ist zudem der Anspruch, daß in einer Demokratie alle Machthaber von den Machtunterworfenen legitimiert sein müssen und selbst Machtgleichheit und gleichen Zugang zur Macht voraus, um letztendlich zum formalen Prinzip von Identität von Machtunterworfenen und Machthabern zu gelangen.

Es erhebt sich nun die Frage, inwieweit Anspruch und Wirklichkeit, inwieweit formelle und materielle Aussagen deckungsgleich sind, ob nun Macht tatsächlich gleich verteilt ist und welche Konsequenzen bei einer Disparität daraus zu ziehen sind.)

Die Transformation des liberalen Rechtsstaates zum sozialen Wohlfahrtsstaat

Der bürgerliche Konstitutionalismus beruht auf der Fusion kontinentaleuropäischer und angelsächsischer Forderungen, wonach jede gesellschaftliche Macht einer Legitimation bedarf, sowie der Kontrolle und Ablöse zu unterwerfen sei. Hinter diesem formalen Anspruch stand dabei die Intention des Bürgertums, ein Machtzentrum zu errichten, um seine zur Maxime erhobenen Interessen zu schützen und zu fördern.

Dies geschah gerade deshalb, da in die Bourgeoisie als neue dominante Klasse ihre ökonomische Grundlage in Form der kapitalistischen Produktionsweise gegen feudale und kleinwarenproduzierende Wirtschaftsformen erst durchgesetzt hatte. Unter diesen Gesichtspunkten ist die Errichtung des liberalen Verfassungsstaates Ausdruck gesellschaftlicher Klasseninteressen.

Der liberale Konstitutionalismus wurde demnach vor allem durch eine negative Definition erfaßt: nicht aktives Handeln, sondern Nichteinmischung in die Gesellschaft zeichneten ihn aus. Die Gewährung der liberalen Grundrechte war gekoppelt mit dem Schutz der individuellen Freiheit und vor allem mit der Verfügungsgewalt über privates Eigentum. Die Rechtssicherheit beruhte auf der Bindung der Staatsfunktionen an generellen Normen, und das staatliche Ordnungsprinzip stützte sich nach innen hin auf den Justiz- und Polizeiapparat, nach außen hin auf seine auf dem Militarismus basierende Außenpolitik. Der „Nachwächterstaat, wie ihn Lassalle nannte, konkretisierte sich dabei für den Bürger im repräsentativen Parlamentarismus mit seiner Dreiteilung in Legislative, Exekutive und Judikative.

Das System legitimierte sich durch die periodisch durchgeführten Wahlen, die allerdings bis in unser Jahrhundert als Ausdruck ökonomischer Disparität durch das Zensuswahlrecht weite Bevölkerungsschichten aus dem politischen Willensbildungsprozeß ausgeschlossen. Erst mit der Verschärfung der gesellschaftlichen Klassengegensätze, der Erstarkung der organisierten Arbeiterbewegung und als deren Folge notwendig gewordene Kompromisse seitens des Bürgertums, setzt sich der Grundsatz des allgemeinen, gleichen und freien Wahlrechts durch.

Die soziale Evolution, die durch eine weitere Entfaltung der Produktivkräfte, durch eine progressive Machtkonzentration und in einer Veränderung normativer Strukturen manifest wurde, hat den in seinem Anspruch neutralen Verfassungsstaat verstärkt dazu gezwungen, zum Zwecke der Aufrechterhaltung des Systems, zum Zwecke gesellschaftlicher Reproduktion immer intensivere Steuerungsfunktionen im Sinne der heutigen Daseinsvorsorge vorzunehmen.

Der zum Sozialstaat entwickelte liberale Verfassungsstaat versucht dabei

durch diese seine Steuerungsfunktionen, durch eine Balancierung der unterschiedlichen Interessen, durch eine Gleichgewichtspolitik auch weiterhin die Legitimation für sein ökonomisches und politisch-administratives System zu erhalten.

Die Folge davon war, daß die ursprüngliche Gewaltenteilung im Staate einen grundsätzlichen Wandel vollzogen hat. Die Verflechtung von Staat und Gesellschaft hat bewirkt, das die, vor allem aus Gründen der Kontrolle eingerichteten staatlichen Funktionen eine qualitative und quantitative Verschiebung erfahren haben, die besonders zugunsten der Exekutive ausgefallen ist. Diese bereitet im vorparlamentarischen Raum jene vom Parlament zu beschließenden Gesetze vor, an die sie selbst wieder gebunden ist und die sie später, im Rahmen eines sehr weitherzigen Ermessensspielraumes, wiederum durchzuführen hat. Die Verselbständigung, eine der Öffentlichkeit weitgehend entzogene Bürokratie, jener, einer effizienten Kontrolle nur schwer zu unterziehende, und -- da weisungsgebunden -- hierarchisch geordnete und autoritäre Apparat stellt heute einen zentralen Machtfaktor dar. Der Staat sorgt vor, erfaßt, verwaltet, verteilt, kontrolliert und katalogisiert.)

Partizipation des Bürgers im Parteienstaat

Mit der erfolgten Transformation des konstitutionellen Funktionalismus hat sich auch die partizipatorische Stellung und Möglichkeit des Bürgers in einem geänderten Demokratieverständnis gewandelt. Demokratie hat dabei einen Wandel erfahren, der von einer vorwiegend inhaltlichen Determinierung im Sinne von einer Identität der Herrschenden und Beherrschten (dem Anspruch nach), im Sinne von Volkssouveränität, zu einer funktionellen Interpretation geführt hat. Demokratie ist ein Verfahren geworden, um zu einer politischen Entscheidung zu kommen, in der im Wechselspiel von Konkurrenz und Konkordanz um die Stimmen des Volkes geworben wird. Demokratie gilt nur noch als Methode, um Führer auszuwählen, um durch regulative Mechanismen vertretbare Interessen zu befriedigen, die in ihrem Anspruch aber immer systemkonform sein müssen.

Mit Ausnahme weniger Instrumente wie etwa Volksabstimmung und Volksbegehren, bei denen die Entscheidungen zumindest partiell unfiltriert fallen können, wird der von der heutigen Demokratie ermöglichte formale Zugang zur Macht besonders durch eine Interessensbündelung konzentriert, durch die Parteien. Diese schieben sich zwischen Bürger und ihre Repräsentanten, wobei in den meisten Fällen den Parteien noch die Verbände vorgelagert sind. Der Bürger ist dadurch mediatisiert. Die Konkurrenzdemokratie im modernen Parteienstaat verfolgt nicht mehr das Ziel der Rationalisierung von Herrschaft durch die Partizipation seiner Bürger, sondern unterstellt bereits vorher von den Parteien

als politisch definierte Entscheidungen einem demokratischen Willensbildungsprozess. Der so geschaffene Elitopulverismus ersetzt dabei die demokratische Willensbildung durch Auswahlkriterien zwischen bereits fixierten Eliten.

Die Parteien, die sich zwischen Volk und Voksviretreter schieben, sind dadurch zu einem gesellschaftsrelevanten Instrument geworden, die den Volkswillen beeinflussen, formieren und steuern. Die Partei als konstitutives Element des spätkapitalistischen Verfassungsstaates greift deshalb nicht mehr grundsätzlich basisorientierte Interessen auf, sondern propagiert bestimmte programmierte Interessen nach ideologischen Kriterien. Die normative Orientierung geschieht nicht mehr von unten nach oben, als vielmehr von oben nach unten. Die Mediatisierung läuft auf eine Entmündigung des Bürgers hinaus.

Zwischen Partei und Bürger schieben sich vielfach auch noch die Verbände, die in vielerlei Hinsicht Staatsaufgaben besorgen, entsprechenden Einfluß auf den Staat ausüben und dadurch im gesellschaftlichen Bereich einen enormen Machtfaktor darstellen, der allerdings demokratisch kaum legitimiert und der öffentlichen Kontrolle weitgehend entzogen ist. Die personale Verzahnung zwischen den Interessenverbänden und den politischen Parteien in Form von Multifunktionen, verstärkt zudem die gegenseitige Interdependenz und Fixierungnahme.

Hier trägt sich, welche realen Einflußmöglichkeiten der Bürger nun tatsächlich auf bestimmte lebenserhebliche und weniger wichtige Entscheidungsprozesse hat. In der rein gouvernemental verstandenen Repräsentativdemokratie besteht die prinzipielle Möglichkeit, im Rahmen sich gegenseitig konkurrierender Parteien durch Stimmenmaximierung eine interessensspezifische Mehrheit zu erreichen. Die Schwierigkeiten, vor allem aber die Grenzen dieses Systems wurden dabei bereits angedeutet. Eine repräsentative Parteidemokratie, verbunden mit einem Verbandsapparat und weiteren anderen gesellschaftsrelevanten Kräften, die nicht organisiert sind, erweist sich dabei als immer problematischer, als die möglichen und historisch durchaus gegebenen Unterschiede konkurrierender Klassenparteien in vielen Demokratien des Westens weggelassen sind und sich vielfach Integrationsparteien mit einer notwendigen Tendenz zu den Grenzählern herausgebildet haben. So gesehen entpuppt sich oft Parteienkonkurrenz als Scheinkonkurrenz und bietet dadurch kaum Möglichkeiten für Alternativen. Der Spielraum für den einzelnen Staatsbürger ist daher eher enger als weiter geworden.

Eine weitere, innerhalb des traditionellen repräsentativen Systems bestehende Möglichkeit der unmittelbaren Umsetzung politischer Interessen besteht darin, nicht außerhalb der Parteien durch eine zeitlich wiederkehrende Stimmabgabe an politischen Willensbildungsprozess teilzunehmen, als viel-

mehr innerhalb einer Partei sich zu engagieren versuchen.

Da nun Parteien Interessen bündeln und versuchen, programmatische Zielvorstellungen über die Mechanismen der parlamentarischen Demokratie in die Realität umzusetzen, sind parteiinterne Entscheidungen für die gesamte Gesellschaft von besonderer Bedeutung, da sie potentiell nach Wahlsiegen durchsetzbar werden.

Die Realität sieht allerdings etwas komplexer aus. Die Konnexität zwischen Parteien und Verbänden erhebt die Frage der Durchsetzbarkeit von Interessen innerhalb einer Partei, die sozialen, ökonomischen oder etwa regionalen Ursprungs sein können, zu einer Frage von parteiinternen Bündnissen unterschiedlicher Art, die in verschiedener Weise manifest werden können, und generell gesprochen zu einer Frage der Macht, der Verfügbarkeit über finanzielle Mittel und eines Apparates.

Dadurch haben in der Regel vor allem lokale Komitees an Bedeutung verloren, da eine deklarierte Massenpartei oft nichts anderes als eine Honorationspartei auf Massenbasis ist und der Parteiapparat von Berufspolitikern und Funktionären meist fest kontrolliert wird. Es ist deshalb auch innerhalb einer Partei, selbst bei einer relativ einheitlichen Interessenslage nicht immer leicht, Zielvorstellungen mit Erfolg durchzusetzen.¹

Die Legitimationskrise

Die eng gesteckten partizipatorischen Möglichkeiten haben deshalb die Forderung nach mehr Demokratie, die Anwendung demokratischer Grundsätze auch auf außerstaatliche Bereiche nie verstummen lassen. Demokratie jenseits des Staates ist deshalb auch die logische Folge eines extensiv verstandenen Politikbegriffes. Der Anspruch eines solchen Demokratisierungsprozesses geht dabei von der Prämisse aus, daß jede Art von Macht einer Legitimation zu unterwerfen ist. Jede Art von gesellschaftlicher Macht sollte deshalb nicht nur durch eine formell verstandene, sondern durch eine materiell determinierte Partizipation bedingt sein und dadurch eine gleichgewichtige Verteilung von Macht gewährleisten.

Die Durchsetzung von mehr Demokratie in allen Lebensbereichen, die Forderung nach Abbau von Machtstrukturen

und Hierarchie, sowie nach Selbstbestimmung des Menschen war und ist seit jeher eine zentrale These der (marxistischen) Linken. Unüberbrückbar war und ist aber auch zugleich der Gegensatz mit den Vertretern des Bürgertums, wenn es um die Forderung nach Demokratisierung des Produktionsbereiches geht, würde doch die Realisierung derselben das zentrale Rechtsinstitut der bürgerlichen Herrschaft, nämlich das Eigentum an Produktionsmitteln, aufheben.

Hatte die klassische Arbeiterbewegung im letzten Jahrhundert in diesem Zusammenhang noch geglaubt, daß das kapitalistische System eigengesetzlich zusammenbrechen werde und die Arbeiterklasse für diesen historischen Augenblick lediglich bereit und gerüstet sein müsse, so mußte sie diese fatalistische Haltung bald revidieren und sich eingestehen, daß das kapitalistische Herrschaftssystem immer wieder in stande war, Systemkrisen zu überwinden. Die Hoffnung der Arbeiterklasse auf eine Änderung der Produktionsverhältnisse und einer damit verbundenen gesamtgesellschaftlichen Demokratisierung war und ist dabei auch immer zukunftsorientiert. Nur durch einen permanenten Kampf, auszuüben in den verschiedenen Sektoren der Produktion, der Sozialisation, der Kultur und so weiter, würde es der organisierten Arbeiterklasse gelingen, auch über die Mechanismen des Parlamentarismus die Fremdbestimmung aufzuheben.

In den letzten Jahren hat sich allerdings eine grundsätzliche Änderung in der Strategie und inhaltlichen Zielgerichtetheit ergeben. Nicht mehr ausschließlich der Produktionsbereich, als vielmehr der Reproduktionskomplex ist Ausgangspunkt für Kritik am Gesellschaftssystem, und nicht mehr die Hoffnung auf eine künftige Änderung der Lebensbedingungen, als vielmehr die Aktualisierung der Forderung auf „jetzt und sofort“ ist Leitbild des politischen Kampfes.

Es erhebt sich nun die Frage, wie es zu diesem qualitativen Sprung gekommen ist und welche relevanten Folgerungen daraus zu ziehen sind, hat gerade diese zweifache Zäsur so manche alte, klassische und oft labuisierte These über Bord geworfen.

Eine Antwort kann dabei über die Legitimationskrise des Spätkapitalis-

BROSCHÜREN

Folgende Publikationen und Broschüren sind im SH-Büro erhältlich

- Neue Literatur aus Südtirol
- Skolast-Sondernummer: Literatur, November 79
- Informationsschrift über Entwicklungshilfe als Wehrdienstersatz
- Vorträge und Diskussion zum Thema „Univereität in Südtirol“
- Eine Broschüre mit den Beiträgen der SH-Studententagung „Bildungspolitik in Südtirol — ein Flickwerk auf Dauer?“ vom April 81 erscheint im Jänner.

mus gegeben werden. Ich stütze mich dabei auf Jürgen Habermas (Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt 1972, S. 11), der besagt, daß Krisen entstehen, „wenn die Struktur eines Gesellschaftssystems weniger Möglichkeiten der Problemlösung zuläßt, als zur Bestandhaltung des Systems in Anspruch genommen werden müßten. In diesem Sinne sind Krisen anhaltende Störungen der Systemintegration“. Aber erst, wenn die Gesellschaftsmitglieder den Strukturwandel subjektiv erfahren und diese ihre soziale Integration dabei gefährdet sehen, können wir endgültig von Krise sprechen. Eine Krise wird also manifest, wenn die angegebenen objektiven und subjektiven Elemente zeitlich zusammenfallen.

Eine sehr verkürzte Darstellung der gesellschaftlichen Krisenerscheinungen soll dabei aufzeigen, welche Auswirkungen sich für das politische System und seine Legitimation ergeben. Teilen wir dazu das gesamtgesellschaftliche System Konkurrenz als systemimmanente Ökonomisches und soziokulturelles Teilsystem ein.

Das politisch-administrative System bestimmt das Produktionssystem. Da nun im kapitalistischen Wirtschaftssystem Konkurrenz als systemimmanente Notwendigkeit für dessen Funktionalität vorausgesetzt wird, auf der anderen Seite aber ein Widerspruch zwischen Einzelkapital und Gesamtkapital mit Tendenz zur Monopolisierung besteht, muß das politisch-administrative System als Regulator immer einschneidendere Steuerungsmaßnahmen anwenden, um das kapitalistische System aufrechtzuerhalten. Diese immer intensiver werdende Intervention, die der Rationalität des Systems widerspricht, führt aber dazu, daß die Steuerungsleistungen des politisch-administrativen Systems nicht durch fiskalische Abschöpfungen aus dem ökonomischen System abgedeckt werden. Dadurch kommt es aber auch zu Disproportionalitäten im Verhältnis zwischen politisch-administrativem u. soziokulturellem System (als Gesamtheit der Reproduktion), da sozialstaatliche Leistungen des politisch-administrativen Systems nicht mehr genügend Massenloyalität des soziokulturellen Systems erzeugen.

Das politisch-administrative System, das — wie gesagt — sozialstaatliche Leistungen in Form von materielle (so etwa das gesamte staatliche Sozialnetz) und immaterielle (so etwa Freiheit, Sicherheit) Gütern, letztendlich also ganz generell gesprochen, Sinn liefert, stellt allerdings im kapitalistischen System die Interessen eines Teiles als die Gesamtinteressen hin und verschleiert daraus erwachsende Widersprüche. Das ist Ideologie als notwendig falsche Vorstellung. Da nun dem politischen System immer weniger gelingt, Ideologie zu vermitteln und Widersprüche zu verfluchen, da das politische System als Folge der Rationalitätskrise mit dem ökonomischen System in Engpässe gerät, kommt es zu einem immer tiefer werdenden Bruch zwischen politischen

und soziokulturellen Bereich. Gelingt es dem politischen System aber nicht mehr, genügend Sinn zu produzieren, so schließt sich dieses Defizit in eine Motivationskrise um und diminiert konstant die Loyalität der Staatsbürger für das politisch-administrative System, die auch immer weniger bereit sind, Leistungen für das politische System zu erbringen. Dadurch auch schmälert sich der Boden der Legitimation für das politische Herrschaftssystem, das durch freie Wahlen seine Existenzgrundlage begründet. Diese Motivationskrise der Bürger artikuliert sich dabei gegenüber dem administrativen System etwa durch Nicht-Beteiligung bei Wahlen, in Bezug auf das ökonomische System etwa durch Steuerehinterziehung usw. Zudem führt die Sinnentleerung auf Seiten des Subjekts zu einer Norm- und Wertmusterrodierung, zur Zerschlagung von Traditionen und kann sich zu einer Identitätskrise weiterentwickeln. Das gesamtgesellschaftliche System ist ins Wanken gekommen und sucht sich dadurch mit vollkommen neuen Formen der politischen Lebenspraxis, mit völlig neuen Formen der politischen Aktivität konfrontiert, die mit dem traditionellen Parteienstaat nur marginale Zusammenhänge aufweisen und in diesem Sinne einen parteilpolitischen Beteiligungsmechanismus weitgehend schon von vorne herein ablehnen und gar nicht mehr in Betracht ziehen. Konkreter Ausdruck dieser Krisenerscheinungen, dieser neuen Form politischer Praxis ist dabei die Alternativbewegung.⁶⁾

Die Alternativbewegung

Die Gründe für die Entstehung der Alternativbewegung wurden bereits im vorhergehenden Abschnitt klargestellt: strukturelle Bedingungen sind dafür etwa die Krisenerscheinungen des politischen, ökonomischen und ökologischen Systems, Legitimationsprobleme und eine Diffusion des Klassenwiderspruchs, da nicht mehr der klare Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, als vielmehr zwischen oben und unten, zwischen Herrschenden und Beherrschten im weitesten Sinne für die gesellschaftliche Sozialstruktur kennzeichnend ist. Subjektive Bedingungen für die Aus-

breitung der Alternativbewegung sind dabei etwa Identitätskrisen, Erodierung von Normen und Werten, Sinnverlust und Tradierungsprobleme.

Wie artikulieren sich nun diese Alternativbewegungen, welche politisch relevanten Bereiche werden von ihnen aufgegriffen und wie sieht es mit ihrer politischen Eingliederung, mit ihrer politischen Partizipation im gesamtgesellschaftlichen System aus?

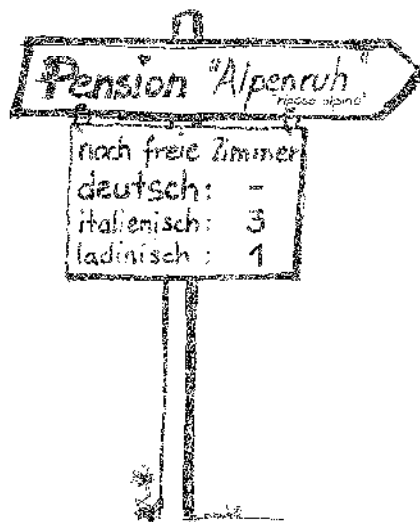
Die älteste Form von zumindest partiell extragovernamentaler politischer Beteiligung (auch Protest ist eine Form der Partizipation) ist wohl die Bürgerinitiative. Bürgerinitiativen werden überall dort aktiv, wo es in Ergänzung obrigkeitliche Fürsorge oder in konstruktiver Auseinandersetzung mit ihr um Mitgestaltung des sozialen Lebens geht. So richten sich Bürgerinitiativen vorwiegend gegen die Bürokratie und gegen bürokratische Entscheidungen, die über die Köpfe der Betroffenen hinweggehen. Die Bürokratiekritik gilt dabei vor allem auch dem Versagen von Parteien, sowie staatlichen und großindustriellen Planungs- und Verwaltungsapparaturen und wendet sich gegen Spezialisten- und Fachidiotentum.

Eng mit den Bürgerinitiativen ist die Ökologiebewegung verbunden, die ihren Ausgangspunkt von den Grenzen des Wachstums nimmt und über die Industrie- und Technologiekritik die Forderung nach Dezentralisierung der Produktion tordert. Wiederum sehr eng mit der Wachstumskritik ist die Konsumkritik verbunden, die sich als Gegensatz zu Karriere such, Leistungsstreß und Konsum in der Praxis alternativer Lebensstile artikuliert, die Ablehnung aller Leistungen in Geld ablehnt und die Produktion von Gütern und Dienstleistungen ohne Tauschwert propagiert. In diese Richtung geht auch die Stadtfucht und die Regionalismusbewegung.

Das frühere Sozial- und Kommunikationsnetz, das weitgehend durch ein staatliches Dienstleistungsnetz ersetzt wurde, hat dabei zu einer sozialen Entmischung geführt und zahlenmäßige Mehrheiten zu Randgruppen degradiert. Solche Randgruppen sind besonders die Jugendlichen und Alten, die sich verstärkt gegen ihre Subalternanz zur Wehr setzen.

Tragende Säulen der Alternativbewegung ist die Frauenbewegung, die sich nicht nur gegen patriarchalische Herrschaftsformen wendet, sondern bereits das gesamte gesellschaftliche System in Frage gestellt hat. Diese Infragestellung artikuliert sich in grundlegenden Wertumorientierungen, die auch eine Schwerpunktverlagerung in der Gesellschaftskritik hervorgerufen hat. Durch den Feminismus ist der Marxismus mit seiner Analyse der objektiven Verhältnisse etwas zurückgedrängt worden und schiebt sich die subjektive Seite verstärkt in den Vordergrund. Die „neue Innerlichkeit“, die „neue Sinnlichkeit“ hat dabei eine Krise des Rationalismus nach sich gezogen.

Damit verbunden ist die Psychobewe-



gang, die sich für eine neue emotionale Bindung und gegen einen klinischen Intellektualismus ausspricht. Ebenso sind in diesem Zusammenhang die spirituellen Bewegungen und die an Zahl rapide zunehmenden religiösen Sekten zu nennen.

Eine qualitativ neue Massenbewegung stellt die Friedensbewegung dar, die sich gegen die Rüstungsirrationalität und gegen Gewalt an sich wendet und die momentan einen gewaltigen Zustrom erfährt.

Eine weitere und wesentliche Quelle der Alternativbewegung ist die Arbeiterbewegung. Aus der Arbeiterbewegung im allgemeinen und den Restphänomenen der Studentenbewegung hat sich dabei die undogmatische Linke herausgebildet, die in der Alternativbewegung eine sehr bedeutende Rolle spielt. Diese Bewegung geht nach wie vor von einer Kapitalismuskritik aus, lehnt aber einen wie immer gearteten Dogmatismus ab, zeichnet sich durch eine geringe Organisation aus und zieht in verstärktem Maße anarchistische Überlegungen in ihre politischen Zielsetzungen ein.

Die Alternativbewegung zeichnet sich durch eine Partei- und Staatsverdrossenheit aus und vorläge ihr Botenrufgefühl so gut wie ausschließlich auf den außerparlamentarischen, oft auch auf den außerrechtlichen und vorgegesetzlichen Raum. Sie ist vor allem spontanistisch und alles eher als streng organisiert, sie ist sehr oft sehr gering rational durchdacht und weit mehr emotional. Sie agiert weniger planvoll, weniger strategisch, dafür aber eher bauernschlau, betont das Lustprinzip und ist jetzt orientiert. In der Strategie geht die Alternativbewegung oft dilettantisch und ineffektiv vor, versucht aber dagegen eher durch Involvierung als durch Revolutionierung, eher durch Subversion als durch Konfrontation politische und in diesem Zusammenhang gesamtgesellschaftliche Ziele zu erreichen.

Die Alternativbewegung manifestiert sich dabei nicht nur in oft spektakulären Aktionen, in Hausbesetzungen und Blockaden, sondern in einer Unzahl von alternativen Projekten. Welche realpolitische Bedeutung und Relevanz nun diese alternative Kultur hat, ob sich die Alternativbewegung etwa ins System integrieren läßt oder sich davon abkapselt, ob die Alternativprojekte nach der Graswurzel- oder Löschlattentheorie allmählich das gesamtgesellschaftliche System durchdringen und aufsaugen, all das kann in diesem Rahmen nicht behandelt werden. Auch muß in diesem Zusammenhang die Frage nach einer eventuellen systemstabilisierenden Wirkung der Alternativbewegungen unbeantwortet bleiben, wie auch die Überlegung, ob sie bereits die Funktion von Sozistaatsagencuren übernommen haben.

Neue Formen der Partizipation

Fest steht, daß die politische Partizipation der Alternativbewegung nicht mit den traditionellen Hinweisen auf

gouvernementale Einrichtungen beantwortet werden kann. Wie etwa sollen Ausstöße in dieses formelle System auch integriert werden, oder wie sollen Hausbesetzer, ihre, nach geltenden Rechtsnormen, illegalen Aktionen durch auf Legalität aufbauende zentrale Normsetzungsinstanzen systemimmanent legitimieren?

Die unmittelbare Frage, inwieweit sich die Alternativbewegung in den traditionellen Partizipationsformen, so etwa über das Parteiensystem, engagieren soll, ist noch lange nicht beantwortet, verfolgt man die Diskussionen, ob sich die Grünen als Partei an parlamentarischen Wahlen beteiligen sollen oder nicht.

Die Entstehung der Alternativbewegung ist jedenfalls die Folge einer Krise des Parlamentarismus, einer Krise des politisch-administrativen, ökonomischen und soziokulturellen Systems, das um seine Legitimation kämpft. Sie ist die Folge einer stetigen Verschiebung vom Rationalismus zu informellen, emotional gebundenen Aktionen, einer Verschiebung vom Ökonomismus zu neuen Formen der Produktion und Distribution, zu Formen einer neuen Dualwirtschaft. Zentral ist und bleibt dabei die Forderung nach dezentraler Basisdemokratie, nach Selbstverwaltung und Selbstkontrolle, nach Arbeitsplatzsouveränität.

Die Palette des politischen Engagements der Alternativbewegung zeigt demgemäß eine reichhaltige Abstufung. Beginnend von außerparlamentarischen Aktionen, die Staatsorgane unter den Druck der Straße setzen, gehen sie über funktionelle Eliten, die über Apparate der staatlichen und privaten Behörden verfügen, von der Ablehnung des gouvernemental verstandenen Demokratiebegriffs bis hin zur Schaffung einer autonomen Gegengesellschaft.

Die Frage politischen Engagements mit oder ohne Parteibuch kann somit nicht losgelöst vom gesamtgesellschaftlichen System betrachtet werden, vom Wandel, dem dieses unterliegt, vom Stand der gesellschaftlichen Entwicklung, von dessen Geschlossenheit oder Diffusion. Doch überall sind diese Fragen und Überlegungen mit dem Abbau von Herrschaft, mit der Frage nach Legitimation jeglicher Macht und generell mit der Demokratisierung der gesamten Gesellschaft verbunden.⁵⁾

Die Realität Südtirols

Südtirol ist ein integrierender Bestandteil Italiens, seine Einwohner nehmen an den politischen Wahlen zum Zentralparlament teil und unterliegen bestimmten gesamtstaatlichen Zielen: sie zahlen Steuern, sind von der gesamtstaatlichen Wirtschaftspolitik betroffen, leisten den Wehrdienst ab, haben praktisch keinen Einfluß auf die Außenpolitik und anderes mehr. Die zuvor getroffenen Überlegungen hinsichtlich gouvernementaler und alternativer Partizipation können somit auch auf Südtirol angewandt werden. Dennoch muß das politische Engagement in Südtirol auf Grund historischer Be-

dingungen differenzierter betrachtet werden.

Die Partizipation des Bürgers ist in Südtirol demnach nicht nur durch bestimmte ökonomische Prinzipien determiniert, sondern erfährt durch das Nationalitätenproblem eine zusätzliche und wesentliche Prägung.

Die deutschsprachige Bevölkerung Südtirols hat sich — und ist es nach wie vor — weitgehend in und durch die Südtiroler Volkspartei politisch betätigt. Dieses partizipolitische Engagement, das sich auch durch eine im Verhältnis zur Bevölkerungszahl und in bezug auf die freien Länder des Westens, einmalig hohe Parteimitgliedschaft auszeichnet, hat dabei mehrere Gründe, die wohl den meisten bekannt sind und ich diese deshalb nur stichwortartig wiederhole.

Obgleich die Volkspartei von allem Anfang an ganz klar bestimmte ökonomische Interessen vertrat, ist ihre Monopolstellung vor allem durch historische Rahmenbedingungen begründet und abgesichert. Ihr, seit der ersten Stunde bekundeter Einsatz für die zentralen Rechte der deutschsprachigen Volksgruppe, ihre Volkstumspolitik, erlobt sie dabei zur alles umfassenden Ideologie. Zusätzlich waren auch die gesamtgesellschaftlichen Strukturen für die Entwicklung einer solchen Sammelbewegung günstig. Der zahlenmäßig eher geringen deutschsprachigen Stadtbewölkerung stand die große Masse der Landbevölkerung gegenüber. Die relative Einheitlichkeit dörflicher Strukturen, die Homogenität von bestimmten normativen Wertvorstellungen, das tradierte Sozial- und Kommunikationssystem, vor allem aber die verschiedenen Subsysteme (so etwa die Kirche) gewährleisteten dabei eine langandauernde lineare Entwicklung. Konstitutiv für die überragende Stellung der Volkspartei ist aber nach wie vor ihr Grundsatz, wonach ausschließlich die Geschlossenheit einer Minderheit deren Erhalt und Entfaltung gewährleistet.

Die gesellschaftlichen Sanktionen, die ein Ausscheren aus diesem geschlossenen System nicht nur erschweren, sondern in vielen Fällen auch existenzgefährdend werden lassen, sind dabei vielschichtig und vielfältig. Die Normen der Religion, der Moral und der Sitten, die mit den politischen Normen weitgehend zusammenfallen und einen Teil der Kultur bilden, sind zwar informell organisiert, erhalten aber in Südtirol eine kollektive Definition. Ökonomische Sanktionen und die „vierte Macht“ im Lande (in Anlehnung an die gouvernementale Dreiteilung in legislative, exekutive und judikative Gewalt), die Monopolpresse, sind in diesem Zusammenhang ebenso wesentliche Normregulatoren.

Die nach außen hin erscheinende plebiszitäre politische Mandatsübertragung, die gesamtgesellschaftlich sämtliche Bereiche abdeckt, legitimiert sich dabei vorwiegend durch innerparteiliche Partizipation, die ihren konkreten Ausdruck in den dezentralen Partizipationsstrukturen, in Form von Ortsgruppen

und Bezirksausschüssen finden. Dadurch soll jedem die theoretische Möglichkeit gegeben werden, seine spezifischen Interessen gesamtgesellschaftlich oder zumindest parteilich über und durch die Partei zu konkretisieren. Anspruch und Wirklichkeit fallen in der Praxis aber weitgehend auseinander.

Der anfänglich allumfassende Grundsatz der Einheitlichkeit gegen außen, der innere Widersprüche überlagerte, umgekehrt aber der Anspruch, durch innerparteiliche demokratische Willensbildungsprozesse dem Grundsatz der Sammelpartei gerecht zu werden, wurde durch den Wegfall bestimmter exogener Faktoren (weitgehende Absicherung der Minderheit durch die Autonomie) aufgeweicht. Die realen innerparteilichen Machtverhältnisse wurden dadurch offenkundig. Gleicher Zugang zu parteiinternen Macht(positionen) sind durch verschiedene strukturelle Schranken abgeblockt, so daß es den sozial schwachen Parteimitgliedern erschwert ist, relevante Entscheidungen herbeizuführen.

Wer über keine Hausmacht verfügt, durchdringt nur schwer den hierarchischen Parteiapparat, wer aus einem schwachen Bezirk kommt, tut sich weit schwerer, zumindest regional spezifische Interessen durchzusetzen, als etwa parteiintern stark organisierte Eliten und parteiinterne Lobbys um dabei das Ihre zu tun. Wie sehr aber parteiinterne Entscheidungen der SVF gesellschaftspolitisch relevant sind, ergibt sich aus ihrer Monopolstellung, zumal in weiten Bereichen Öffentlichkeit und Partei de facto deckungsgleich sind.

Erst allmählich hat sich durch die ökonomische Entwicklung, durch die Urbanisierung des primären Sektors, durch den Wegfall exogener Faktoren und durch die Erodierung des „ethnoideologischen“ Überbanes ein Klassenbewußtsein unter Teilen der werktätigen Bevölkerung Südtirols herausgebildet.

Hier muß auch ganz kurz auf die Situation der Italiener eingegangen werden. Die Italiener waren bis auf weiteres nicht gezwungen, partikulare und Klasseninteressen bestimmten übergeordneten Allgemeininteressen unterzuordnen. Ihre parteipolitische Differenzierung entwickelte sich demgemäß entsprechend der gesamtstaatlichen Situation. Allerdings stellte die Umsetzung gesamtstaatlicher Zielvorstellungen auch in Südtirol, ohne die Nationalitätenfrage zu berücksichtigen, besonders für die Klassenparteien einen schwerwiegenden Fehler dar, der erst allmählich einer Revision unterzogen wird, was immer noch andauert.

Die politische Partizipation des Bürgers in Südtirol ist somit in das traditionelle, gouvernemental und repräsentativ verstandene Parteiensystem eingetragene. Möglichkeiten für ein informelles politisches Engagement wurden deshalb relativ wenig durchdiskutiert, sieht man einmal von der Studentenbewegung ab, auf die ich später noch kurz zu sprechen kommen werde.

Informelles politisches Engagement

So reglementiert und verfaßt und verschiedenen Sanktionen ausgesetzt die Südtiroler Gesellschaft auch ist, so geringen alternativen oder informellen Spielraum sie auch zuläßt, so sind in Südtirol dennoch verschiedene organisierte und nichtorganisierte Bewegungen vorhanden, die sich außerhalb der traditionellen Parteienlandschaft bewegen.

Ein zumindest teilweise außerhalb des üblichen Parteiensystems anzusetzende politisches Engagement beruht in der Tendenz, bei lokalen Wahlen durch Turmlisten aufzutreten. Solche Turmlisten sind rein dörflich begrenzt und in ihrem politischen Auftritt meist durch persönlich-partikulare, weitgehend lokal begrenzte Interessen begründet. Dorfinterne Konflikte und Clangegensätze werden dadurch meist von der ansonsten unbestrittenen Position der Volkspartei in eine neue organisatorische Form gegossen, wobei auf einer höheren Ebene die Interessenskollisionen meist wieder wegfallen. Solche Turmlisten haben allerdings zu jedem Zeitpunkt an Bedeutung verloren, als sich parteipolitische Alternativen zur Volkspartei ergaben. Sie stellen daher im weiteren Sinne des Wortes kaum eine politische Alternative dar und tangieren das politische Engagement ohne Parteibuch nur am Rande.

Dort allerdings, wo trotz allem die verfaßte Gesellschaft nicht aktiv wird, lokale Interessen nicht berücksichtigt und wirtschaftliche Lobbys allzu rücksichtslos vorgehen, artikulieren sich die Bürger auch in Südtirol durch Bürgerinitiativen. Doch gibt es auch in dieser Hinsicht wesentliche Unterschiede.

In letzter Zeit nämlich vermehren sich die Aktionen der, in ihrem Anspruch parteipolitisch ungebundenen Verbände und Interessengruppen. Diese treten dabei besonders gerne vor jeweils stattfindenden politischen Wahlen an den Tag, um vor der Befähigung programmatischer Verbandsziele ihre parteipolitische Unterstützung abhängig zu machen (so etwa der Arbeitskreis Südtiroler Mittelschullehrer, der ASGB, der Jugendring usw.). Sind solche Initiativen formell auch parteiunabhängig, so kann man gerade solche Organisationen, die sich dieser punktuellen Methoden bedienen, weitgehend unter die Vorfeldorganisationen der Volkspartei, als in der Provinz tragende Regierungspartei, einreihen. Eine solche informelle, parteiunabhängige Partizipation ist deshalb auch unter diesen Gesichtspunkten zu betrachten.

Neben diesen Bürgerinitiativen im weiteren Sinne haben auch die klassischen, in Südtirol meist ökologisch begründeten Bürgerinitiativen, proportional zur Expansion des Fremdenverkehrs und zur Überschiebung zugenommen. Diese gehen in der Regel meist nach denselben strategischen Prinzipien vor und versuchen über die Öffentlichkeit, über Koalitionen und (meist sehr sachten) Pressionen den

Konfliktpartner zu einer annehmbaren Lösung zu bewegen.

All diese kurz- oder langfristigen Interessen, diese landesweiten oder regional begrenzten Anliegen, werden dabei in der Regel an eine Partei herangetragen, die die potentiellen Möglichkeiten hat, solche Ziele zu verwirklichen. Die Bürgerinitiativen in Südtirol bewegen sich bewußt systemimmanent und deren Forderungen werden generell auch weitgehend parteipolitisch neutralisiert.

Qualitativ anders zu bewerten ist hingegen die sogenannte undogmatische Linke Südtirols, die historisch aus der Studentenbewegung Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre gewachsen ist.

Die gesamteuropäische Studentenbewegung haben auch die Südtiroler Studenten miterlebt, die ja in Ermangelung einer eigenen Universität im Lande in verschiedenen Staaten ihre Studien absolvierten. Waren jene Jahre für Südtirol auch nicht so sehr von tiefgreifenden sozioökonomischen und kulturellen Transformationen geprägt, und beschäftigten sich die Südtiroler Studenten in Italien oder in Österreich vielleicht auch noch mehr mit den Ausläufern der Attentatsära und der neuen Faketpolitik, so standen sie dennoch den gesellschaftlichen Umstürzungen nicht neutral gegenüber. So regten sich die Studenten auch im Mikrokosmos Südtirols und begannen, tabuisierte Normen und Axiome zu hinterfragen. Erinnerung sei hier an den Versuch, das Informationsmonopol der „Dolomiten“ durch die „Brücke“ zu brechen, die erweiterte Autonomie kritisch zu durchleuchten und im Zuge einer neuen Identitätssuche das Verhältnis zur italienischen Sprachgruppe neu zu regeln.

Die heutige undogmatische Linke geht somit auf diese historische Zäsur zurück und stellt in Südtirol das Gros parteipolitisch Nichtorganisierter dar, die aber in den verschiedensten Bereichen politisch aktiv sind, auch wenn es immer wieder Rückschläge zu verzeichnen gibt. Dabei kann man heute auch nicht mehr behaupten, diese Bewegung konzentriere sich ausschließlich auf die Zentren des Landes, sondern vereinzelt treten diese Formen politischen Engagements auch dezentralisiert auf, wie wohl es in dieser Richtung noch eines erheblichen Nachholprozesses bedarf.

Die undogmatische Linke Südtirols zeichnet sich wie überall durch einen geringen Organisationsgrad aus, die Bewegung wird vielfach von Intellektuellen getragen und operiert nach wie vor auf der Basis sozioökonomischer Analysen unter Berücksichtigung der Südtiroler Nationalitätenfrage. Während die Südtiroler Studentenbewegung noch mehr Zutrauen in die Möglichkeiten von Partei- und Gewerkschaftspolitik besaß, ist die heutige undogmatische Linke in dieser Hinsicht etwas realistischer.

Konkret äußert sich das Engagement ohne Parteibuch besonders in der Kulturpolitik, in der Schule und in der Gewerkschaftsarbeit. Dabei wird vor

allein der Versuch unternommen, über die alternativen Kommunikationsmittel (vor allem private Radiostationen, Tandem) durch Gegeninformationen eine Bewußtseinsbildung unter der Bevölkerung herbeizuführen. Was die Zentren betrifft, so agiert sie vielfach interethnisch, wenngleich diese unter neuen Voraussetzungen begonnene Kooperation unter den Volksgruppen, immer wieder Spannungen und Rückschläge ausgesetzt ist. Inwieweit der Versuch eines Teiles der undogmatischen Linken, sich zusammen mit anderen Protestbewegungen durch die Neue Linke / Nuova Sinistra auch partizipativ zu engagieren (wenn gleich sich die Neue Linke von den traditionellen Parteien in wesentlichen Punkten unterscheidet), kann hier nicht näher erörtert werden, hat aber ganz generell die Frage aufgeworfen, die sich innerhalb der Grenzen über die Konstituierung als Partei ergeben haben.

Schlußbemerkungen

Politisches Engagement ohne Parteilock wird in Südtirol geübt, vielfach oft mehr, als gemeinhin angenommen wird. Realpolitisch fällt dieses Engagement sicherlich nur zum Teil ins Gewicht, erfüllt aber dessen ungeachtet wichtige Funktionen. Die Erfolge einer solchen informellen Politik treten dabei generell nie kurzfristig an den Tag, sondern sind langfristig angelegt. Inwieweit allerdings die Hoffnungen auf eine Langzeitpolitik Ausgangspunkt für eine Intensivierung des informellen Engagements sein können, bleibt zweifelhaft und hat in der Praxis nicht selten zu einem Rückzug ins Private geführt. Doch für die Zunahme informeller Beteiligung spricht die gesamtgesellschaftliche Entwicklung in Südtirol, die ein-

gebettet ist in die Transformation des Makrokosmos, des spätkapitalistischen Systems mit seinen Legitimationsproblemen.

Eine reelle Chance, wesentliche Änderungen in Südtirol herbeizuführen, sind in Anbetracht der Machtverteilung jedenfalls nur denkbar, wenn sich das politische Engagement auf beiden Ebenen, der formellen und informellen, artikuliert, auf der Ebene der Partizipativität und in verschiedenen Projekten. Der große Vorteil der informell engagierten liegt dabei sicherlich darin, daß sie durch keine Parteirichtlinien, durch keine Grenzen oder Dogmen, Rücksichten oder Zwänge, denen Parteien unterliegen, eingeschränkt sind.

Es ist auch die große Chance des informellen Engagements, durch Aufgreifen tabuisierter Themen, durch Aktionen innerhalb und außerhalb des Systems, für eine formell determinierte Politik Verarbeit zu leisten. Es gilt somit, eine „dualistische“ Lösung im Sinne einer Kombination von formeller und informeller Politik zu erreichen. Dafür sind die Ausgangspunkte in Südtirol gegeben. Es gilt darum, sie in der Praxis verstärkt anzuwenden.

Weiterführende Literatur:

- 1) — Alemann, Ulrich von: Partizipation, Demokratisierung, Mitbestimmung, Frankfurt 1977.
- Grube, Frank — Richter, Gerhard: Demokratietheorien, Konzeptionen und Kontroversen, Hamburg 1975.
- Pelinka, Anton: Dynamische Demokratie, Stuttgart 1974.
- Zimpel, Gisela: Der beschäftigte Mensch, München 1970.
- 2) — Habermas, Jürgen: Zum Begriff der politischen Beteiligung, in: Dersel-

ber: Kultur und Kritik. Verstreute Aufsätze, Frankfurt 2/1977, S. 9—59.

— Habermas, Jürgen: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Neuwied 1962.

— Poulantzas, Nicos: Politische Macht und gesellschaftliche Klassen, Frankfurt/M. 1980.

3) — Gronemeyer, Marianne: Individuelle und institutionelle Bedingungen der Beteiligung, in: Bahr, Hans Ekkehard: Politisierung des Alltags, Neuwied/Berlin 1972, S. 164—176.

— Gronemeyer, Reiner: Integration durch Partizipation, Frankfurt/M. 1973.

— Pelinka, Anton: Politik und moderne Demokratie, Kronberg/Ts. 1976.

4) — Habermas, Jürgen: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt 1973.

— Habermas, Jürgen: Stichworte zur „Geistigen Situation der Zeit“, Frankfurt 1980, 2 Bde.

— Offe, Claus: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur Politischen Soziologie, Frankfurt 1973.

5) — Huber, Joseph: Wer soll das alles ändern? Die Alternativen der Alternativbewegung, Berlin 1980.

— Goiz, André: Abschied vom Proletariat, Frankfurt/M. 1980.

— Mayer-Tasch, Peter Cornelius: Die Bürgerinitiativbewegung, Hamburg 76.

— Peier, Jan (Hg.): Die Geschichte alternativer Projekte von 1800 bis 1975, Berlin 1980.

— Rosenstein, Marianne: Bürgerinitiativen und politisches System, Berlin 1978.

— Roth, Roland: Parlamentarisches Ritual und politische Alternative, Berlin 1980.

Oswald Egger

An alle Heimatfernen und -vertriebenen oder Die melancholische Linke und ihr philosophischer Katzenjammer in und über Südtirol

Die Provinz der Begebenheit, die für alle Orte steht, wo Menschen von Menschen sich abheben, von der Realität flüchten, nach oben, zu Dingen, die nicht weh tun können, gehört heute noch zu diesen Orten.

frei nach Brecht:

Vorausschicken möchte ich, wie ich als Nicht-Student dazu komme, dem „Skolast“ einen Artikel zu schreiben. Nun, das mag vor allem daran liegen, daß, wie ich meine, der „Skolast“ gut und gern sein Schertlein zur veröffentlichten Meinung beiträgt. Vorausschicken möchte ich auch, daß ich in Zürich nicht mit dabei war und nicht in Berlin, weder in Gedanken, Worten noch Werken! Aber ich schreibe dennoch, von Gruppen schreibe ich, von Grüppchen und Cliques. Und von ihrer politischen Relevanz

schreibe ich, von dem Geplärre, das sie in (die) SZENE setzen.

Zur Lage

Obwohl sich hier internationale Bewegungen — falls überhaupt — erst mit 10jähriger Verspätung ankündigen, hat es Südtirol TROTZ ALLEDDEM inzwischen auf ganze drei (3) autonome Jugendgruppen gebracht! Es sind dies: „Kultur- und Freizeitgruppe Prad e. V.“, „Jugend- und Kulturgruppe Latsch“ und schließlich das „Jugendkollektiv Lana e. V.“.

Freilich haftet ihnen insgesamt die allgemeine Tendenz, die Innerlichkeit an. Im übrigen regressives FREAKS, SPONTIS, ANARCHOS usw., Söhne und Töchter dieser neurischen Provinz. Sie hängen in den Straßen herum, falls das Wetter es zuläßt, in Lokalen, wenn es Winter wird. Man wartet . . .

Auf eine Hausbesetzung vielleicht, um den Anschluß an das Weiriveau zu schaffen, und — nichts.

Oswald Egger

Jahrgang 1963, Arbeiter,
39011 Lana, Marconistraße 1

Parteien wurden milde belächelt, handelt es sich um die KPI, dann um so heftiger.

Und dann gibt es noch, ich hätte sie jetzt selber beinahe vergessen, jene Masse, welche man verabscheut, von der man sich gerne abhebt: die Arbeitenden.

Das aber, was ich hasse, ist nicht die Masse!

Die Jugendgruppen selbst oder von der alten Radikalität zum neuen Selbstmitleid

Das Gewimmer, das die Jugendgruppen umgibt, gilt es nun genauer unter die Lupe zu nehmen: Verinnerlichte Bürgersöhnchen/Töchterchen möchten gern ihre ach so schlimmen Probleme gelöst wissen, wollen „sich selber finden“, wie sie sagen. Sie wollen diskutieren: PROGRESSIV DYNAMISCH MIT FANTASIE ABER SACHLICH.

Man plärrt sich gegenseitig vor, wer wohl am wenigsten verstanden würde, wer die größten Strapazen seiner „Selbstfindung“ durchmachen: Beziehungsmaßelei, alternativ sein!

Über alles wird geredet, alles wird zerredet. Nur eines wird nachgestellt: die Politik. Sie sei oben Scheiße (daß sich bei uns Bewegungen immer nur von ihrer negativsten Seite durchsetzen können, verdammte!). Inneres Glück sei oben die Grundlage für erfolgreiches und erfüllendes Handeln!

Dahinter läßt sich die zutiefst unpolitische, im Grunde reaktionäre Zwischeweisheit rausmachen, daß erst der einzelne Mensch sich ändern müsse, bevor die Verhältnisse geändert werden können.

Denn was man nicht will ist: ARMEL AUFREMPFELN ZUFACKEN AUFBAUEN. Erst wo man von „Gruppendynamik“ und „subjektivem Faktor“ absieht. Taten statt, wo Worte waren, beim Unmöglichkeit (=UTOPIE) anpackt, PRODUKTIV STATT REGRESSIV ist, kann man einen Begriff von der Veränderung geben und gleichzeitig an ihr mitwirken.

Dann wird auch die Gesellschaft, das politische, wirtschaftliche und soziale System als Treibhaus von Neurosen, Komplexen und unerfüllten Triebwünschen entlarvt werden, um ein letztes Mal von der THEORIE zu sprechen!

Im Lanzer Jugendkollektiv scheint diese Theorie sich, gewiß langsam und Schritt für Schritt nur, in die PRAXIS umzusetzen, und zwar genau dann, wenn etwas getan wird, statt ANALysiert. . .

Freaks, Spontis, Anarchos: DIE SZENE

gibt es (hier) nicht. Allenfalls in den Jargons der Importeure: Zu den Stoßzeiten (Semesterferien und so) kommt eine Schwemme neukluger Verhaltensweisen, Theorien und Fruste über den Brenner oder über Saturn auch in unser Ländchen. Was sich da so alles zugetragen haben soll, auf dieser oder jener Demo, in den besetzten Häusern und in der WG, ja, davon weiß gar mancher zu erzählen: zu ERZÄHLEN wohlgemerkt! Und er tut es auch, beigott. . .

Allzuoft dauert der Aufenthalt ja nicht, was beide Seiten ungemünzt freut! Man hat einmal mehr gesehen, daß hier nichts läuft, daß einfach nichts los ist (natürlich würde keiner zugeben, was er da im tiefsten seines Herzens denkt, zumindest würde er es allemal kunstvoll zu umschreiben wissen).

Und man will eben einfach nicht mit anfassen, hier und dort nicht, nicht einmal hier und da: MAN WEISS NIE WIE EINEM DAS SCHADEN KANN und WARUM IMMER ICH?

Alles in allem will man nur die ERFAHRUNG, das BEWUSSTSEIN, die PRAXIS unter Beweis stellen.

Im Ernst: Es gibt bestimmt viele Wege, und gewiß sind sie nicht alle gleich beschwerlich, ich weiß auch, daß es hier viele Typen gibt, die herabhängen, man will ja schließlich IN sein.

Aber was ich sicher weiß: Dieser Weg ist sehr, sehr bequem! NULL BOCK kann man nämlich auf alles mögliche haben, also nicht nur auf den Staat, sondern auch auf eine Demo, eine Stellungnahme, auf Aktivwerden. . . Es ist eben kein POWER da, würden die Berliner sagen, nicht viel anders als die Blumentändler.

(Das alles klingt banal, ich weiß, aber Wahrheit kann oft ganz schön banal sein!)

Und: SAGT DOCH NICHT IMMER: DAS KENNEN WIR SCHON!

Apologien und Poeten dazu:

ein Nachruf zu Lebzeiten

In Sachen Sprach- und Wortkunst tut sich auch was hier bei uns. Die einen, die in ihrem Fieberbrennturm an der Einsamkeit ihrer Vorstellungen erkrankt sind, behaupten, die wahren Probleme lägen im Alltag. Damit bekunden sie allerdings nur, daß ihre wahren Probleme im Alltag liegen, um P. Hacks zu paraphrasieren „Was für die Spatzenbärn vertragen sie damit“, schreibt er. „Sie sitzen in ihrem Baum und schlippen, und den Wind, welcher den Baum bewegt, halten sie für eine Eigenschaft des Baums!“

Es gibt dann noch die anderen, selbsternannten „Dissidenten“ (was meistens bis zum Disordieren reicht).

Geil wie sie sind, dichten sie, unverstanden und unverständlich bis sie nicht ins Gras (konsequent war nur einer), aber in den Köder beißen, den der Kapitalismus (auch) für sie stets bereithält: seine ihm so verhassten Produkte!

Für sie gilt insgesamt folgendes Ende eines Gedichts (G. Jatzek, vor Neruda lernen), das gleichzeitig auch ihres bedeuten könnte, wenn das Fleisch nicht schwach wäre. . . :

*gedichte waren immer nur partisans
mit äußerst beschränktem
aktionsradius.*

Die Spatzen pfeifen es überall quitschwargogüht vom --Dach!

Alle Utopie und neue Wut

*Die Aktion, die Aktion,
die Aktion hat immer recht,
Sie ist von höherer Natur,
Von übermenschlichem Geschlecht.
Und kränkt ihr sie, und erückt ihr sie,
Sie schimpfet nie, sie grollt nie,
Sie legt sich in das grüne Moos,
Beklagt bloß ihr subversiv' Los.*

Pathophil KOT

Besagter Einfluß anderer Breiten bewirkt, inwischen auch das Abwandern einiger weniger in den UNDERGROUND. Was sie betrifft, sind sie einerseits noch Reste einer politischen Bewegung, die noch nicht ihre eiten Liebe zum Schönen, zur Kunst und zum sinnlichen Leben wiedergefunden haben, sondern -- vor der Basis in der Luft hängengelassen -- ihrer Empörung Luft machen!

Andererseits ist zu sagen, daß sie sich hierfür -- von der neudeutschen Bewegung angespornt -- auch deren Slogans bedienen und diese dann blindwütig und ANGETURNT an Wände usf. schmierern: Ein wahrlich erregendes und gelbes FEELING!

Ich weiß nicht, dieser Klang beständiger Scheiben ist mir fremd geworden. Die massenhaft destruktive

Befriedigung (bürgerliche Affektregulierung und dabei bleibt's) mag ich nicht mehr. Ja, ich hasse es, dieses Begehren, intellektuelle FÜRZE: Unser tagtägliches Narzissmus konkretisiert sich anscheinend in der Ohnmacht dieser Helden in den Romantizismen, die ihnen anhaften, so daß am Ende halt doch jener recht behalten wird, der da (auf eine Mauer) schrieb:

Leute die heute & morgen sich sorgen
daß strahl

TOURISTEN

TERRORISTEN

sich häufen

mögen schnellstens sich

ersäufen

jämmerlich

Comunicato del "Comitato d'intesa Indipendenti Bassa Atesina,"

Salorno 15 gennaio 1981, si sono riuniti ad Egna i consiglieri comunali di Egna, Ora, Montagna, Salorno e Cerdina e gli attivisti indipendenti della Bassa Atesina, dopo che è stato negato agli indipendenti di Salorno l'uso della sala civica per un dibattito sui problemi della Bassa Atesina.

Nel corso della riunione sono state ricordate le cause che hanno portato alla formazione di liste indipendenti in occasione delle elezioni comunali ed al notevole consenso dalle stesse conseguito. All'origine dell'iniziativa degli indipendenti si è stata e permane una scarsa ed inadeguata attenzione del partito ed in particolare della DC per i problemi del decentramento e per quelli specifici della bassa atesina in gran parte insoluti.

Vi è inoltre la necessità di superare i riflessi negativi, specie nelle piccole comunità ed esasperate divisioni fra i partiti, determinate dalla mancanza di autonomia delle centrali politiche nazionali, e quindi da un continuo distacco della realtà locale.

E' stata poi esaminata la situazione creata nei diversi comuni della Bassa Atesina durante e dopo la formazione delle giunte comunali. A Salorno, Egna, Ora, la DC pur avendo perso buona parte del consenso popolare ha dato luogo ad una serie di compromessi con la SVP e tutto danno di coloro che si oppongono all'egemonia etnica e politica della SVP. La DC ha così evitato atteggiamenti arroganti e antidemocratici della SVP avendo come unico scopo quello di salvaguardare piccoli poteri e vantaggi personali. La competenza della Giunta Provinciale alle coalizioni SVP-DC favorita da una legge subordinamento dei comuni ambigua ed insufficiente a tutelare le minoranze politiche dagli abusi della maggioranza, mettono poi in serio pericolo la corretta dialettica democratica all'interno dei consigli comunali.

Diferente a questa situazione divenuta quanto mai insostenibile, diventa ne-

cessario unire tutte le energie umane ed organizzative degli indipendenti per affrontare in comune i problemi concreti e di vita democratica nella Bassa Atesina, portarli a dibattiti nelle sedi istituzionali e fra la popolazione per consentire la responsabile e partecipativa soluzione.

Allo scopo pur affermando la completa autonomia di ciascuna lista nei confronti dei problemi specifici di ogni singolo comune, i consiglieri comunali e attivisti indipendenti costituiscono un "Comitato d'intesa fra gli indipendenti della Bassa Atesina con le seguenti finalità:

1) affrontare in concreto i problemi di sviluppo economico, sociale e culturale ed ecologico della bassa stessa.

2) Contrastare con ogni mezzo legale e democratico l'azione prevaricatrice e revanscista dei vertici della SVP.

3) Contrastare la totale ed avvilente sudditanza e passività della DC nei confronti della SVP.

4) Affermare un modello di convivenza basato sulla collaborazione afferiva e paritaria fra i gruppi etnici e non

Gedankenstrich:
sic haben recht!

AMEN

Appendix:

Ich bin auf den Einwand gefaßt, so dürfe man keinen Artikel schreiben: unwissenschaftlich, emotional, geradeheraus (wahr), subjektiv!

Ja, man wird mich eines Besseren belehren, da bin ich mir ganz sicher, aber des Analysierens, Geschaffens usw. bin ich's leid und überlasse es mit der Befürchtung, es könnten viele sein, anderen.

Ich werde also nichts verändern (am Artikel nur versteht sich), nichts ergänzen, hinzufügen, weglassen, nicht theoretisieren, philosophieren, nein:
WIXEN TU ICH DAHEIM!

sulla "pacifica convivenza", intesa come pacifica sudditanza del più debole al più forte, o su un opportunistico col-laborazionismo.

5) Rifiutare ogni tipo di gabbia etnica e un consenso che non sia libero da ogni pressione diretta o indiretta sulle coscienze o sulle elementari necessità del cittadino.

6) Salvaguardare la viva democrazia dei consigli comunali chiedendo una legge sull'ordinamento dei comuni chiara e rispettosa dei diritti delle minoranze politiche.

7) Collaborare con quelle forze politiche sociali e sindacali che dimostrino in concreto il loro impegno per i problemi del decentramento e per un diverso modello di convivenza.

Il comitato si convocherà quanto prima per affrontare in concreto e singolarmente i diversi problemi comuni.

Atz Bruno Morandini Ivano, Scannavini G. Carlo, Maringgele Rita, Ecker Lino, Endrizzi Antonio, Pojer Silvio, Boccher Luisa, Stenico Sergio, Pedorik Heinrich, Teusch Richard, Largher Roberto, Pojer Roberto, Colatti Elisabetta, Ebner Vittorio, Flor Walter, Ferrari Sergio, Loner Erich, Guglielmo Sandro, Rossi Pierino, Janasilli Antonio.

Coordinatore: Ebner Vittorio.

Segretario: Morandini Ivano.

mir ein erlebnis, sicher nicht so wichtig, aber doch... scheiße, am donnerstag hänge ich um 12 uhr ein plakat zur ankündigung eines theaters über das drogenproblem in den bozner lauben auf, bewußt dort, wo keinas hängt, das noch aktuell ist, es ist schön von der gemeinde gestempelt, für fünf tage, ich klebe daneben, am nachmittag gehe ich dort vorbei und... ein viel größeres ist mit wein darübergeklebt (die größe der plakate ist wohl der triumph feier, deren plakate sonst armselig sind.) es ist von der republikanischen partei (decidere e governare pri tesseraamento 1982), ein recht ehrwürdiger herr, sicher mit einem recht ausgeprägten selbstbewußtsein -- so stelle ich ihn mir vor, so wird er auch sein -- hat mir das plakattieren gezeigt, mein plakat schimmert darunter leicht hervor, ein herr vom pri, ein demokrat, ich stelle ihm mir recht beliebt vor, vielleicht: sollten "wir" ihm nicht nur mit einer schreibfeder die ehrwürdige brust kitzeln, (entschuldig die interpretation,) wir sollten ihn damit stechen, vielleicht sollten wir uns mit pfeil und bogen bewaffnen und ihm -- und noch anderen -- einen bunten pfeil in den arsch schießen, bei frischer lat. (es muß nicht plakattieren sein,) oder auch später.

der name ist der red. bekannt

Perchè obiettori di coscienza senza partito?

Per capire come mai il movimento degli obiettori di coscienza non abbia una determinata collocazione politica, dobbiamo fare una sintetica analisi storica della sua nascita.

Nel 1972, di fronte all'esplosione del fenomeno dell'obiezione di coscienza ed alle lotte di molti obiettori, venne approvata il 15 dicembre la legge 772 sull'obiezione di coscienza. La legge, proposta dal democristiano Marcora, ammetteva l'obiezione di coscienza al servizio militare, per motivi profondi di ordine religioso, filosofico e morale. Tale legge aveva un carattere punitivo: infatti prevedeva un servizio civile sostitutivo più lungo di otto mesi rispetto al periodo di leva e le coscienze erano sottoposte al giudizio di una commissione, che aveva la facoltà di decidere sulle domande di obiezione. Inoltre essa manteneva gli obiettori sotto la giurisdizione militare.

Tale legge fu approvata col voto favorevole di DC, PSDI e PLI, il voto contrario del MSI e l'astensione di PCI, PSI, PRI e degli indipendenti di sinistra.

I massimi si opponevano alla legge con affermazioni emarginanti nei confronti degli obiettori, sulle quali per i nostri scopi non vale nemmeno la pena di soffermarsi, pur essendo in qualche caso addirittura divertenti.

Per i partiti di governo, l'unico problema era quello di distinguere i "veri obiettori", dai "furbini": ecco il perché della commissione giudicatrice e degli otto mesi di aggiunta al periodo di leva. Tale impostazione derivava dalla concezione che l'obiezione non si configurava come un diritto, ma come una concessione a "veri obiettori".

La posizione di socialisti, repubblicani ed indipendenti di sinistra fu quella di riconoscere l'obiezione di coscienza come diritto civile soggettivo. In questo senso di posizioni nettamente più avanzate rispetto alla legge, proposero insieme al democristiano Fracanzoni, una serie di emendamenti rivolti ad eliminare la commissione ed a smilitarizzare il servizio civile, emendamenti che vennero sistematicamente respinti. In sede di votazione si astennero, vista la necessità di non affossare la legge, che almeno riconosceva il principio dell'obiezione.

Il PCI inquadrava il problema dell'obiezione di coscienza all'interno di un disegno di democratizzazione delle

Forze Armate, interpretando tale fenomeno come un diffuso malessere tra i giovani di leva. Il PCI era sostanzialmente contrario all'obiezione: ribadì il principio della leva obbligatoria, base della democrazia (?) dell'esercito. Si dichiarò contrario all'autoritarismo nell'accettazione delle domande, chiedendo anzi maggiori controlli a livello locale, considerando la commissione proposta impotente a giudicare. Il PCI si astenne per motivi politici, cioè per non mostrarsi ostile ad un movimento di opinione chiaramente di sinistra e realmente portatore di esigenze di base.

In seguito all'approvazione in Parlamento della legge, si costituì la Lega degli Obiettori di Coscienza (LOC), che riuniva in sé tutti gli obiettori vecchi e nuovi e più preparati politicamente. Essa si propose come primo compito la ricerca di quegli enti in cui fosse possibile svolgere un servizio civile, con determinate garanzie di democraticità. Contemporaneamente alcuni obiettori inoltrarono delle domande di obiezione contenenti motivazioni politiche, per cui furono bocciate dalla nota Commissione giudicatrice. I 44 obiettori in questione fecero ricorso al Consiglio di Stato, mentre altri obiettori presentarono la stessa domanda come iniziativa di lotta. La Commissione dovette approvare tutte le domande per non bloccare l'applicazione della legge.

Il Ministero, non essendo state emesse le norme di attuazione della legge 772 (ciò avverrà solo nel 1977), si mosse solo dopo più di un anno, inviando la cartolina preposta ad un centinaio di obiettori con destinazione alla Caserma dei Pompieri di Passo Corse (Roma). Questo fatto suscitò l'immediata mobilitazione degli obiettori, che culminò nel primo Congresso Nazionale della LOC, avvenuto nel gennaio 1974 a Napoli. Il servizio civile nei pompieri fu rifiutato, in quanto ogni cittadino poteva fare il vigile del fuoco in alternativa al Servizio Militare, senza essere obiettore di coscienza. Come alternativa vennero proposti al Ministero della Difesa tre Corsi di Formazione di un mese ciascuno, al termine dei quali gli obiettori si sarebbero distaccati in una serie di enti che erano già stati contattati. Il Ministero, non avendo altra soluzione, dovette accettare la proposta della LOC. Si sono così affermati dei principi che qualificavano il servizio civile in senso antimilitarista: il Corso di Formazione, i principi di autodistacco, di autodeterminazione e di autogestione del servizio negli enti.

All'interno della LOC erano presenti

essenzialmente nonviolenti, anarchici e radicali, che avevano attivamente partecipato alla battaglia per l'approvazione della legge.

Ma sono stati senz'altro i movimenti nonviolenti a dare la maggiore impronta alla LOC nei suoi quasi dieci anni di vita. Tale impronta è derivata dal tentativo, per altro non ancora riuscito, di trovare nel servizio civile un momento unificante per l'impostazione di un nuovo tipo di difesa. Cerchiamo allora di chiarire brevemente che cosa sia la nonviolenza, punto essenziale per chiarire la differenza di fondo della LOC dalle formazioni politiche.

La nonviolenza è lo sforzo costante di risolvere i conflitti che riteniamo fondamentali nella nostra società nel rispetto della vita di tutti, della mia come di quella degli altri. Quindi il metodo ed il fine sono sempre strettamente collegati in una creatività che in ogni momento presuppone la conoscenza delle persone e delle situazioni. La nonviolenza non può essere una ideologia, uno stato da raggiungere, ma sarà piuttosto una tensione continua che ha come punto di partenza un profondo cambiamento di se stessi.

Già qui esiste una divergenza di fondo tra le strutture di partito, sempre fondate su di una ideologia, e la nonviolenza.

E' bene anche chiarire la differenza tra nonviolenza e pacifismo: mentre quest'ultima mira all'eliminazione dell'effetto, la nonviolenza cerca di minare le cause che provocano l'effetto negativo.

In Italia sono due le organizzazioni nonviolente che hanno dato una profonda impronta alla LOC: il MIR (Movimento Internazionale della Ri-conciliazione) e l'MN (Movimento Non violento).

Il MIR è un movimento caratterizzato da due elementi radicali: il suo cristianesimo ecumenico ed il suo sforzo di creare la pace attraverso una nonviolenza che proviene dall'insegnamento di Gandhi e dal Discorso della Montagna.

Il Movimento Nonviolento, il cui promotore è stato il filosofo italiano Aldo Capitani, si differisce dal MIR per la base di partenza, in quanto non chiarisce uno stretto legame tra fede e politica.

Siamo ora in grado di definire il contrasto fondamentale tra i partiti e questi movimenti di base. Come abbiamo visto, l'obiezione è riconosciuta dai partiti al massimo come diritto civile. Da essi non è mai stata inier-

prelata la profonda esigenza degli obiettivi di una difesa non armata del territorio.

La critica della LOC al militarismo è radicale nell'analisi delle sue funzioni politiche, economiche ed ideologiche. La LOC giunge a negare l'esercito e l'apparato militare, in quanto discontra in essi la più grossa violenza strutturale esistente nella nostra società. Nessun partito, invece, ad esclusione del Partito Radicale, ha mai messo in discussione la funzione di difesa dell'esercito.

Ma all'interno stesso della LOC vi sono notevoli divergenze sul problema della difesa non armata. Una strategia di disarmo può esistere solo se vi è un progetto politico di passaggio da un tipo di difesa all'altro. Tale periodo di transizione viene definito transarmamento.

Nella letteratura sulla Difesa non armata si trovano due prospettive di collegamento fra il transarmamento e la struttura sociale. Alcuni sostenitori della Difesa non militare considerano il processo di transarmamento come una riforma sociale piuttosto limitata e ben definita. Altri vedono il processo di transarmamento come presupposto o parallelo ad una rivoluzione sociale. Certi orientano la loro azione verso le forze politiche come principali fattori di cambiamento. Altri mettono l'accento molto più decisamente sulle organizzazioni di base e la classe operaia.

È stato il MIR a proporre un chiaro progetto politico di difesa popolare nonviolenta. Tale progetto ha come presupposto un concetto totalmente differente di difesa da quello comune: mentre la difesa nazionale mira a difendere dei territori o dei sistemi socio-politici globali (la "civiltà occidentale", il "mondo libero", la "patria", ecc.), la difesa popolare nonviolenta (DPN) vuole invece difendere dei valori sociali di una società in sviluppo, le conquiste delle lotte popolari, le strutture in cui concretamente si esprimono i cittadini. La proposta del MIR prende spunto da un piano energetico decentrato, fondato sull'energia solare e sulle altre fonti di energia "dolci", per giungere ad una ristrutturazione della società attraverso il periodo di transarmamento.

Il MIR ha cercato di trovare un punto d'incontro di tutte le forze alternative all'interno della LOC, per incentrare il Servizio Civile attorno alla diffusione, alla sperimentazione ed allo studio di tale proposta. Ma l'assenza dei radicali su questo problema ha portato nel 1975 alla rottura fra PR e LOC.

Ancora, però, la LOC non ha raggiunto una proposta unitaria che la caratterizzi e che dia realmente una base comune di lavoro a tutti gli obiettori in Servizio Civile, ed tentativo di non rimanere soltanto una forza di contrasto nei confronti del partito, ma di costringerli a muoversi in direzione del disarmo.

Heinrich Zoderer

Möglichkeiten gesellschaftspolitischer Aktivitäten in der Gemeinde

Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß es nicht einfach ist, heute und bei uns in Südtirol auf dem Dorfe, in einer kleinen Gemeinde gesellschaftspolitisch aktiv zu sein. Zu lange ist eine altzinselige Kultur- und Gesellschaftspolitik betrieben worden, der Hang zu Konformismus, Opportunismus, auch Egoismus ist größer als der Hang zu einer kritischen Auseinandersetzung, zur Fragestellung und zur Suche oder Toleranz gegenüber neuen Inhalten, neuen Modellen, neuen Lebens- und Denkweisen. All zu viele haben nur Schweigen, Gehorchen und ja nicht Aufmucken gelernt.

Immer schwieriger, aber vielleicht auch immer notwendiger wird heute eine politische Aktivität, weil wir in einer zunehmend gefährdeten und gefährlichen Welt hineinschlittern: groß ist die Naturzerstörung, die Ausbeutung der natürlichen Rohstoffe, die Aufklärung nimmt immer bedrohlichere Ausmaße an, die Zahl der Hungertoten, das Elend ist im Steigen, genauso wie die Zahl der Krebsbevölkerung. Der Staatsapparat wird immer größer, komplizierter, undurchschaubarer, gefühlloser, die Gesetze immer umfangreicher, mit immer mehr Klauseln, genau wie die Klaff und das Mikrotönen gegenüber dem Staat. Ein einfaches, logisches Denken, wie es der vielzitierte Mann auf der Straße besitzt, ist in der ganzen Verwaltungshierarchie fehl am Platz, bereits bei Gemeinderatssitzungen in kleinen Dörfern haben Technokraten, Juristen oder irgendwelche aufgeblasene „Politprofis“ das Sagen, die meisten Entscheidungen sind schon per Gesetz vorprogrammiert oder werden in Bozen getroffen, sicher aber nicht von der Bevölkerung. Das Geschrei um eine bürgernahe Verwaltung ist nichts anderes als ein Stögenlassen von netten Seitenblasen, die nach den Wahlen platzen und spurlos verschwinden. Wir werden heute von Paragrafenspezialisten, Technokraten, geschäftstüchtigen Egoisten und Computern verwaltet, sie entscheiden über unser Leben, unsere Möglichkeiten. Seit kurzem haben auch Schauspieler und Clowns einiges mitzureden und mitzuspielen. Daß in einer solchen Situation, wie wir sie heute vorfinden, viele Menschen resignieren oder sich resignierend ins Private zu nückziehen, erscheint mir legendwie verständlich. Ich bin mir dieser Probleme sehr wohl bewußt, sie geben mir sehr viel zu denken auf, stellen mir Fragen, auf die ich vielfach keine Antwort weiß.

Zoderer Heinrich, Jg. 1958, Student in Innsbruck und Gemeinderat der Wecker-Liste, Prad
39036 Prad I. V., Aguns 11

Im Juni 1980 haben einige Leute bei uns in Prad eine überparteilich-oppositionelle Dorfliste aufgestellt und ich bin dann bei den Gemeinderatswahlen in den Gemeinderat hineingewählt worden. Außerdem haben wir im August den „Kultur- und Freizeitverein Oberwieschgau“ (KUFO) gegründet und versuchen seitdem ein Kultur- und Freizeitprogramm auf die Beine zu stellen, einiges ist bereits geschehen.

Ich möchte nun versuchen, die Gedanken, Ideen, die Erfahrung, die wir gemacht haben hier niederschreiben, als Anreiz für andere, in ihrem Dorf ebenfalls politisch und kulturell aktiv zu werden. Ich bin mir natürlich bewußt, daß ich weder irgendwelche Rezepte, noch heiße Tips zu verteilen habe, selbst wenn ich könnte, ich möchte es nicht, weil doch jedes Dorf seine Eigenheiten hat, genauso wie jeder Mensch, jede Gruppe ihre eigenen Mittel und Wege entwickeln muß, um ihre Umgebung so zu gestalten, daß man darin leben kann.

Bei unserer Arbeit ist es zum Teil furchtbar schwer. Ich kann mich noch gut erinnern, wie ich die Gesetze über die Bauaktivität durchstudiert habe; furchtbar, so kompliziert und chaotisch. Es ist oft schwer, an den Ratsitzungen teilzunehmen, man hat oft keine Lust, möchte am liebsten alles wegschmeißen, irgendwann muß alleine alles zusammenräumen. Aber es gibt auch recht nette Erfahrungen, nette Erlebnisse, die Mut geben, die Hoffnung machen, ganz abgesehen davon daß wir alle einen enormen Reifungsprozeß, einen Lernprozeß durchgemacht haben.

Welche Ziele könnte eine gesellschaftspolitische Aktivität in einer Gemeinde verfolgen?

Ich stelle immer wieder fest, daß viele Studenten zwar die weltpolitische Lage mehr oder weniger verfolgen, sie interessieren sich darüber was in Chile, in der Türkei, Nicaragua... vor sich geht, demonstrieren gegen den Hunger in der Welt, gegen die weltweite Aufrüstung, schimpfen über die SVE, haben aber noch nie eine Sitzung des Gemeinderates in ihrer Gemeinde miterlebt, wissen nicht, was sich dort tut und gehen nach dem Studium meist gar nicht mehr in das Dorf zurück.

Es erscheint mir wichtig, daß man sich auch mit der konkreten Umgebung, mit dem Dorf, in dem man lebt, wo man aufgewachsen ist, auseinandersetzt, sich dafür interessiert, was dort geschieht, wie dort die politischen Entscheidungen fallen, wer sie fällt, für wen sie fallen, Kluge Reden in einem warmen Gasthaus zu halten, das ist nicht so schwierig, aber konkret zu arbeiten, in der Situation, mit den Men-

sehen, den Institutionen, den Verhältnissen, von denen man angeben wird, diese Umstände zu analysieren und konkrete Handlungskonzepte zu entwickeln, das ist nicht so einfach. Man muß lernen, einfach zu reden, Arbeitern zuzuhören, auf seine Fragen zu antworten, sich mit seiner Sichtweise, seinen Gedanken auseinanderzusetzen. Die Dorfbewölkerung für gesellschaftspolitische Probleme sensibel zu machen, Denkprozesse und Lernprozesse dort auslösen, die ganzen Scheinheiligkeiten und Verlogenheiten, seien sie religiöser, politischer, persönlicher oder gesellschaftlicher Art vom Gestir zu reißen, den Absolutheitsanspruch und diese einseitig konservativ blinde bis naive Denkweise (z.B. wir haben immer SVP gewählt) niederzureißen u. den Leuten ein Bewußtsein von ihrer eigenen Phantasie, Denkfähigkeit zu geben und so alte Vorurteile (z.B. da kann man nichts machen, oder: die mu eh wie sie wollen) abzubauen und ein bißchen Toleranz, Flexibilität, Demokratie, einen Funken von kritischem Bewußtsein zu verbreiten, das könnte ein Ziel sein. Was mich vielfach stört ist auch diese fatalistische Denkweise (es kommt, wie es kommt und geht wie es geht), dieses Delegiertendenken oder Konsumentendenken (der macht das schon oder es ist nichts los), das jede Eigeninitiative blockiert, abwürgt.

Man kann basisdemokratische Strukturen schaffen, eine Gruppe bilden, die sich mehr oder weniger regelmäßig trifft und versucht, das ganze Dorf zu beleben, das Dorf neuen Reizen aussetzen, eine Gruppe, die sich mit dem Dorf auseinandersetzt, konkrete Alternativen für die konkrete Situation in bezug auf die Dorfpolitik, die Kultur im Dorf, das Informationswesen, Freizeitgestaltung, Arbeitsverhältnisse, Sozialpolitik zu schaffen versucht oder die solche Sachverhalte zumindest aufgreift oder irgendwelche „dummen“ Fragen dazu stellt.

Die „Kultur“ auf dem Lande muß in ihrer inzwischen verkitschten Art erstarrt und einrostet und kann höchstens noch für den Fremdenverkehr eine Attraktion sein, wenn alle Leute mit neuen Ideen in die Stadt abwandern oder die Ideen bald vergessen. Ich möchte damit nicht die Kulturpolitik der Landesregierung in Schutz nehmen, im Gegenteil: Ich weiß, daß es Raumprobleme gibt, daß es an finanzieller Unterstützung zum Teil fehlt, daß das anerkennende Desinteresse für Kultur beziehungsweise deren gelernte kulturelle Einseitigkeit viele neue Initiativen blockieren und hemmen, aber ich muß auch sagen, daß viele Leute über das kluge Reden in Freundeskreisen nicht hinauskommen, daß viele ihre Ideen, Gedanken nie aus der Realität erproben werden und einfach an der eigenen Bequemlichkeit scheitern. (Jemand hat zu mir einmal gesagt: Wir schreiben und protestieren zwar gegen den Druck, der uns umgibt, haben uns aber schon so daran gewöhnt, daß wir uns schon irgendwie wohl darin fühlen.) Das Kulturzentrum

und TANDEM krankt meiner Meinung nach unter anderem auch daran.

Auf dem Dorfe ist es vielleicht noch möglich, Initiativen zu starten, die politischen Machenschaften sind hier noch irgendwie durchschaubar. Hier muß noch angefangen werden, das eigene Unbehagen zu artikulieren, die Zerissenheit, die Unwissenheit zu äußern, Fragen zu stellen, den Prozeß der Verbürokratisierung aufzuhalten, der partizipativen Wortklauberei, Besserwisseri und Demagogie den Spiegel vorzuhalten.

In einem solchen Prozeß besteht natürlich auch die Gefahr, in der Auseinandersetzung mit der Bürokratie, den Gesetzen und Institutionen, von diesen aufgefrassen, eingebaut und vergewaltigt zu werden, so daß man selber zu einem Technokraten und Paragrafenreiter wird. Hier ist eben die Gruppe wichtig, sie muß neue Ideen, Strategien entwickeln.

Natürlich kann man sich bei einer Arbeit in der Gemeinde nicht abkapseln, die Gemeinde ist schließlich ja auch ein Teil einer größeren Einheit. Man muß Kontakt zu anderen Gruppen, Bewegungen und Initiativen suchen, mit diesen Erfahrungen austauschen, aber es scheint mir doch wichtig, daß eine Gruppe in einer Gemeinde ein großes Maß an Autonomie, Originalität bewahren und entwickeln kann. Ich könnte mir auch vorstellen, wenn in mehreren Dörfern Städtleris ein so „buntes“ Treiben entstehen würde, daß es auch eine Auswirkung auf höhere Instanzen hätte und im politischen Bereich den verzettelten Linkskräften neue Impulse, neue Ideen, neue Kräfte geben könnte.

Methoden, Mittel gesellschaftspolitischer Aktivität

Es braucht natürlich Leute, mit denen man sich versteht, die genauso denken, aber es ist auch wichtig, daß man sich nicht abkapselt, man muß sich mit der Bevölkerung auseinandersetzen, mit den Dorfpersönlichkeiten, den Dorfinstitutionen.

Irgendwelche netten Vorträge mit bekannten Fachleuten sind nicht schlecht, bringen aber meistens nichts, weil sich kaum jemand für so was interessiert und hingehört. Da haben bereits die Dorfpfarrer Probleme. Wichtig sind Aktionen, auf der Straße, im Dorf. Man muß zu den Leuten hingehen, mit ihnen reden, nicht irgendwo warten bis sie kommen.

Flugblätter werden auf dem Dorf noch mit großem Interesse gelesen, man kann Leute mit dem Tonband befragen, Straßentheater, Straßenaktionen, Unterschriften für irgendwelche konkreten Dorfgemeinschaften sammeln. Bücher, Zeitschriften in den Gasthäusern, auf dem Markt, bei Festen verkaufen. Dorfzeitungen selber machen und verteilen oder verkaufen. Faschingszeitung nicht vergessen. In einem Schaukasten kann man Zeitungsartikel und alles mögliche anbringen.

Sehr wichtig ist auch über die verschiedenen Medien auf Probleme aufmerksam zu machen, Zeitungsartikel

schreiben, Leserbriefe. Interessant ist in einem Dorf, daß viele Leute schon davon beeindruckt sind, wenn jemand bei einer Bürgerversammlung aufsteht und kräftig loslegt oder ein paar unangenehme Sachen aufzeigt und Fragen stellt.

Man kann auch durch Plakate auf etwas aufmerksam machen, Arbeitsgruppen, Selbsthilfegruppen, Vereine können sich mit speziellen Problemen auseinandersetzen. Bei Gemeinderatswahlen können sich Dorflisten bilden und kandidieren.

Das ist nicht so kompliziert und so weiß Gott was, wie es scheinen mag. Wichtig ist, daß alles konkret, original und direkt ist, ehrlich und mit einem echten Anliegen, einem echten Bedürfnis.

Ich kann mich noch erinnern, wie aufgeregt und ängstlich wir beim Verteilen der ersten Flugblätter waren, oder beim Verteilen der Dorfzeitung, bei der ersten Gemeinderatssitzung. Doch mit jeder Aktion verliert man wieder etwas Angst und man gewinnt an Selbstvertrauen, Selbstsicherheit und getraut sich plötzlich Sachen öffentlich zu sagen oder zu schreiben, die man früher nur gedacht hat.

Konkrete Möglichkeiten für eine gemeindepolitische Aktivität

Zuerst möchte ich eine Reihe von gesetzlich verankerten Rechten aufzählen, von denen kaum jemand etwas weiß, weshalb sie auch ganz selten in Anspruch genommen werden. In der Gemeindeordnung sind eine Reihe von Kontrollmöglichkeiten enthalten, die eine Bevölkerung gegenüber der Gemeindeverwaltung ausüben kann. Die angegebenen Artikel sind immer Artikel aus der Gemeindeordnung. Mit ganz wenigen Ausnahmen müssen alle Gemeinderatssitzungen öffentlich sein (Art. 32), sie muß also in einem Raum stattfinden, wo Leute hingehen können und zuhören können. Die Beschlüsse müssen zur Verfügung der Öffentlichkeit gehalten werden, das heißt jeder kann sich alle Beschlüsse des Gemeinderates und des Gemeindeausschusses in der Gemeinde ansehen, es hat sogar jeder das Recht Abschriften von Beschlüssen, Tarifen und Verordnungen zu erhalten, nur die Sekretariatsspesen (Protokollieren) müssen da bezahlt werden (Art. 40). Jahresabschlussrechnungen, neue Bauleitpläne, Bauleitplanänderungen u.a. Sachen müssen für 30 Tage zur Einsichtnahme aufliegen (Artikel 40). Gegen die Beschlüsse des Rates und des Ausschusses kann innerhalb einer bestimmten Frist beim Landesauschuß — Assessorat für Gebietskörperschaften (Landesrat Oberbauer) — Rekurs eingereicht werden (Art. 44). In Bauangelegenheiten, d.h. wenn Bauten den geltenden Landesgesetzen widersprechen, kann der Rekurs auch beim Amt für Raumordnung eingereicht werden (Art. 37 des Landesraumordnungsgesetzes).

Alle Beschlüsse, sowohl des Gemeinderates als auch des Ausschusses, ja

auch die Beschlüsse der einzelnen Fraktionsverwaltungen (Eigenverwaltung der Nutzungsrechte) müssen an einer öffentlich zugänglichen Anschlagtafel für acht Tage aufgeschlagen werden (Art. 40).

Um bei Gemeinderatswahlen zu kandidieren, muß man nicht eine Partei sein oder zu einer Partei gehören, es können auch selbstständige Dorfbisten zur Wahl antreten. In Südtirol gibt es zur Zeit solche in St. Ulrich (Sozialist Ladins), in Monten (Fuzianliste), in Neumarkt (Unione per Egna -- Einheit für Neumarkt) und in Prad (Demokratische Liste Prad, aber besser bekannt als Wecker-Liste). Um zur Wahl antreten zu können, braucht es kurz gesagt folgendes: einen Namen, ein Listenzeichen, mindestens drei Kandidaten und eine bestimmte Anzahl von Personen, die vor dem Gemeindevorstand die Liste unterschreiben. (Die Anzahl hängt von der Einwohnerzahl des Dorfes ab, es sind 2 bis 50.)

Neben diesen Möglichkeiten gibt es dann noch die Möglichkeit Flugblätter zu verteilen, Dorfzeitungen, Leserbriefe zu schreiben. In jeder Gemeinde müssen außerdem alle Landes- und Staatsgesetze, Dekrete und Verordnungen aufbewahrt werden. Viele Gesetze sind auch über die einzelnen Landesstellen zu beziehen, z. B. über das Bauwesen, Sanitätswesen, Altenbetreuung... Man kann sich natürlich auch mit speziellen Sachen beschäftigen, z. B. Bautätigkeit, Wohnungsproblem, sozialer Wohnbau, Altenbetreuung, Personalwesen (wer wird angestellt), öffentliche Arbeiten (wie werden die Arbeiten ausgeschrieben, wie vergeben, welchen Firmen), Jugendarbeit, Kulturarbeit (welche Vereine bekommen Geld), Gesundheitsversorgung, soziale und psychiatrische Versorgung (nach dem Psychiatriegesetz vom 13. Mai 1978 Nr. 40 kann eine Zwangseinweisung nur durch den zuständigen Bürgermeister erfolgen, der diesen Vorgang nach sieben Tagen wiederholen muß), Umweltschutz, Müllbeseitigung, Kanalisierung, Abgase von Fabriken, Neuansiedlung von Betrieben, Arbeitsplatzbeschaffung, Lizenzwesen, Finanzwesen (woher kommt das Geld, wie wird es ausgegeben), Zivildienst.

Da die Wirtschaftskrise nun auch bei uns in Südtirol voll eingebrochen ist, ist es auch wichtig, sich für die Arbeitsplatzsicherung zu interessieren, die Rechte der Arbeiter, Lohnausgleichskasse, Arbeitslosenunterstützung. Immer wichtiger scheinen auch die öffentlichen Unterstützungen von Betrieben zu werden (siehe Industrieförderungs-gesetz). Das Lehrlingswesen und die Berufsausbildung und Weiterbildung sind wichtig.

Nun möchte ich noch kurz die Rechte aufzählen, die man als gewähltes Gemeinderatsmitglied hat. Die angegebenen Artikel beziehen sich auf die geltende Gemeindeordnung.

Man kann bei den Gemeinderatssitzungen nicht nur dabei sein, sondern man kann mitreden, mitentscheiden

und Abänderungen einbringen, Anträge einbringen und Erklärungen zu Protokoll geben. Sehr wichtig ist der Artikel 28. Dort heißt es: Jedes Ratsmitglied hat das Recht Anfragen, Interpellationen, Beschlufsanträge und Vorschläge einzubringen. Eingebrachte Beschlufsanträge müssen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werden, dort behandelt und darüber abgestimmt werden. Anfrager und Interpellationen müssen entweder mündlich, oder wenn es verlangt wird, innerhalb von 15 Tagen schriftlich beantwortet werden. Ein Ratsmitglied kann die Beschlüsse kostenlos erhalten (Art. 28). Man kann vor den Ratssitzungen die Unterlagen zu den einzelnen Punkten durchsehen, sowie alle weiteren Unterlagen und Akten, die auf der Gemeinde aufliegen. 1/5 der Ratsmitglieder kann den Gemeinderat einberufen, der dann innerhalb von 15 Tagen zusammenzutreten muß (Art. 30). 1/5 der Ratsmitglieder kann einen Mißbrauchsantrag gegen den Bürgermeister, den Ausschuß oder einzelnen Ausschußmitgliedern einbringen, wobei dann darüber abgestimmt werden muß (Art. 17). Man kann in verschiedenen Kommissionen mitarbeiten (wovon es mehr als ein Dutzend gibt). In der Wahlkommission muß ein Vertreter der politischen Minderheit vertreten sein.

Ich könnte nun viel über die konkrete Erfahrung schreiben, aber das würde diesen Artikel sprengen.

Möglichkeiten in kultureller Hinsicht und in bezug auf eine sinnvolle Freizeitgestaltung

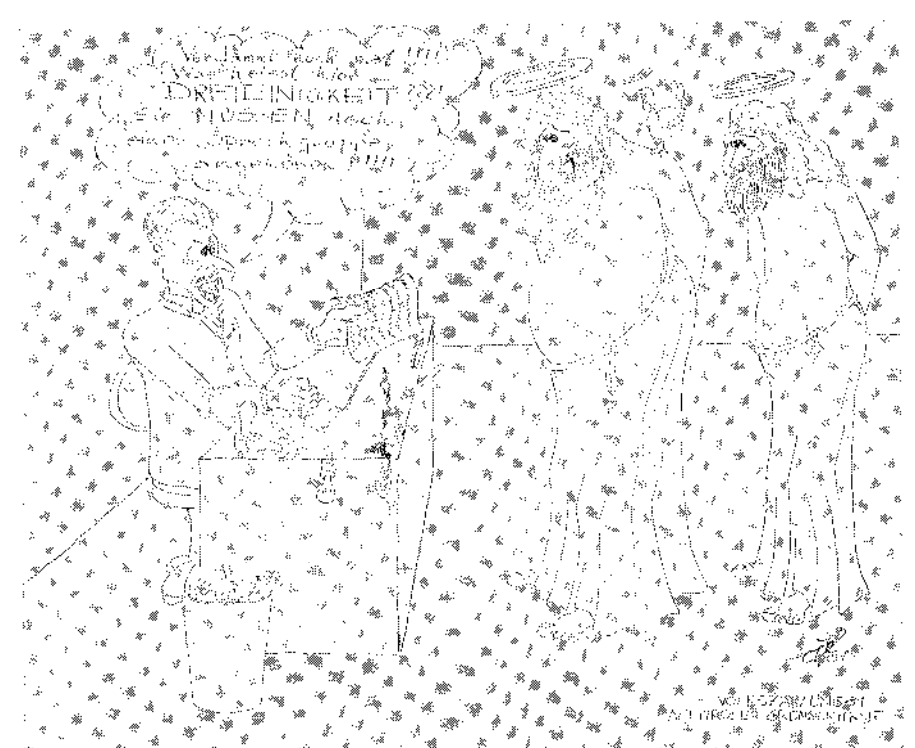
Auf diesem Gebiet ist die Arbeit sicher weniger kompliziert, weniger bürokratisch, man kann viel unabhängiger, viel selbständiger arbeiten und das Ergebnis ist auch sicher größer, hier kann man etwas tun und hat auch das Ge-

fühl, daß man etwas gemacht hat, während das im politischen Bereich nicht immer so eindeutig ist.

Es kann natürlich jeder einfach so irgend eine Veranstaltung organisieren, ohne daß man ein Verein oder eine Gruppe ist. Man kann auch versuchen, ohne Unterstützung durch die öffentliche Hand ein Programm durchzuführen. Das geht sicher und hat den Vorteil, daß man die ganzen bürokratischen Sachen nicht machen muß (Fahrerprogramm, Abschlußrechnung, Belege sammeln...). Auf der anderen Seite kann man natürlich anders arbeiten, wenn man finanziell unterstützt wird.

Einen Verein zu gründen ist recht einfach, es braucht ein paar Leute und Statuten. Jemand macht den Präsidenten und bildet mit anderen den Ausschuß. Dann geht man zu einem Notar (was allerdings einiges kostet) oder zum Gemeindevorstand (was nichts kostet) und macht dort den Gründungsakt. Die Statuten schon meistens überall gleich aus, angegeben sein muß der Sitz, das Ziel und der Zweck des Vereins, wie man Mitglied wird, und welche Organe der Verein hat (die Organe sind meist: die Vollversammlung, der Ausschuß und der Vorsitzende). Der Verein kann eine recht umfassende oder eine eingeschränkte Zielsetzung haben, hier einige Anregungen, was man machen könnte: Konzerte, Filme, Kinderfeste, Feste, sportliche Veranstaltungen, Fahrten, Ausflüge, Lesungen, Theater, Kurse, Diskussionsrunden, Aktionen, Initiativen, man kann eine Zeitung herausgeben.

Sehr vorteilhaft für einen Verein ist natürlich, wenn man einen Raum hat, wo man sich treffen kann, miteinander reden kann, Pläne schmieden kann. Ohne Raum ist es recht schwierig, man verliert sich bzw. man muß sich immer



wieder suchen und sich irgendwo privat oder im Gasthaus treffen, was oft recht ungenützlich ist und vieles erschwert.

Finanzielle Beiträge kann ein Verein bei der Gemeinde, der Fraktion, bei der Sparkasse Raiffeisenkasse oder vom Land erhalten. Boho Land muß man innerhalb eines bestimmten Terrains

(meist Ende Jänner oder Mitte Februar) beim Assessorat für Schule und Kultur ansuchen (man kann auch bei mehreren Abteilungen ansuchen, je nach dem Tätigkeitsprogramm: Kultur, Weiterbildung, Jugendarbeit). Beim Assessorat für Handwerk und Fremdenverkehr kann man um Beiträge für die

Freizeitaktivität ansuchen (Abteilung VII).

Besonders diese Arbeit würde ich sehr wichtig finden, nicht nur, weil man auch selber am meisten davon hat, sondern auch, weil das kulturelle Angebot auf dem Lande wirklich trostlos aussieht.

Frauen für Frieden selbstdarstellung

Der 12. Dezember 1981 ist der zweite Jahrestag des NATO-Beschlusses, der die Installation von neuen Atomraketen in einigen Ländern Europas vorseht. Zu diesem Datum plant die Gruppe „Frauen für Frieden“ gemeinsam mit anderen Vereinen einen Schweigemarsch durch die Stadt Bozen. Hier soll nun die Gruppe „Frauen für Frieden“ vorgestellt werden, die zumindest ein Verdienst hat, nämlich das, die Gefährlichkeit der neuen Entwicklung erkannt zu haben, bevor Parteien den Frieden auf ihre Fahnen schreiben. Die Gruppe will aufzeigen, daß Frauen imstande sind, ihre Scheu zu überwinden, wenn es um die Zukunft der Kinder geht.

Zwei Ereignisse waren die Ursache für die Gründung:

Der Sender Bozen meldete die geplanten

Installation der Atomraketen und die Erhöhung der Militärausgaben auf über 30.000 Milliarden Lire (84 Prozent des gesamten Staats-Haushaltes), mitten im Frieden, in einem armen Land wie Italien eine verdächtige Entwicklung.

Bei einem Ausflug nach Köhlern zeigte die Klausner-Wirtin, Frau Zelger, einen Brief der Militärbehörden, in welchem Messungen auf dem Tischchen angekündigt wurden. Frau Zelger war besorgt, denn nach dem Weltkrieg war der Grund von den Militärs zurückgegeben worden mit der Auflage, daß er im Ernstfall wieder gestellt werden müsse.

Eine der Gründerfrauen, selbst Kriegswaise und mit einem militärpflichtigen Sohn, ließ diese Nachricht nicht zur Ruhe kommen. Sie sprach mit Nachbarinnen und Freunden. Man

kann überleben, sich Klarheit über den Grad der Gefährlichkeit zu verschaffen und nicht einfach den Kopf in den Sand zu stecken. Dazu braucht es eine Gruppe, die imstande wäre, die notwendigen Informationen zu sammeln. Im Februar 1980 gründeten vier Frauen, zwei Hausfrauen, eine Studentin und eine Lehrerin die Gruppe „Frauen für Frieden“. Frauen deswegen, weil man besonders diejenigen aufrufen will, die bisher fast immer geschwiegen und geduldet haben. Die neue Gruppe sollte keine Partei werden und keiner Partei erlauben, Parteipropaganda zu machen. Um aber mitreden zu können, brauchen wir Hilfe, besonders wissenschaftlichen Beistand. So suchten wir das Gespräch mit Sachverständigen, mit Mitgliedern und Abstützungs-Experten und ließen uns auch vom Kommandanten des IV. Armeekorps in Bozen nicht abschrecken. Nachdem uns die bedrückliche Weltlage immer klarer geworden war, entschlossen wir uns zu den ersten Aktivitäten: wir gaben die erste „Friedenszeitung“ heraus. Seit Juni dieses Jahres machen wir jeden Mittwoch eine Sendung bei der „Grünen Welle“. Eine Unterschriftensammlung läuft noch. Im Frühjahr 1982, am 3. Juni, werden wir den dritten Friedensmarsch auf den Tischen veranstalten. Diesen werden wir solange wiederholen, solange Kriegsgefahr besteht.

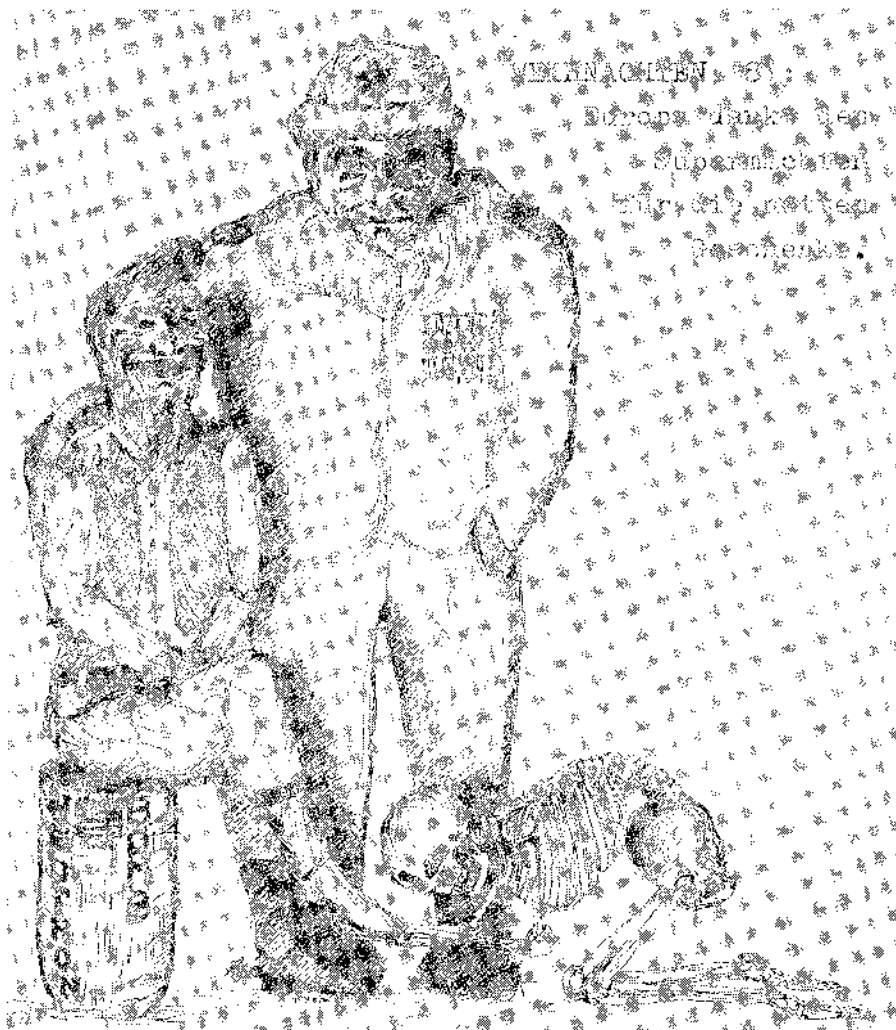
Inzwischen ist die Gruppe angewachsen und hat an anderen Orten Nachahmer gefunden. Bisher haben wir unsere Aktivitäten aus eigener Tasche bezahlt. Das soll aber nicht heißen, daß wir Spenden nicht dankend entgegennehmen. (Die größte Summe ließ uns bisher ein Priester — ein katholischer — zukommen.)

Zusammenfassend:

Wir wollen mit unserer Initiative zeigen, daß es nicht wahr ist, daß wir dem Rüstungswahnsinn hilflos ausgeliefert sind, daß jeder, sogar Frauen etwas tun müssen. Atomraketen sind die Spitze einer Pyramide, die Aufrüstung heißt, die in den Kasernen, den Militärservituten, den Waffenfabriken in Gang gesetzt werden soll, auch in unserem Land. Diese Pyramide ist es, die den Hungernden in der Welt das Brot vom Munde nimmt, ihre Spitze aber bedroht uns alle, unmittelbar und tödlich.

Bozen, 7. November 1981
„Frauen für Frieden“
Bozen, Laubeugasse 30

Diesen Beitrag schickten die „Frauen für Frieden“ zur Veröffentlichung an das „Katholische Sonntagsblatt“. Dort wurde es jedoch nicht abgedruckt!



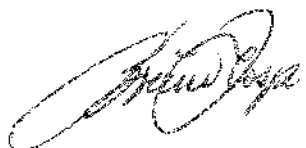
Stellungnahme der SVP zum Skolast"-Leitthema „Politisches Engagement ohne Parteibuch“

Die Südtiroler Volkspartei ist zum Unterschied von allen anderen Parteien in Italien, aber auch in Österreich oder der Bundesrepublik Deutschland, als Sammelpartei der deutschen und italienischen Südtiroler aller sozialen Schichten konzipiert, weshalb in ihrem politischen Engagement die persönlichen Interessen jeweils zurückstehen müssen vor den Interessen der Gesamtheit. In diesem Sinne hat die SVP stets das auf ein ausgewogenes Gemeinwohl abgestellte Allgemeininteresse über das Interesse einzelner Personengruppen oder einzelner Personen gestellt. Als soziale Integrationspartei sucht sie die Interessen der verschiedenen Gruppen aufeinander abzustimmen und mit dem Gemeinwohl in Einklang zu bringen.

Im Sinne des im SVP-Programm verankerten Prinzips, daß der Mensch einerseits nur in der Gemeinschaft zur vollen Entfaltung seiner Persönlichkeit gelangen kann, daß aber die Gesellschaft andererseits die Verpflichtung hat, die Selbstverwirklichung des Menschen zu ermöglichen, hat die SVP immer schon im Sinne der partizipatorischen Demokratie auch den kleinen Gruppen nicht nur jeweils ihren Bestand gesichert, sondern die Möglichkeit eingeräumt, die Gesellschaft in Südtirol mitzubestimmen und zu verbessern. Auch bemüht sich die SVP im Sinne des Subsidiaritätsprinzips um die Befähigung der kleinen Gemeinschaften (Vereine und dergleichen mehr), ihre Aufgaben eigenverantwortlich und dadurch lebensnah zu lösen. Mehr Teilnahme von mehr Menschen an mehr gesellschaftlichen Entscheidungen liegt ganz auf der Linie der SVP, weshalb sie auch dem Engagement von Bürgerinitiativen, die sich der vernünftigen Lösung von Problemen bzw. der verantwortungsbewußten Abwehr von Allgemeinschäden verschrieben haben, positiv gegenübersteht.

In diesem Sinne und weil sich die SVP als die politische Vereinigung der Südtiroler zum Zwecke, die allgemeinen und besonderen Interessen aller Südtiroler mit allen gesetzlichen Mitteln zu vertreten, versteht, darf wohl gesagt werden, daß sie schon immer politisches Engagement auch ohne Parteibuch betrieben hat.

Dr. Bruno Hoop
Landessekretär



Gianni Bodini

La storia è come la si vuole scrivere Geschichte kann man schreiben wie's beliebt

Bibliografia:

- SZ nr. 3 März 1981 - pag. 2
Für die Freiheit der Berichterstattung,
ultimo paragrafo, riga da 1 a 8.
- L'Alto Adige nella Storia,
M. Ferrandi,
pag. 345 e pag. 351
- Volkshome-Goederdruck nr. 44
2. 11. 1978
Nur SVP sichert unsere Zukunft . . .
- Nuova Rivista Europea
K. Sottifer
pag. 139-144
- Tirake Herbst 1979
D-8500 Nürnberg

Testament und Erklärung
U. Anplatz pag. 9-10

- Fricoloni del Buonero
F. T. Marinelli
- Eingeklemmt
M. C. Kaser
pag. 169 e tante altre
- Quando al tedesco cambiava nome,
Quaderni del Mattino
Vittorio Cavini
pag. 7-13
- Dolomiten, Tagblatt der Südtiroler
editions del 31. 11. 64
prima pagina
- Ein, usw. da sempre

An die Südtiroler Maturenten

Liebe Kollegin! Lieber Kollege!

Du bekommst in diesem Schuljahr den SKOLAST, die Zeitschrift der Südtiroler Hochschüler, gratis zugeschickt.

Die Südtiroler Hochschülerschaft ist die Organisation der Südtiroler Studenten, bestehend aus den Gruppen an mehreren Hochschulorten im In- und Ausland. Die „Funktionäre“ der SH werden alljährlich in den Hochschulgruppen, der Vorstand des Vereines dann vom Ausschuß in Bozen, gewählt.

Die SH kümmert sich um die studentischen Interessen und Belange im weitesten Sinne (Informationen über das Hochschulstudium, Stipendien, andere Unterstützungen und Begünstigungen, Studententelenerkennung u. a.)

Sie dient weiters als Diskussionsplatz, an dem die Hochschüler — aber nicht nur sie — zu den aktuellen Ereignissen und Problemen in Südtirol sich Meinungen bilden, untereinander austauschen und dann öffentlich Stellung beziehen können, besonders zu Fragen der Kultur- und der Bildungspolitik.

Der SKOLAST dient dazu: In diesem Diskussionsforum sollen Fragen und Probleme verschiedenster Art möglichst vielseitig erörtert werden. Dafür ist auch Dein Beitrag erwünscht. Schreibe uns, ob Dir der SKOLAST gefällt und wie wir ihn besser machen können.

Weiters informiert der SKOLAST, neben den anderen Publikationen und Mitteilungen der SH, über wichtige Sachen, die das Hochschulstudium im In- und Ausland betreffen.

Die meisten Artikel befassen sich aber nicht unmittelbar mit Studentenproblemen. Es gibt in unserer Land genug andere Probleme. Wir finden es notwendig, daß sich Schüler und Hochschüler auch mit politischen, kulturellen und allgemein gesellschaftlichen Fragen befassen. Es geht dabei ja um die Gestaltung unserer eigenen Gegenwart und Zukunft, und dazu zu schweigen, das wäre dann und gefährlich.

Lieber Kollege, liebe Kollegin, Du kannst dieses Gratisabonnement des SKOLAST ohne weiteres als eine Anwerbung für die SH betrachten. Solltest Du im kommenden Jahr ein Uni-Studium beginnen, dann denk daran, daß die SH um so mehr Gewicht hat und um so besser für die Studenten arbeiten kann, je mehr sie Mitglieder hat und je mehr Leute engagiert mitarbeiten. (Werde Mitglied der SH!)

Fremdwilliche Grüße

Albert Strobl
Vorsitzender der SH

Albert Strobl

Engagement in der SH

und was dazu im Tätigkeitsprogramm des Vorstandes 1981/82 steht

Man muß feststellen, daß heute nicht viele Leute zu einer dauernden und arbeitsreichen Mitarbeit in Organisationen und Vereinen motiviert sind. Initiativgruppen zu einzelnen Interessens- und Arbeitsbereichen scheinen erlöbversprechender. Der Vorstand regt zu solchen Initiativen an und unterstützt sie organisatorisch, personell und finanziell. Er will in seiner Arbeit durch die Aktivitäten der Studenten und ihrer Vertreter aus den Hochschulgruppen angeregt sein.

Das steht in der Einleitung des Tätigkeitsprogrammes. Wie steht es mit den Aktivitäten der Studenten? Das Gesagte ist mehr eine Wunschvorstellung, ein Ziel, das ich mir stecke. Zum Glück gibt es in der SH einige Ausnahmen. Leute, die sich dessen bewußt sind und die mitarbeiten.

Tatsache aber ist, daß die meisten Studenten „das Geschehen“ in der SH betrachten, aber nicht mitarbeiten und nicht direkt Einfluß darauf nehmen, nicht mehr Einfluß als über die Wahl einiger Ausschußmitglieder. Das Delegieren-Denken (... die wir gewählt haben, werden schon machen, was notwendig ist...) ist auch unter den Studenten weit verbreitet. (Kein Wunder: strenge Studienverschaffen und die Konkurrenzlogik auf der Uni fördern dies.) Viele sind einfach zu bequem, zu faul, auch nur etwas in einer Studentenorganisation zu tun, was ihren Interessen entspricht (von denen die unmittelbaren, studentischen für jeden offensichtlich sind). „Die SH ist ja wie eine Gewerkschaft“: Jeder kann die Dienste in Anspruch nehmen. „Und außerdem kann ich mich auch alleine durchschlagen.“

Ich bin mir im klaren darüber, daß Willensbildung und Mitarbeit in einer Organisation nicht mit der Quantität der daran beteiligten gemessen werden kann. (Das würde oft wohl zur Resignation führen.)

Kurz gesagt: Ich als Vorsitzender arbeite — fast umsonst — wie sonst ein Beamter in einem Dienstleistungsbüro. Einige Mitarbeiter verwenden einen bedeutenden Teil ihrer Energie für SH-Arbeit. Man nennt das „ehrenamtlich“.

Warum arbeite ich in der SH?

Nur um Dienste zu leisten? Das könnte ich woanders auch und bekäme einen ordentlichen Lohn dafür. Für Selbstverwirklichung? Ich lache über das Wort. Mit einigen Mitarbeitern bin ich an die Spitze dieser Organisation verbannt, mit allzu geringer Anregung aus den Hochschulgruppen. Ich bin Teil eines Büros. Was ich dort mache,

mache ich, weil die Organisation SH es erfordert. Etwas übertrieben, ist dies mein Eindruck nach den ersten Wochen SH-Arbeit.

Was ich an der SH nicht raissen will:

Die SH hat eine Sammelfunktion für Studenten, für intellektuelles Potential. „Sie soll versuchen, das potentielle Gewicht der Studenten und Intellektuellen zu realisieren, indem diese über die SH ständig zu den politischen, kulturellen und sozialen Ereignissen Stellung nehmen. Die SH kann als Stelle angesehen werden, die eine politische Verwertung dieses Potentials anstrebt.“

Mit welchem Erfolg und ob auf eine Weise, die den engagierten Studenten zugesagt: Das sind zwei wichtige Fragen, die nur in der Praxis beantwortet werden können. Wenn ich sie am Ende des Geschäftsjahres nicht konkret und positiv beantwortet kann: die SH wäre keine Studentenorganisation, sondern bloß ein Dienstleistungsverein für Hochschüler.

Die Frage stellt sich: Die weitere Mitarbeit der Studenten, wie ist sie möglich, wie soll ich sie anregen? Worte allein genügen nicht, um die Arbeit der SH in Bozen über die Vermittlung der Hochschulgruppen für die Studenten offener und interessanter zu machen.

Interessen der Studenten und Tätigkeit der SH: Stimmen sie nur so wenig überein, daß es bei vielen nicht weiter reicht als bis zum „Konsum der SH“? Wie steht es mit dem Vorwurf der Kritiker der Vorstandslinie, die SH-Führung sei von den Studenten entfremdet?

Die Gegner der SH (IG der SVP, JES Südtirol und zum Teil die SH-interne Opposition) gehen vor, die Interessen „der Studenten“ zu kennen und sie definieren zu können. (Gutweniger von der JES sieht in der SH einen in seiner Programmatik festgefahrenen und eindimensionalen Verein. Ich sehe keinen Sinn darin, mit ihm eine Polemik zu führen, und eine Diskussion scheint mir deshalb nicht möglich, weil die Voreingenommenheit und Intoleranz dieser streng partizipatorischen Gruppe allumfassend ist.) Da die Kräfteverhältnisse im SH-Ausschuß den Gegnern nicht Recht geben, berufen sie sich immer wieder auf eine „schweigende Mehrheit“. Diesen bevorzughenden sechsten Sinn habe ich nicht.

Ihre verschiedenen Interessen müssen die Hochschüler selbst äußern. Wenn sie dies innerhalb der SH wollen: diese bietet ein allen offenes Forum, einen Diskussionsplatz (nicht nur für Studenten).

Ich selbst kann nicht und will auch nicht die Vertretung der Studenten aller politischen Richtungen sein. Und schon gar nicht jener, die die SH für die Ziele einer Partei vereinnahmen wollen. Sicher ist aber, daß der Ausschluß und die Mitglieder des Vorstandes „ein“ Ausdruck dessen sind, was die deutliche Mehrheit der engagierten und informierten Studenten diskutiert.

(Bei der ersten Vollversammlung der Hochschulgruppe Innsbruck hat sich klar gezeigt, daß die Probleme der Südtiroler Schule die Studenten interessieren. Daraus folgt für mich, daß der Versuch einer Analyse der Schule Südtirols auch in diesem Jahr den Vorstand beschäftigen muß. — Skolast und Studienragung.)

Der Vorstand kann den Hochschülern Mitarbeit und Mitentscheidung nur ermöglichen, anbieten und sie dazu anregen. „Der Vorstand wird eine flexible Verteilung der Aufgaben anstreben. Er arbeitet darauf hin, Mitarbeiter zu einzelnen Aktivitäten zu gewinnen, die nicht dauernd im Vorstand mitma. Dies, um eine stärkere Einbeziehung der interessierten Studenten in die Entscheidungsprozesse zu erreichen.“ Ich wünsche mir, daß Leute, die in der SH mitzutun beabsichtigen, uns ihre Interessen kundtun. Mit diesen können wir uns zu erweiterten Vorstandssitzungen treffen, gemeinsam die beabsichtigten Ziele anstreben und Aktionen durchführen.

Die SH stellt — laut ihren Statuten — eine klar strukturierte Organisation dar. Aufgrund der Überschaubarkeit ihrer Aufgaben und Tätigkeiten und deshalb, weil sie nicht — wie viele andere Institutionen — überbürokratisiert ist, ist es für Studenten mit einigem Willen zu einem Engagement leicht mitzutun und ihre Vorstellungen in der SH zu äußern und mit ihr zu realisieren versuchen.

Ich möchte meine Ansichten noch anders ausdrücken.

Die Möglichkeit zur Mitarbeit besicht. Wie steht es mit dem Interesse daran von seiten der Hochschüler, wie mit ihren Interessen überhaupt (wenigstens mit jenen, die man in Beziehung zur SH sehen und setzen kann)?

Allgemein ist in der jetzigen Jugendbewegung in Europa die Beschäftigung mit politischen, gesellschaftlichen Pro-

blemen in ihrer überdefinierten und eher abstrakten Form zweitrangig. Dominant ist ein Engagement in jenen Fragen, die die Menschen direkt in ihrem Leben berühren und betreffen. Dies zeigt sich im Wunsch nach einem friedlichen und sicheren Leben, nach einem möglichst natürlichen Leben, nach erschwinglichen, den eigenen Bedürfnissen angepaßten Wohnungen, nach offenen und selbstverwalteten Kultur- und Freizeitstrukturen.

Die Studenten betrifft am direktesten eine gute finanzielle Unterstützung des Studiums, Beratung, Erleichterung der Bedingungen und Rahmenbedingungen für das Studium, Mitsprache bei den Entscheidungen in der Hochschulpolitik und Hochschulfürsorge, Kontakte zum Arbeitsmarkt u. a.

Die SH erfüllt in diesen Bereichen die Aufgaben im großen und ganzen in zufriedenstellender Weise. Aber auch hier sind noch viele Verbesserungen anzustreben (z.B. Betrag der Studienstipendien der Landesregierung Arbeitsvermittlung). Im Bereich der Vertretung studentischer Interessen ergeben sich dauernd wieder neue Arbeiten und notwendige Initiativen.

Nachdem die SH diese ihre Funktion anscheinend zufriedenstellend erfüllt, heißt das, daß die Studenten ihre Interessen an einige Funktionäre delegieren können?

Nein. Bin ich ein Funktionär? Ich versuche, in der SH eine gute Arbeit zu machen. Bisher ist es so, daß ich dabei noch viel zu lernen habe. Interessen haben heißt noch nicht, sie richtig vertreten können zu müssen. Anregung und Mitarbeit von den Studenten an den Hochschulorten ist auch in der Interessensvertretung wichtig.

Ein zweites Nein. Ich gehe davon aus, daß die SH nicht nur studentische Interessen zu vertreten hat (daß die Studenten auch nicht nur studentische Interessen haben), sondern Diskussionsplatz und Ausdrucksmittel der Hochschüler ist. Ich suggeriere jetzt einige Interessen, die bei vielen Studenten und Jugendlichen da sind, aber oft nicht in eine Praxis umgesetzt werden.

Wie wäre es mit einem Engagement der SH in der Südtiroler Friedensbewegung? Haben Studenten, Intellektuelle und Künstler ein Interesse an Kultur- und Kommunikationszentren in Südti-

rol, die sie selbst gestalten und führen können? Sehen sie die Notwendigkeit eines Kampfes dafür? Gerade angesichts der restriktiven Kulturpolitik der Landesregierung und der Initiativen der traditionsmißbrauchenden Vereine? Wie können wir dem entgegen treten? Wie steht es in Südtirol mit der Freiheit der Meinungsäußerung? Was tut sich im Bereich Jugend und Freizeit? Wie ist hier eine Liberalisierung möglich gegen die Hegemonie der konservativen Kräfte? Friedliches und konstruktives Zusammenleben der Sprachgruppen? Wird eine Politik der Sicherung der Rechte der Minderheit, was notwendig ist, zu einer Zweispaltung der Südtiroler Gesellschaft mißbraucht? Sind die Studenten mit ihrer Schulzeit zufrieden? Soll die Lage im Unterrichtssystem für die nächste Generation so bleiben, wie sie ist? Wie wird Bildung in Südtirol überhaupt beurteilt? Wie sehen die Leute Studenten und Intellektuelle, welche Meinung darüber wird ihnen nahegelegt? Werden mit den bildungspolitischen Präferenzen die Interessen der Leute, die später unterrichten werden, ignoriert? Haben die meisten Studenten nicht den Wunsch, ihre Bildung und Ausbildung nicht in einem engen Berufsrahmen zu veräußern? Wollen sie ihre Bildung zu einer Einflußnahme in allgemein gesellschaftlichen Fragen nutzen?

Für mich gilt: Ich will nicht nach meinem Studium an meinem Arbeitsplatz mehr oder weniger isoliert tätig sein, sondern gemeinsam mit anderen Interessensfreunden etwas unternehmen, mich kulturell und politisch engagieren. Die beste Vorbereitung darauf ist wohl, schon jetzt damit anzufangen.

Ich hoffe, daß mehrere Leser zu diesen Fragen Antworten suchen. Praktische und konkrete Antworten. Auch in jener Form, daß sie sich in der SH politisch engagieren.

Ich z.B. habe meine Motivation zu meiner Arbeit in der SH unter anderem aus einer Unzufriedenheit mit meiner Lage als Student und besonders mit meiner voraussichtlichen späteren Lage als „Kopfarbeiter“ in Südtirol bezogen. Ich glaube, Unzufriedenheit ist ein guter Grund zu einem Engagement.

Albert Strobl
Vorsitzender der SH

Wir ersuchen unsere Mitglieder, Akademiker und Abonnenten aufs höflichste, den SH-Mitgliedsbeitrag bzw. das SKOLAST-Abonnement für 1982 bei Gelegenheit einzuzahlen.

Sie unterstützen damit die im Dienste der Südtiroler Studenten geleistete Arbeit und ermöglichen die weitere Herausgabe unserer Zeitschrift.

Für die Mitglieder, Akademiker und Abonnenten, die den Beitrag für 1981 noch nicht bezahlt haben: Bitte tut dies so schnell wie möglich. Wir ordnen die SH-Kartei neu und entfernen dabei die Karten derjenigen, die mit der Bezahlung des Mitgliedsbeitrages im Rückstand sind. Wer bis Jahresende nicht bezahlt, bekommt keinen weiteren SKOLAST mehr.

Also gebt Euch einen Schubs.

Der Vorstand der SH

Unsere Bankverbindungen:

— Postsparkasse Bozen, Kontonummer 14/1177

Stellungnahme der Südtiroler Hochschülerschaft Wien

Die Südtiroler Hochschülerschaft protestiert energisch gegen die überfallsartige Aktion der Wiener Polizei, bei der am Samstag, 21. November, 65 Südtiroler Studenten in Räumen der Hochschülerschaft Wien von einem Großhaubitze der Polizei ohne Angabe von Gründen festgenommen, verhört und während, der bis zu 15 Stunden dauernden Polizeihaft teilweise entwürdigend behandelt wurden.

Das aggressive und brutale Vorgehen der Polizei bei dieser betrüblichen Massenfestnahme ist ebensowenig verständlich wie der Grund der Festnahmen selbst. Die SH streift der Polizei jegliche Rechtsgrundlage für eine derartige Vorgangsweise ab und verlangt, daß die Verantwortlichen der Aktion zur Rechenschaft gezogen werden. Nicht nur die offensichtlich grundlose Massenfestnahme an sich ist äußerst bedenklich; alarmierend ist auch, daß Äußerungen der Polizei darauf schließen lassen, daß der eigentliche Grund dieses unverhältnismäßig schwerwiegenden Eingriffs in die Freiheitsrechte unserer Kolleginnen und Kollegen in einer Schmieraktion Unbekannter vor dem Wiener Rathaus lag.

Die Südtiroler Hochschülerschaft behält sich alle rechtlichen Schritte zur Wahrung der Interessen der Betroffenen vor und wird zur raschen und zufriedenstellenden Klärung des Vorfalles alle gebotenen Maßnahmen ergreifen.

Die Südtiroler Hochschülerschaft Wien
Norbert Dall'O

Robert Zadra
Andreas Zuegg

Zur Verhaftung der 65 Südtiroler Studenten in Wien

Das alljährliche „Erstsonntagsfest“ in den Räumen der Südtiroler Hochschülerschaft/Hochschulgruppe Wien fand heuer (20. November), kurz bevor es sich in Wohlgefallen auflösen wollte, ein abruptes und ziemlich unerwartetes Ende.

Umgefahr um Mitternacht erschienen zwei Polizeibeamte und verlangten den Verbindungsmann der Südtiroler Hochschülerschaft unter vier Augen zu sprechen. Eine Begründung wurde ihr sogleich verweigert. Als er sich unter diesen Umständen nicht auf das saftige Ansinnen einließ, starteten die Beamten die „Aktion Froschi“

(tats. höre und staune). Kurz darauf säuhnten rund zwanzig Polizisten (darunter Angehörige einer Spezialeinheit mit Hund) in die Wohnung und forderten die Rauteinwohner in einer Art, die jeder Höflichkeit spottet, auf mitzukommen. Obwohl nicht der geringste Widerstand (nicht einmal passiver) geleistet wurde, wurden die Studenten teilweise unter Schlägen und an den Haaren auf die Straße hinuntergezerrt und dort wie Vieh verladen und in ein Gefängnishaus gebracht. Der Grund dieser Verhaftung von 65 Leuten war trotz wiederholter Fragen nicht bekanntgegeben worden.

Im Gefängnis mußten sie unter einigen Seidnamen (beispielsweise wurde auf die wohlberechtigte Bemerkung hin, es sei kalt hier, die Tür ins Freie sperrangelweit aufgerissen) und Pöbeln die Nacht verbüßen. Erst im Laufe des Vormittags wurden die am Vorabend nur flüchtig aufgenommenen Personiken überprüft, und die Studenten nach und nach wieder auf freien Fuß gesetzt, ein jeder wohlbedacht mit einer Verwaltungsstrafe von 800 Schillingen. Die letzten kamen erst um 15 Uhr frei.

Die Fakten sprechen für sich; daß hier eine klare Rechtswidrigkeit seitens der Polizei vorliegt, steht wohl außer jedem Zweifel. Zweifelsfrei allerdings werden derartige Angelegenheiten dann, wenn man versucht, zu seinem, vorderhand eben nur theoretischem, papierenen Recht auch praktisch zu kommen, in unserem speziellen Fall scheint das, wie sich die Dinge bisher angelesen haben, recht elegant und schnell zu gehen: das Recht lag gewissermaßen unter dem Christbaum. Erklärung: Ein solcher — der Stadt Wien vom Land Südtirol gestiftet — wurde noch am Tage unserer glücklichen Entlassung von Landeshauptmann Magnago scheinlich unter Strom gesetzt. Das anschließende Buffet, zu dem auch eine Vertretung der SH geladen war, bot einmalige Gelegenheit, den Vorfall einigen wohlwollenden Wiener Honoratioren (unter anderem dem Bürgermeister höchstpersönlich) zu schildern. Sie zeigten sich peinlich berührt und versprachen, gewisse Schritte einzuleiten.

So weit, so gut. Allein, auf solche Weihnachtsgaben kann man nicht rechnen. Der alltägliche Verlauf ähnlicher Geschichten sieht anders aus. Dem, der sich gegen erlittene, dem bestehenden Recht höhnisprechende Willkürakte seines „Freundes und Helfers“ zur Wehr setzen will, steht ein beschwerlicher und kurvenreicher Weg bevor: der vielstürmte Rechtsweg. Und sollte er, unter Aufwand von Zeit, Kosten und Mühen tatsächlich zum Erfolg führen, worin besteht dieser Erfolg dann? Darin doch, daß der Kläger bestenfalls finanziell einigermaßen schadlos gehalten wird, und die Polizisten, auf deren Konto die Rechtsverletzung ging, mehr oder minder nachdrücklich vorwarnen werden. Zu wirklich emp-

findlichen Stralen kommt es in den seltensten Fällen.

Wohlgemerkt, es geht nicht um einen Racheakt an einzelnen Beamten; doch nur, wenn diesem spürbare Nachteile aus seiner Kompetenzüberschreitung erwachsen, kann sein Fall die Signalwirkung haben, auf die es ankommt. Nur wenn ein Polizist handfeste Folgen seines gesetzwidrigen Verhaltens, nicht bloß in den seltensten und krasssten Fällen, zu fürchten hat, wird er sich die Sache vorher überlegen.

Wie aber die Dinge derzeit stehen, stellt die Polizei ohne bei weitem zu wenig kontrollierte Macht dar, fast eine Art Staat im Staate, mit aller Möglichkeiten zu selbstherrlicher Willkür, die sich hieraus ergeben.

Staatsprüfungen 1982

Am 26. April 1982 beginnt die erste Session der Staatsprüfungen 1982 (Esami di stato di abilitazione all'esercizio professionale per l'anno 1982). Die Gesuche müssen innerhalb 27. März 1982 an die gewünschte Universität eingereicht sein.

Dem Gesuch sind folgende Dokumente beizulegen:

- Originaldiplom oder notariell beglaubigte Kopie
- Bescheinigung der Universität an der das Doktorat erreicht wurde, daß der Kandidat noch nie zur Staatsprüfung angetreten ist
- Einzahlungsbestätigung der Prüfungsgebühren in Höhe von 6000 Lire
- Einzahlungsbescheinigung über den Betrag von 3.000 Lire, der an das Ökonomieat der Universität einzuzahlen ist.

Kandidaten für die Staatsprüfung in Medizin und Veterinärmedizin müssen außerdem eine Bestätigung über die abgelegte Praxis (Tirocinio) beilegen.

An folgenden Universitäten kann die Staatsprüfung in deutscher Sprache abgelegt werden: Handelswissenschaften: Trient; Medizin, Chemie, Pharmazie, Technik, Veterinärmedizin: Bologna; Land- und Forstwirtschaft: Florenz; Statistik: Rom

Die genaue Ausschreibung (Amtsblatt der Republik Nr. 520 vom 20. 11. 1981) kann im Sekretariat der Südtiroler Hochschülerschaft in Bozen eingesehen werden.

Warum unbedingt Un-Partei?

Gehen wir von unserer eigenen Erfahrung aus: die „Neue Linke“ ist keine Partei (und will keine werden), hat sich aber trotzdem schon zweimal als Wahlliste konsolidiert und zur Wahl gestellt. Ein Widerspruch, vielleicht.

Streikt genommen gibt's auch tatsächlich die „Neue Linke“ (mit großen Anfangsbuchstaben und als definierte Gruppierung) nur bei Wahlen — wo eine Liste von sehr bunten Kandidaten sich zusammenfindet und gemeinsam für eine wirksame Vertretung sozialer, kultureller, politischer Anliegen entwirft und es gibt sie in den Institutionen, wo sie mit einer Abordnung vertreten ist (im Landtag, in einigen Gemeinderäten); nicht als Partei, sondern als eine Ratsfraktion.

Die „Neue Linke“ als Überbau all dessen, was Tausende von Menschen in Südtirol tun, hoffen, versuchen, erleben, gibt's natürlich nicht. Denn dann würde man sofort in gefährlicher Weise partei-ähnlich.

Was sind im Grunde die Parteien heute?

In den meisten Fällen der institutionalisierte Ort der Lüge und der Scheinwelt: wo sich Funktionäre der politischen Willensbildung und Postenverteilung unter sich auf eine „reinemäßige Definition“ ihrer Aussagen und Handlungen einigen, die dadurch legitim und verbindlich werden, daß irgendwelche beschlußfähige Organe im Abstimmungswege dazu ja gesagt haben.

Nur: die allermeisten Leute, die in der Gesellschaft wichtige und positive Initiativen unternehmen oder Bedürfnisse äußern oder Kritik und den Wunsch nach Veränderung vorbringen, sind nicht in den Parteien. Und die allermeisten Parteien (ausgenommen die großen Masseparteien in einigen Gemeinden, wo sie wirklich aktiv die Leute organisieren: bei uns nur die SVP;

anderewo vielleicht in manchen Fällen die KPI oder sogar die DC; oder aktive Minderheiten, wie die früheren revolutionären Gruppen und Parteien...) legitimieren sich heute vor allem dadurch, daß ihre Meinung bei den Machtgruppen und Medien zählt, auch wenn vielleicht niemand konkret dafür einsteht, und die Meinung der gewöhnlichen Leute eben nicht zählt.

Die Parteien erheben den Anspruch, eine Art Weltanschauung und Gesellschaftsprogramm zu erarbeiten und damit dann den nötigen Wahlkonsens zu suchen, um für eine weitere Amtsperiode wählen zu können. Wichtig ist für die Parteien, daß sie zu allem und jedem „etwas zu sagen haben“, „eine Linie“ haben, die dann mehr oder weniger strikt von allen Mitgliedern und vor allem von den offiziellen Vertretern eingehalten wird.

Dabei erscheint ein solcher Anspruch nur dann eventuell sinnvoll, wenn es wirklich ein glaubwürdiges Gesellschaftsprojekt gibt — heute sind wir davon weit entfernt.

In der Neuen Linken, wie in vielen alternativen Bewegungen, sieht's halt eher so aus: Man glaubt — heute! — nicht recht an große umfassende Programme (die vielleicht mit viel Ideologie verbraten werden), man will sich nicht gerne abgrenzen: wer zur Neuen Linken gehört und wer nicht; was „die Neue Linke“ denkt und was nicht. Lieber soll ein möglichst offener Diskussionsprozeß mit viel Kommunikation offenghalten werden und in der gesellschaftlichen Realität möglichst viel und wirksam durch Initiativen gearbeitet werden — ohne Ausschließlichkeits- und ohne Vollständigkeitsanspruch.

Beispielsweise: Die Neue Linke (als Vertretung im Landtag) hat sicher viele Initiativen etwa zur Situation der Arbeitsplätze, zur Zweisprachigkeit, zur psychiatrischen Versorgung, zur Reform der Familienberatungsstellen, zur Personalordnung und weiß Gott wieviel anderen Themen ergriffen — aber doch nicht etwa, weil Parteiorgane beschlossen hätten, dies zu tun, sondern weil es Menschen gab, die in den betreffenden Bereichen aktiv waren und sind — ohne sich deshalb der Neuen Linken oder sonstwem zuordnen zu müssen.

Wenn man Bewegungen und Initiativen nicht erdrücken und versinnmatzen, sondern im Gegenteil fördern und verstärken will, ist es besser, nur Sprachrohr in den Institutionen zu sein, nicht Vertreter eigener Parteipositionen.

Und selber mitzuarbeiten, wo man will und kann (ich selbst zum Beispiel im Initiativkomitee gegen die Option 1981 und bei TANDEM); denn es ist wichtiger, daß es in Südtirol eine akti-

ve Hochschülerschaft, eine gute zweisprachige Wochenzeitung und (ich!) einen guten zweisprachigen Sender, Initiativen zur Zweisprachigkeit, Kämpfe um Arbeitsplätze, eine Friedensbewegung, Kontakte Nord-Südtirol, künstlerische oder kulturelle Initiativen und Gruppen, Initiativen zum Naturschutz usw. gibt, als daß eine Pseudopartei (in Südtirol sind alle oppositionellen Gruppen ihrem Ausmaß nach sowieso nur Pseudoparteien) mit impotenten Frossenmitteilungen und feierlichen Parteilösungen zur moralischen Aufrüstung ihrer wenigen Mitglieder beitragen und im übrigen die Wirklichkeit nicht verändern.

Das war und bleibt auch der Grund, warum ich eigentlich hoffe, daß sich in Zukunft bei Wahlen (ähnlich wie das 1990 in Montan, Prag, Udine, Kastelruth, Neumarkt, Kurtinig u. ä. schon passiert ist) möglichst wirksame Vertretungen der Basis (mit möglichst guten Vertretern in den Institutionen) — ohne Einnischung der Parteiapparate — bilden, und die Indifferenz der Bevölkerung der kleinkariereten Parteiarbeit nach und nach den Spaß am Geschäft vertribt. Besser ein paar Strukturen und eine gute Kooperation und Koordination zwischen aktiven (aber nicht gleichgeschalteten) Initiativgruppen, Jugendkollektiven, Kulturvereinen, Gewerkschaftsstrukturen usw. als die Ausbreitung unnützer Parteisektionen, -verbände, -gremien, -tätigkeiten.

Denn in Südtirol wird auf absehbare Zeit hinaus die Erneuerung der Gesellschaft sicher nicht aus interregionalen Oppositionsparteichen kommen, sondern — wenn schon — aus vielfältigen Anstößen und Aktivitäten im gesellschaftlichen und kulturellen Leben, die sich eben nicht unter einem (Partei)hut bringen lassen, aber durch eine „offene Vertretung“ in den Institutionen doch wirksamer tätig sein können. Und an denen vielfach so mancher Parteifunktionär, der gegenwärtig seine Kräfte rein partei-intern aufbraucht, höchst gedehnt mitarbeiten könnte.

Also: ja zur konkreten und möglichst bunten Aktivität der verschiedensten Initiativen (aus denen sich insgesamt auch eine politische Tendenz ablesen lassen kann); ja zu möglichst vielen und möglichst offenen Gelegenheiten, sich über die Lage und auch die Politik auszusprechen (um Positionen zu erarbeiten und auch zu verändern, nicht nur, um vorgefertigte Meinungen zu konfrontieren); ja zur Vertretung des „anderen Südtirol“ in den Institutionen (solange und wo man dies für nutzbringend erachtet — das ist immer wieder neu zu überlegen); rein zum Aufbau von Parteilösungen, die im Grunde von den übrigen Leuten vor allem erwarten, daß man ihnen aufgrund ihrer „besseren Rezepte“ die Lösung der Probleme anvertraut.

Die kann man nicht anvertrauen, also weniger bei uns. Man muß selber etwas dazu tun.

Inge Gualtieri

39012 Meran, Manzonistraße 11

Tel. (0473) 333 11 Büro

Tel. (0473) 456 26 Priv.

übernimmt Reinschrift, Einband und Druck von Doktorarbeiten.

Pünktliche und formschöne Ausführung.

Mehrere Schriftbilder, Farbblätter und Farbmuster stehen zur Auswahl.

die streik- und kampffaktionen an den österreichischen universitäten

zu Beginn der Sommerferien an den österreichischen universitäten beschloß der nationalrat eine novelle zum allgemeinen hochschulstudien-gesetz (AHSStG), die mit diesem Wintersemester einschneidende verschärfungen des studiums, vor allem für erstsemestri-ge mit sich brachte und für ziemliches chaos im unbetrieb sorgte, die, durch den erlaß hervorgerufenen verschärfungen äußern sich in konkreten folgendermaßen:

— einer der hauptangriffspunkte des studienprotestes ist die ministerielle rechtsaufsicht, daß ab sofort erstse-mestri-gew. studienwechsler nach den neuen studienordnungen studieren müssen, auch wenn sie an instituten ihr studium beginnen, für die noch kein studienplan beschlossen wurde, das kann also für einen eingehenden geschichtestudenten in Innsbruck be-deuten, daß er ein semester lang leh-veranstaltungen besucht, die ihm — nach dem vielleicht 1982 (?) erlassenen studienplan — für sein studium nicht angerechnet werden, er kann also ein semester verlieren.

außerdem ist eine sofortige einfüh-rung der neuen studienordnungen in den meisten fällen gar nicht durch-führbar, da von den studienplänen vorgesehene lehveranstaltungen über-haupt noch nicht angeboten werden.

— ein weiterer berechtigter protest-punkt ist die unannehmbar einführ-ung von fristen für die absolvierung des studiums bzw. für die ablegung von prüfungen: ein umstand, der in zukunft einem studenten, der sich sein studium durch teilzeitarbeit selbst finanzieren muß, ein studium unmöglich macht, ein versteckter nu-merus clausus und eine grobe diskrimi-nierung sozial schwächerer schichten!

— durch die ungeführ verdreifachte pflichtstundenanzahl tritt eine einseitige verschärfung des studiums ein, aus der wir sollten also in zukunft nur mehr tauchlöten marschieren.

— weiters besteht nach dem neuen gesetz für professoren die möglichkeit, lehveranstaltungen in den ferien abzu-halten; ebenfalls ein untragbarer punkt, vor allem, wenn professoren auf die idee kommen sollten, pflicht-veranstaltungen (seminare...) in der vorlesungsfreien zeit durchzuführen.

— durch das verbot der doppelbe-gehung an verschiedenen universitäten werden die studenten auf eine stamm- und fixierte, eine bürokratische barriere (examatrikulation — immatrikulation) verhindert die kurzfristige aneignung wissenschaftlicher lehmethoden und inhalte wie sie an anderen unis gebo-ten werden, das läuft auf eine ein-

schränkung der studentischen lernfrei-heit hinaus!

— außerdem kommt es bei durch-führung der ministerialen bestimmun-gen zu einer weiteren diskriminierung der ausländischen studierenden — ein punkt, der vor allem auch uns südöster-licher berühren müßte, das gleichstel-lungsgesetz existiert ja noch nicht lan-ge.

— nach der neuen novelle hat das ministerium die möglichkeit, direkt in den studienordnungen lehveranstal-tungen festzulegen; das ist ein grober eingriff in die rechte der studienkom-missionen, in denen das studentische mit-spracherecht sowieso durch die 1979 erfolgte aufhebung des blockvetos auf ein minimum reduziert wurde, die vielgepriesene „studentische partizipa-tion“ wird wie manches andere mehr zur farce und sollte sich wohl auf das paradestehen von verbands-„einhei-ten“ bei „feierlichkeiten“ beschränken.

das sind nur die schwerwiegendsten punkte dieser novelle, die wir studen-ten unmöglich akzeptieren können.

wir müssen uns auch nach den hür-tergründen dieser änderungen im hochschulbereich fragen:

im rahmen der internationalen krä-ze“ wurde anscheinend auch der hoch-schulsektor betroffen: und wie schon so oft, spart man mit vorliebe auch im bildungsbereich, die unternehmer-verbände liegen dem wissenschaftsmini-sterium schon seit langem mit läßtli-chen forderungen in den ohren, wie sie jetzt erlassen wurden, man muß die studierenden schnellstens durchs studium schleusen (etwa durch die ein-führung von kurzstudien bzw. durch die einföhrung von fristen für die ab-solvierung des studiums), um damit schneller kurzfristige marktlichen schließten zu können: der student als nummer, die uni als studentenfabrik .. wohl die gesamte geisteswissenschaftli-che fakultät wird mit der zeit, als im wirtschaftlichen sinne unproduktiver teil, eine randstellung im unbereich erhalten!

diese tendenzen in der bildungspoli-tik (degradierung der uni auf ökonomi-sche prinzipien) haben aber viele studen-ten erkannt, der zeitpunkt der verabschiedung dieser novelle zum ahstg schien gut gewählt (1. Juli 1981), wenige studen-ten hatten in den som-merferien davon gehört, auch zu semes-terbeginn schlen sich wenig wider-stand gegenüber diesem undemokrati-schen und feigen überrumpelungsma-növer des wissenschaftsministeriums zu zeigen, doch schon mitte oktober bildeten sich die ersten streikkomitees an den verschiedenen hochschulen — von der öh noch zaghaft unterstützt —, gegen ende oktober kam es zu dem ersten streiks, in salzburg wurde das

rektorat besetzt, nun entschloß sich auch die offizielle studentenvertretung mit aktionen gegen das wissenschafts-ministerium vorzugehen.

der öh muß man vorwerfen, allzu lange inaktiv geblieben zu sein, man verließ sich ausschließlich auf eine ver-handlungspolitik mit dem ministerium ohne rücksicht auf die — sicherlich wirksameren — aktionsformen der ba-us.

dennoch, ob öh oder basiskomitees, die forderungen waren und sind dieselben:

— sofortige rücknahme der ahstg-no-velle und gleichzeitig novellierung der studienordnungen mit größerer berück-sichtigung des mit-spracherechtes des studen-ten.

nach dem österreichweiten streik vom 12. november ließ die ministerial-bürokratie wenigstens mit sich reden, von den öh-vertretern wurden über-dings nur lächerliche verbesserungen erzielt, in den hauptverhandlungspunk-ten blieb minister firnberg hart, des-halb wurde in Innsbruck auf einer zentralen hörrerversammlung ein weite-rer, vielleicht unbefristeter streik ab 9. dezember beschlossen, falls bis 3. dezember keine herausragenden ver-handlungsergebnisse erzielt werden — und es sieht nicht danach aus, denn minister firnberg hat ihre termine für verhandlungen mit dem volk spärlich gesät.

während ich diesen artikel schreibe (27.128. november), ist in graz die uni-veritätsdirektion und -verwaltung be-setzt, und das schon seit vier tagen! es tut sich also etwas an der basis.

wenn wir diese verschärfungen nicht dankend in kauf nehmen wollen, müs-sen wir uns noch dieses semester weh-ren, gerade weil sich die offiziellen öh-vertreter (bestehend meist aus ösu, forum, jes und noch rechtlastigeren gruppierungen) viel zu oft mit dem an-stellen von minimalforderun-gen zufriedengeben.

ohne festes verhandlungsergebnis wird er jedenfalls ab 9. dezember in Innsbruck zu streiks und massiven ak-tionen gegen das wissenschaftsmini-sterium kommen, das grozer besetzung wird sicherlich auch noch länger an-dauern.

die berechtigten forderungen der stu-denten werden übrigens von vielen professoren und assistenten wider-stützt — in Innsbruck stellte sich so-gar der gesamte assistentenverband über gewal hinter die forderungen und aktionen des streikkomitees.

zu den vorfällen in Innsbruck: daß der bundesweite streik vom 12. und die — aus politikersicht geplante — einweihung des neuen gebüdes der gelwi vom 13. november zeitlich zu-sammenfielen, war eher zufällig, jeden-falls zeigte sich hier wieder einmal die wahre dialogbereitschaft von politik-ern, ihre weitsicht für wahrsten sin-ne des wortes) und ihr feinstes gehör: obwohl firnberg die bei neuen unigebüde war, sondern in den, etwa einer-kilometer entfernten räumen der tiro-ler landesregierung (aussage von rek-

Einige Gedanken zu: Engagement in und außerhalb von Institutionen

Viele Politiker warnen vor den „Wirklichkeitsfremden“ und gefährlichen Forderungen der Pazifisten. In Südtirol z. B.: Können Ihr Buch noch an das Interview mit Abg. Michel Ebner über Rüstung, „Verteidigung des Vaterlandes“ und der Werte der westlichen Welt“ erinnern? Viele Sozialdemokraten der BRD und sogenannte Sozialisten anderer Länder behaupten, die Friedensbewegung behindere „Ihre Friedenspolitik in ihrem Lande“. Viele Politiker der konservativen Parteien befürchten ganz Schlimmes: das Entstehen einer Volksfront für Frieden, Abrüstung und Entspannung. Viele bürgerliche Medien diffamieren die Pazifisten.

Dies als ein Beispiel. In den meisten Bereichen der politischen und administrativen Entscheidungen der Institutionen hören wir als Rechtfertigung: Dies oder jenes ist politisch oder wirtschaftlich notwendig, wir sind gezwungen, wir, Eure Politiker.

Da stellen sich mehrere Fragen.

„Haben unsere Repräsentanten“ ihre Fähigkeit verloren, zwischen humanen, sozialen Interessen und der zur Zeit am einfachsten machbaren bürokratisch-technokratischen Lösungsmöglichkeit zu unterscheiden? Viele Ereignisse zeigen die großen Unterschiede, ja direkt die Gegensätze zwischen dem, was die Politiker tun und den Interessen und Bedürfnissen großer Teile des Volkes. (Von allgemein gültigen Interessen des Volkes kann ich nicht reden: Die Gesellschaft ist in Klassen und Schichten mit verschiedensten Interessen gespalten.)

Als Rechtfertigung sagen die Politiker immer wieder, sie müßten auf den Willen, die Stimmung der Wähler Rücksicht nehmen. Aber: (Können Sie Wähler ihren Willen selbständig bilden? der „Geist der Wählersmassen“, ist er nicht durch schlechte Bildung und falsche Information, anzogene Vorurteile und autoritäres Bewußtsein vorgeformt? Worauf nehmen sie Rücksicht: auf die Bedürfnisse aus dem

Volke (die sich jetzt in der Friedens- und Ökologiebewegung und in den verschiedenen Protestbewegungen doch klar zeigen) oder bloß auf das effiziente Funktionieren Ihres Apparates, der Institutionen, des Staates?

Wo ist der Wille der Politiker mit „Institutionsverantwortung“, etwas anderes anzustreben als die „Beherrschung eines Zustandes“ durch ihre Institution? Es scheint, sie wollen alle Menschen zu „Bürgern ihres Staates“, dieses Staates machen, zu Betroffenen und Abhängigen, Geforhten und Kontrollierten durch seine Institutionen. Die meisten von Ihnen haben die Fähigkeit, in Alternativen zu denken, vorzuziehen. Was nicht in Ihre Logiken paßt, das ist „Wirklichkeitsfremd“.

Die Protestbewegungen und Gegeninitiativen sind Ausdruck und Folge für daraus sich ergebenden Widersprüche.

Jetzt möchte ich einige Gedanken formulieren, die etwas genauer auf die Parteien eingehen. Was ich kritisiere, trifft auf die eine Partei mehr, auf die andere weniger zu. Wichtig sind die folgenden Fragen besonders für die großen Volksparteien (gleich welcher politischen Richtung), direkt notwendig bei solchen Massparteien, die — wie die SVP in Südtirol — dominant sind.

Wie demokratisch sind Parteien? Wie ermöglichen sie die Selbstbestim-

mung der Menschen? (Das wäre Demokratie. Ich lehne das Regiert-Werden ab.) Es müßte genauer als ich kann dargestellt werden, in welchem Ausmaß und wie die Parteien bei der Willensbildung des Volkes mitwirken. (Das ist Ihre verfassungsmäßige Aufgabe.)

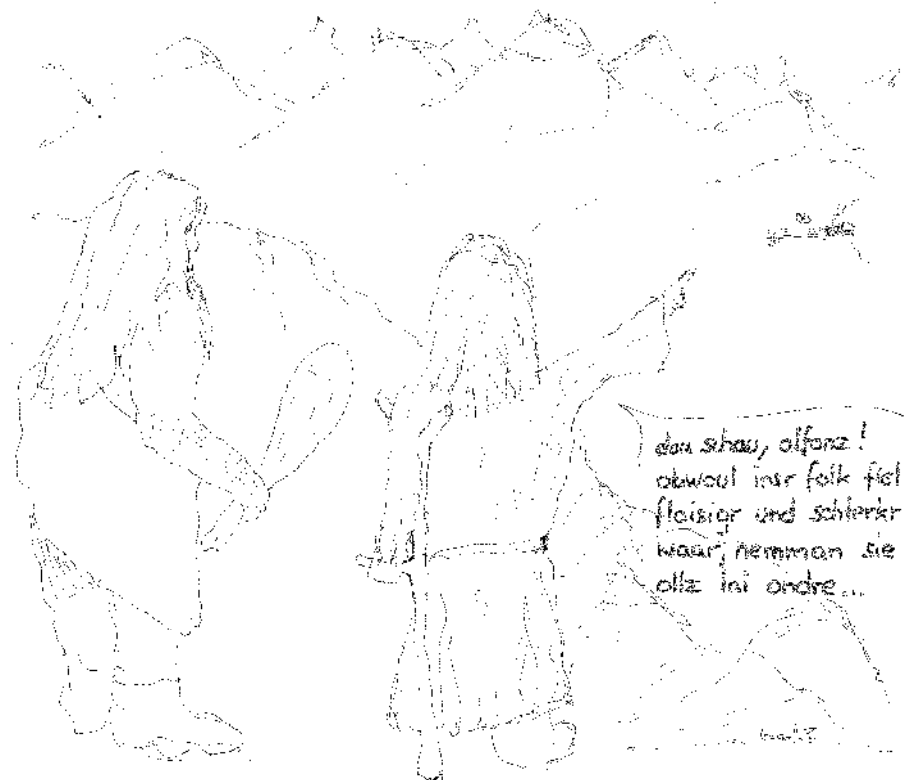
Die Partei funktioniert als eine politische Karriereleiter. Die Mitarbeiter arbeiten sich am leichtesten empor, indem sie die Ideen und Zielsetzungen, die oben bereits ausgearbeitet wurden, übernehmen. Die Inhalte der Politik laufen von oben nach unten. Die Vorstände sehen in den unteren Parteebenen oft nur die Verbreiter bereits beschlossener Sachen. Die demokratische innerparteiliche Opposition hat es schwer und wird schnell als eine Gefahr für die bestehende Linie und Ordnung der Partei (oder gar der Gesellschaft) abgestempelt. Die Unabhängigkeit und faktische Unkontrolliertheit der oberen Hierarchie und der Gewählten sind weitgehend mit Normen sichergestellt. Kann man also von einer innerparteilichen Demokratie als Willensbildungsprozess von unten nach oben sprechen?

Obwohl in den parlamentarisch-demokratischen Verfassungen eine Mischung aus 1. direkten, plebiszitären und 2. repräsentativen Elementen der Willensbildung vorgesehen ist, ist die politische Willensbildung, ob außerhalb oder innerhalb der Parteien, weitgehend auf die Auswahl von Reprä-

Albert Strobl,
Jahrgang 1958, Student in Wien,
derzeit Bozen, 39011-Lanz, Kirchweg 13

tor andreas), sagte sie auf der Pressekonferenz im mondänen hotel europa, das haw sei beschmiert worden. „daf eine übergabe eine groteske läge“. vorechhöre hätten sie gebindert, „wenigstens guten tag“ zu sagen“ (zitire nach nr. 14/15. november) minister sironberg sieht und hört also noch kilometerweit.

zu den presseberichten möchte ich mich nicht weiter äußern, das wort „schmierereien“ möchte ich an die regierungsfrözen aus nah und fern (it, kolomben, karier, süddeutsche...) sendend zurückgeben.



den schau, olfanz!
obwohl insr folk fiet
fleisier und schierer
kauer, nemmen sie
oliz ini andre...

Kommentar zu den Äußerungen des Unterstaatssekretärs Compagna

sentanten beschränkt. Und über diese ist festgehalten, wie z. B. im Grundgesetz der BRD: Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen. Dieses sogenannte „freie Mandat“ dient als Ideologie gegen eine weitere Demokratisierung und ist den Vorstellungen direkter Demokratie (z. B. Volkseinscheid, imperatives Mandat in den Parteien) entgegengesetzt. Die innerparteiliche (oder zwischenparteiliche) Demokratie, die den Willen des Volkes vermittelt und je nach den Interessen der Gruppen, Schichten und Klassen in verschiedenen Fraktionen delegieren soll, ist durch die Gewissensfreiheit (?) der Vertreter genau vor der Stelle abgebrochen, an der sie diesen ihren Sinn erfüllen könnte. Das ist das Hauptproblem der Demokratie im repräsentativen Parlamentarismus.

Die Vertretung des Volkes ist nur Schein, wenn gegensätzliche Interessen, wie die zwischen Kapital und Arbeit, das vom Abgeordneten vertretene „ganze Volk“ in verschiedene Lager spalten. Das Wohl des ganzen Volkes, an dem das Gewissen der Vertreter sich orientieren soll, gibt es nicht; es muß in der konkreten politischen Entscheidung die Gestalt eines Sonder- oder Teilinteresses annehmen. Das hören besonders die Sammelpartei-Ideologen ungern: Die Vertreter in den Parlamenten und Landtagen sind nicht die Vertreter des ganzen Volkes (weil sie es aufgrund der gesellschaftlichen Interessensgegensätze nicht sein können). Im Spannungsfeld zwischen den Sonderinteressen und der allgemeinen Volksvertretung haben die Abgeordneten die Rolle, den demokratisch-plebiszitären Druck in den Parteien zu entschärfen und zu neutralisieren und Entscheidungen zu treffen, die dazu da sind, die verschiedenen Interessen, die sich in der Gesellschaft ausdrücken, im Rahmen der bestehenden Ordnung halbwegs auszugleichen, im besten Falle.

Zu berücksichtigen wären bei einer Betrachtung der Willensbildungsprozesse in den Parteien auch die Rolle anderer wichtiger gesellschaftlicher Kräfte, die Meinung und Willensbildung bei den Wählern beeinflussen (Presse, Kirche, Wirtschaft, Verbände u. a.) und jene Zusammenhänge, die sich aus einer Annäherung der Staatsmacht, der Parteispitzen und der Eliten und Vertreter der Wirtschaft ergeben.

„Freies“ oder „imperatives Mandat“, repräsentative oder über die Parteien vermittelte plebiszitäre Demokratie: unsere Demokratie ist eine Mischform. Diese spiegelt die Gegensätze unserer Gesellschaft. Sie hebt die gesellschaftlichen Widersprüche scheinbar, formal auf. Da ihre Aufhebung unter Beibehaltung der bestehenden Ordnung inhaltlich nicht möglich ist, treten immer wieder Elemente anderer Herrschaftsformen auf. Man kann sie „autoritär“ und „oligarchisch“ nennen.

Besser gibt der italienische Begriff „involuzione“ diese Tendenz der Rückbildung demokratischer Strukturen (im Staat, in den Parteien und in den politischen Theorien und Meinungen) wieder, deren Ziel die Formierung der Gesellschaft (Entpolitisierung, Förderung falscher Informationen und Ideologien u. a.) ist.

Die Entpolitisierung (Entideologisierung) reicht in das Innere der Parteien. Die Partei betrachtet das Volk als einen Wählermarkt und versucht mit Umfragen (eine Form plebiszitärer Meinungsbildung) den „Geist der Massen“ zu ergründen, um sich ihm anzupassen, nachdem sie ihn so interpretiert hat, wie es ihren jeweiligen Interessen und Konzeptionen entspricht. Die Diskussionen und Programme der Parteien werden immer allgemeiner gehalten und nähern sich gegenseitig an (man betrachte die Wahlkämpfe).

Als allgemeine Erklärung für die Krise der demokratischen Willensbildung kommt noch dazu, daß aufgrund der vielschichtigen antidemokratischen Verhaltensnormen und Denkweisen in den Betrieben, Schulen und Familien die Mehrzahl der Leute nicht zu einer demokratischen praktischen Tätigkeit, zu einem politischen Engagement in den Parteien, aber auch außerhalb dieser nicht angeregt oder erzogen sind.

Ich nehme die These an, daß die meisten Parteien ein Spiegelbild der demokratiefeindlichen Strukturen unserer Gesellschaft sind (in erster Linie der Wirtschaft, die zentral das Leben der Menschen beeinflußt und vor einer Demokratie strikt getrennt ist).

Die Tatsache, daß die Parteien zu einer demokratischen Selbstbestimmung nicht oder nicht genügend geeignet sind, ist nicht (oder nur zu einem geringen Ausmaß) einem Unvermögen der Politiker zuzuschreiben, sondern steht in einem komplexen gesellschaftlichen Zusammenhang (von dem ich nur einen Eindruck geben kann).

Besonders offensichtlich sind diese Zusammenhänge bei der SVP, die dauernd vorgibt, die Interessen aller Südtiroler zu vertreten.

Woher kommen die einseitige, programmatische Wirtschaftspolitik und die willkürliche Aufteilung der Haushaltsgelder in Südtirol? Eine Erklärung ist sicher die Tatsache, daß die SVP einen Großteil ihrer Macht aus der korporativistischen Struktur der Südtiroler Gesellschaft bezieht (sie hat ja meist direkteste Kontakte zu den Interessensbildenden und -gruppen), weiters sind sicher die persönlichen Verbindungen zu den mächtigen Wirtschaftskreisen ein Erklärungsfaktor.

In der Politik der SVP zeigt sich öfters, daß die Interessen und Vorschläge der Arbeiterschaft unberücksichtigt bleiben. Die viel genannten Ansätze, in den wirtschafts-, sozial-, gesundheits- und bildungspolitischen Entscheidungen, auch die Interessen der sozial schwachen Schichten (z. B. Saisonarbeiter, Bergbauern, Hausfrauen, Krau-

ke und Behinderte) zu berücksichtigen, sind kaum zu sehen.

Die SVP sehe ich als ein Extrembeispiel dafür, wie in den politischen Parteien die politische Praxis durch eine Ideologie verfälscht vermittelt und verdeckt wird.

Über Parteien wäre noch vieles zu sagen (Ähnlichkeit ihrer Organisation mit den staatlichen Institutionen, auf die sie sich ja anspricht); die Förderung der Haltung, eigene Interessen an andere Personen zu delegieren, durch die Parteien. Aber ich will nicht nur über Institutionen und Parteien schreiben, sondern auch über andere Möglichkeiten, sich politisch zu engagieren. (Meine Meinung darüber ist nur in Ansätzen da. Ich hoffe, daß sich dazu mehrere Meinungen zeigen, vielleicht im nächsten „skolast“.)

Zuerst ist festzustellen, daß sich viel mehr Aktivitäten im Leben außerhalb der institutionellen Sphäre und des öffentlichen Sektors abspielen als auf den ersten Blick erscheint und als die Medien darstellen. Der „informelle Sektor der Gesellschaft“ ist bedeutender als die meisten Menschen annehmen. Immer mehr Menschen wollen „draußen“ bleiben oder sind „hinausgeworfen“ worden und versuchen sich dort, außerhalb des geregelten, öffentlichen, institutionellen Sektors ihre Lebenszusammenhänge nach ihren Vorstellungen einzurichten. (Eine strikte Trennung beider Bereiche ist theoretisch nicht und praktisch noch viel weniger möglich.)

Es stellt sich dabei die Frage: Ist das gut so, wenn man bedenkt, daß die meisten wichtigen Entscheidungen, die die Menschen betreffen, in jenem Komplex der administrativen und politischen Institutionen getroffen werden? Stellt es eine Flucht dar, wenn jemand in diesem Komplex, der dauernd zu Eigendynamik ohne Kontrolle und Infragestellung führt oder wenigstens dazu neigt, nicht mitmacht, um zu verändern? — Ich glaube, daß die Frage, ob bestimmte größere Institutionen überhaupt noch im demokratischen Sinne zu verändern und zu gebrauchen sind, gerechtfertigt ist. Ich kann es vielen nicht verbieten, wenn sie von einem Engagement im formellen Sektor der Gesellschaft nichts wissen wollen, überhaupt keinen nicht, alle es schon versucht und dann aufgegeben haben. Gefährlich — und für mich persönlich ärgerlich — finde ich aber die Haltung, sich mit diesem Bereich der Gesellschaft überhaupt nicht auseinanderzusetzen, sich in eine Ecke zu verkriechen und sich, außer in den persönlichen Problemen, nicht oder nicht mehr zu engagieren. Ich lehne die Propaganda des Ausstiegs ab.

Ich sehe, daß im außerinstitutionellen Engagement ein großes Potential zu einer humanen und demokratischen Veränderung der Gesellschaft und der Umwelt steckt. Und daß ein solches Engagement (Frieden, Ökologie, Bürgerrechte, Frauenbewegung, freie

Kulturzentren, Selbsthilfe, Häuser in-standbesetzen u. a.) zunehmend Einfluß auf Fragen nimmt, die die Gesellschaft im allgemeinen betreffen, und die Engagierten im institutionellen Bereich (z. B. Politiker) zu einer Auseinandersetzung zwingt und allgemein zu einem Umdenken führt.

Welche Vorteile bieten — in Hinsicht auf das oben über die Parteien gesagte — die Bewegungen, Initiativgruppen, Kulturgruppen und autonomen Jugendgruppen? Ich möchte diese Frage nicht nur allgemein stellen, sondern in bezug auf ein Engagement in den Dörfern und Städten, den relativ überschaubaren Einheiten in Südtirol. Ich bin mir bewußt, daß ich hier über etwas schreibe, das es in Südtirol fast nicht gibt. Man zeige mir die Leute, die außerhalb der Parteien und Institutionen sich engagieren. Ich glaube, ich kann sie an zehn Paar Händen abzählen. Das Sich-Zurückziehen und das Abwandern der Studenten, der Künstler und der Intelligenz ist bemerkbar, ihre Verbindung zu anderen gesellschaftsverändernden Kräften ist unterbrochen.

Der Mensch soll und will meist auch an seiner Umweltgestaltung teilhaben. In kleineren oder dezentral organisierten Bewegungen und in Initiativgruppen sind die Chancen größer, daß mehrere Leute und die direkt Betroffenen mitsprechen. Diese Gruppen müssen sich ihre Ziele oft erst oder immer wieder neu suchen oder haben sie auf einem relativ engen Gebiet konkret bestimmt. Dies erleichtert die Teilnahme, überhaupt den Einstieg für viele in ein politisches Engagement. Die Ideologien der Gruppen und Bewegungen sind höchst selten fix (wie bei den Parteien): Die Rigidität gegenüber neuen Ideen und Taten ist gering. Aus neuen Vorstellungen und Handlungsweisen können sich neue Strukturen bilden. Unbedingt neu an den nichtparteilichen Strukturen politischen Engagements sollte sein, daß sie nicht streng nach dem Delegiertenprinzip organisiert sind. Ein Abbau des „Delegierten-Denkens“ und ein kollektiver Lernprozeß zu Eigeninitiative kann durch kleinere Strukturen gefördert werden: in ihnen bekommen viele überhaupt erst das Gefühl, daß sie etwas tun können. Mehr Bürokratisierung als das Mindestmaß, das das Fortbestehen der Bewegung oder Initiative erfordert, muß verhindert werden.

Wie steht es mit den Möglichkeiten für Bewegungen auf größerer Ebene, nicht nach parteiähnlichen Prinzipien gebaut zu sein?

Eine große Gefahr in den Bewegungen ist auch die Tendenz zu einer Anonymisierung und zu einer Delegierten- und Delegiertenhaltung. Garantiert muß eine jederzeitige Abwählbarkeit der Gruppenvertreter und der „Funktionäre“ sein und die Möglichkeit der Einsicht in alle Diskussionen. Eine Ausweitung der Formen direkter Demokratie muß die Teilnahme der In-

teressierten an allen Entscheidungen sichern (z. B. Versammlungen der „Sympathisanten“ in den Dörfern und Vierteln, geregelte Formen des imperativen Mandats). Auch in den Bewegungen besteht die Gefahr, daß eine Person oder eine kleine Gruppe vorgehoben wird, die die Ziele in der politischen Auseinandersetzung angehen sollen, oft aus Bequemlichkeit. Gegen diese Tendenz muß die Gruppe dauernd die Aktivierung der Basis anstreben, das schafft auch ein Zusammengehörigkeitsgefühl. (Z. B. soll zu einem Gespräch mit einem verantwortlichen Politiker nicht nur ein Vertreter hingehen, sondern eine Gruppe; es kann dazu auch eine Demonstration organisiert werden.)

Sicher ist, daß die Initiativgruppen thematisch meist eng begrenzt sind. Bewegungen sind schon zu einem umfassenderen Sicht fähig. Sollten aber bringen sie es zu einer „gesamtgesellschaftlichen Schau“. Diese brauchen sie auch nicht unbedingt: das Ganze der Gesellschaft zu verändern, dazu sind sie alleine ohnehin nicht fähig. Das können Parteien aber auch nicht. Gerade in einem Land mit solchen politischen Voraussetzungen, wie Südtirol sie hat, ist es notwendig, klein anzufangen, die Leute zu einem Engagement erst einmal anzuregen, vorerst bei vielen überhaupt ein Problembewußtsein zu schaffen. (Große Theorien und gesamtgesellschaftliche Analyse nützen dazu wenig.)

Zu einem Umdenken, Denken in Alternativen, Veränderungsdenken in einer Wechselwirkung mit einer veränderten Praxis tragen Bewegungen und Initiativen aus den verschiedensten Gründen (einige sind oben genannt) eher bei. Das Ziel der Bewegungen und Initiativgruppen und ihrer Befürworter ist es meist ja nicht, die Parteien zu ersetzen, sondern sie in einer dialektischen Auseinandersetzung anzuregen, wo dies noch möglich ist. Ich bin überzeugt, daß solche Initiativen eine bessere Schule für das Erlernen einer demokratischen Praxis darstellen, unter Umständen eine bessere Schule für das politische Denken, für das Denken über die Gesellschaft und ihre Zusammenhänge, als die etablierten politischen Parteien.

Unter einer wichtigen Voraussetzung, die leider, und in Südtirol besonders, nicht selbstverständlich ist: es muß in solchen Gruppen einen Grundstock von engagierten Mitarbeitern geben, die kontinuierlich arbeiten. Das große Problem — ich habe das persönlich erfahren — ist die Unverbindlichkeit der meisten Gruppenmitglieder; ihre Haltung, nur so lange mitzutun, als es auch schön ist (als es keine größeren Schwierigkeiten gibt), nur Vorschläge zu machen, die Arbeit aber anderen zu überlassen, Probleme aufzugreifen, sie aber nicht konsequent weiterzuverfolgen. Eine produktive Kontinuität ist nur gegeben, wenn sich möglichst alle Interessierten in der Initia-

tive bemühen. — Manche lernen, daß ein politisches Engagement nicht nur ein Hobby ist, etwa für Tage, wo man sonst nicht weiß, was tun; diese arbeiten dann länger aktiv mit. (Manche von diesen treten nach dieser Erfahrung dann in eine Partei ein.) Andere, deren Engagement nur verbal ist — das zeigt sich oft — bleiben in den meisten Fällen früher oder später von einer engagierten Gruppe weg.

Initiativen und Bewegungen greifen Probleme auf, die von den Parteien im Rahmen eines begrenzten Politikverständnisses gar nicht gesehen oder nicht als wichtig betrachtet werden.

Genauso wie das Desinteresse an einem politischen Engagement in Südtirol ärgert mich jene allgemeine Kulturlosigkeit, der man jeden Tag begegnet (und die die Menschen — in Südtirol besonders stark — mit einem übermäßigen Konsum an Prestigewaren zu kompensieren versuchen). — Die Unfähigkeit der Elitekultur und der „geförderten Volkskultur“, die Menschen anzuziehen, ist offensichtlich. (Eine Kultur kann man nicht so einfach aufhängen.) Eine neue Kultur, eine lebensnahe Kultur, eine neue

Sammlung von Dissertationen

Liebe Kollegin! Lieber Kollege!
Wir halten es für notwendig, daß die Dissertationen, Diplomarbeiten und Hausarbeiten, die Südtiroler Themen behandeln, an einer Stelle gesammelt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Die Teßmann-Bibliothek (Bozen, Walltherhaus) ist bestrebt, alle Hochschulschriften in deutscher und italienischer Sprache, die sich mit Südtirol bzw. der Region Trentino-Südtirol befassen, in ihren Bestand aufzunehmen.

Zur Zeit wird ein Unkostenbeitrag von 100 Lire pro Seite bezahlt, auch die Kosten für den Einband werden voll getragen.

Wer kein Exemplar mehr abgeben kann, möge der Bibliothek eines leihweise für einen Tag zur Verfügung stellen, es wird dann fotokopiert.

Außerdem werden alle Hochschulschriften, die die Teßmann-Bibliothek bekommt, in der Kulturzeitschrift „Der Schlerm“ einem größeren Leserkreis bekanntgemacht.

Wir bitten alle betroffenen Dissertanten, Diplomanden und Akademiker, diese Initiative zu fördern, da es sonst keine Stelle gibt, in der diese schwer zugängliche, für jeden Forschung aber außerordentlich wichtige Literaturgattung möglichst vollständig gesammelt wird.

Der Vorstand der SH

Lebenskultur ist in Südtirol erst in kleinen Ansätzen da. Hier ist eine der Aufgaben für die Initiativgruppen und Bewegungen; und viele Menschen sehen sie auch. — Die Parteien, die etwas verändern wollen, interessiert all das Politische, das heißt, all das, was sie als politisch bezeichnen. Den Rest des Lebens vernachlässigen sie. Das Monopol der Politik der traditionellen Linken ist schädlich. Kultur, Zusammenleben, Beziehungen zwischen den Individuen, die Formen der Lebensführung: gerade hier ist eine Veränderung wichtig. Hier, wo eine starke Unzufriedenheit in vielen Menschen sichtbar ist, deren (gesellschaftliche) Gründe zu sehen sie meist nicht in der Lage sind, liegt ein großes Potential zu einer Veränderung. Hier können wir gleich bei uns selbst und in unserem unmittelbaren Umkreis zu ändern ansetzen. (Vielleicht beschäftigen sich deshalb so wenige praktisch mit diesen Fragen?)

Politisch ist das auch. Menschen, die sich treffen, die offen miteinander reden und dabei ihre Meinungen im Gespräch mitteilen und verändern, sind nicht so leicht zu regieren. Mit Begegnungen bildet sich ein neues Bewußtsein. (Man darf dieses Rahmenthema des „skolast“ nicht zu eng sehen. Auch ein Gedicht, gute Musik, ein Kinderspielplatz, ein offenes Gespräch, in anderen Leuten irgend ein Interesse wecken, ist ein Engagement). Auf die Beifügung „politisch“ kommt es gar nicht so an. Genau wie nicht so sehr darauf, ob Du Dich in einer Partei oder außerhalb von ihr engagierst. Wer sich bewußt zu einem Engagement entschließt, der wird sich bei dieser Entscheidung, „Partei oder Nichtpartei“ ohnehin an seinen Erfahrungen, an seinen Wünschen und Zielen orientieren und zum Schluß vielleicht beides tun.

Auch ein politisches Engagement in den Parteien ist wichtig. Eine Ande-

rung ist auch in ihnen möglich, mit Druck. Kritische Leute, die den Parteien ihre Bedeutung nicht absprechen, mögen ihn ausüben.

Gerade in Südtirol, wo ein selbständiges, autonomes Engagement nicht entwickelt ist, braucht es einige Bezugspunkte (sie die Einzelfragen, die kleine Gruppen und Initiativen aufgreifen, koordinieren). Die linken Parteien Südtirols könnten dies sein, wenn sie ihre Alternative klar ausarbeiten und nicht parteiegotistisch handeln.

Weiterhin sollen sie und werden sie verstärkt, das sein müssen: innerhalb des Systems der Institutionen eine möglichst vielschichtige Opposition und ein Medium, das den Leuten die Institutionspolitik darstellt; eine Kraft, die in den Institutionen das erkämpfen und sichern muß, was in anderen Ländern an (wenn meist auch nur formaler) Demokratie, an sozialen Rechten, an Kontrolle durch oppositionelle Politiker und Medien schon oder noch da ist. Und eine Kraft, die eine neue andere Politik für jene Südtiroler anstrebt, die mit den Entscheidungen der SVP nicht einverstanden sein müssen und von ihnen benachteiligt sind — die Krise der traditionellen SVP-Politik ist abschbar, spätestens wenn es wirtschaftlich und sozial größere Probleme gibt —, und die diese Politik mit dem Denken und den Bedürfnissen vieler Südtiroler (die SVP wird mehr aus Gewohnheit gewählt als bewußt) in Verbindung bringt und daraus beständige Reformen erkämpft. Denn das Aufgreifen von Einzelfragen, wie dies die Initiativgruppen hier tun, genügt nicht für eine Änderung der Politik in diesem Lande.

Hauptsächlich deshalb nicht, weil ihre Ideen oft zu visionär und utopisch sind und oft nicht den Bezug zur gesellschaftlichen Realität, keinen Test in der Politischen Praxis und keine Prüfung der Erfolgsmöglichkeiten suchen.

nen (zur Zeit erscheint mir die Bundesrepublik diesbezüglich lehrreich zu sein; z. B. die „alternative liste berlin“ — sie ist eine Partei (die drittstärkste Berlins) und doch keine (zumindest keine im üblichen Sinn), auf die Gefahr hin, bekanntes zu wiederholen:

die „al“ ist aufgebaut in 1. bezirksgruppen (auf hierzulande übertragen: ortsruppen) und 2. bereichsgruppen (z. B. wohnungsfrage, umweltschutz-ökologie, arbeitsrecht, knast, frauen usw.), die delegierte in den delegiertenrat, der sich 14tägig trifft, entsenden; dieser trifft wichtige anfallende entscheidungen und koordiniert projekte. das wichtigste organ (für grundsatzentscheidungen, strategie) ist die vollversammlung aller mitglieder (z. z. 2300), die innerhalb von sechs monaten zusammen-trifft.

wichtig (lebenswichtig möchte ich sagen) für die „al“ ist das sogenannte konsensprinzip: kampfabschnürungen werden gemieden, die formale demokratie aufgehoben, so wird nicht nur möglichen absparungen vorgebeugt, sondern eine sachliche, realitätsbezogene argumentation gefördert (ziel ist es ja nicht mehr, eine abstimmung zu gewinnen, sondern einen möglichst breiten konsens zu erlangen). die „al“ ist sich der gefahr bewußt, daß auf diese weise probleme, bei denen ein konsens unwahrscheinlich ist, gar nicht erst aufgeworfen werden. eine permanente selbstkritik ist daher unerlässlich.

seit den letzten wahlen sitzen neun abgeordnete der „al“ im berliner senat (davon drei frauen, geplant war eine parität — 50:50, doch genügt der wille allein nicht, um der traditionellen diskriminierung der frau abzuhelfen), die abgeordneten sind bei allen wichtigen entscheidungen an das imperative mandatar gebunden, d. h. sie vertreten den willen der delegierten- bzw. vollversammlung.

außerdem besteht das rotations-system: nach zwei jahren werden sie ausgewechselt, um 1. die herausbildung von professionellen politikern zu verhindern und 2. einen austausch von basis und spitze zu gewährleisten. die delegierten können sich ferner nicht bereichern: es wird ihnen nur ein bestimmter gehalt gewährt, der rest geht an die „al“, all dies, um zu vermeiden, daß eine neue schicht von „alternativen“ karrierepolitikern herausgezüchtet wird, die „al“ betrachtet den parlamentarismus nur als eine möglichkeit der politischen artikulation, wesentlich ist die außerparlamentarische arbeit.

wieso ist die „al“ zur „partei“ geworden? 1. aus finanzlichen erwägungen (als im senat vertretene partei erhält sie öffentliche subventionen) und 2. um die, für eine im senat vertretene partei, weitaus günstigeren voraussetzungen zur öffentlichkeitsarbeit nützen zu können.

Norbert Dall'O

mit oder ohne parteibuch

die alteingesessenen parteien sind out — das mag unsreiner verstanden haben, was er aber nicht verstehen will, ist die vorgegebene alternative.

die frage bzw. die aufforderung ist... falsch — ja ich weiß, ziel ist es zu diskutieren, gefragt sind aber, will ich meinen, nicht diskussionen zum thema: parteibuch — ja oder nein (die antwort darauf läßt sich an den mitgliedschaften ablesen), sondern vorschläge, strategien, bezogen auf die sozopolitische lage in südtirol.

mein persönliches bestreben ist es, einen konstruktiven weg zu finden, um mein umhochagen, das ich mit vielen anderen teile, artikulieren zu können.

dieses unbehagen rührt her von der ohnmacht gegenüber dem, was tagtäglich an schein von dem herrschenden fabriziert wird, (beide begriffe sind verpönt und unwissenschaftlich, nichtsdestoweniger wahr) dazu kommt, ich kann es nicht verschweigen, die lust, angenehm zu leben, d. h. ich will politisches arbeiten mit einer lebensweise verbinden, die mich möglichst wenig verkrüppelt (soweit das in einem system der sozialen marktwirtschaft überhaupt möglich ist, versteht sich).

das kann ich nicht in einer partei, wie dann?

es gibt eine Vielzahl von modellen, die mögliche antworten darauf sein kön-

Dall'O Norbert, Jg 1957
Südtirol in Wien
3901f Lana, Fallschauerdamm 11

wie hat sich die „al“ früher finanziert? dank eines freccino von den „grünen“, von mitgliederbeiträgen und von spenden, nicht gelungen ist es der „al“ bisher, die arbeiterschaft anzusprechen, mit diesem problem sind alle „alternativen“ gruppen konfrontiert, doch dürfte sich dies durch eine offene und von konkurrenzbestrebungen lastige zusammenarbeit mit gewerkschaften und traditionellen arbeitsparteien erbringen, vorausgesetzt, man erinnert sich des gemeinsamen ziele!

wo ein wille, da ein weg: sagten die alten.

südtirol hat die voraussetzungen einen ähnlichen weg zu beschreiten („positivismo dell'intelligenza, ottimismo della volontà“), es gibt schon etliche nicht-konforme gruppen auf dem land, es gibt die erfahrungen der neuen linken, es gibt eine zeitung und es gibt leute, die tun wollen...

zurück zum ausgangspunkt: es geht darum, neue formen der politischen arbeit, der artikulation auszukundschaften, die nicht nur „politisch realistisch“ sind, wie viele fordern, sondern attraktiv und effizient, wohlwissend, daß es derzeit nicht darum geht, die form des staates aus den angeln zu heben, wie viele vorgeben zu glauben, sondern den, von diesem system gefoppten menschen die möglichkeit zu geben, bedürfnisse zu wecken und geltend zu machen.

unbedingt muß darauf geachtet werden, daß aus der frustration nicht korporative interessensgruppen entstehen, die, unkoordiniert und alleinstehend, zu keiner problemösung beitragen; daß es weiters zu keiner konkurrenz mit den traditionellen linken institutionen kommt, sondern vielmehr zu einer gegenseitigen ergänzung.

um dem anspruch effizienter politischen arbeit gerecht zu werden, ist mehr notwendig, als einem alternativen hobby zu frönen: man kann sich nicht über bestimmte notwendigkeiten hinwegsetzen, auf der einen seite die „parteilengste“ zu sehen, auf der anderen die „alternativen“, ist blind, wo bleibt (auch hier) die dialektik, das gegenseitige lernen?

auch von a. gramsci könnten wir diesbezüglich einiges lernen, von seiner kritik an der partei und den gewerkschaften, von seiner alternative (hier: ergänzung) zu ihnen: die consigli di fabbrica, ohne darauf näher einzugehen: das wesentliche daran erscheint mir die einsicht gramsci's in die notwendigkeit einer neuen, den umständen angemessenen organisationsform, wobei die parteien keineswegs überflüssig geworden sind, das war im jahre 1919; inzwischen hat sich doch wiederum einiges geändert, oder? was ich sagen will: gefragt ist der mut, neue ebener der politischen arbeit zu beschreiten, auch wenn bei vielen die frustration wegen vielen gescheiterten projekten groß ist, ein rückzug in die bisher überlebten parteien hat den frust in den wenigsten fällen gelindert.

was, zumindest für mich, eng mit

diesem thema zusammenhängt, ist die frage nach der lebensweise, d. h. politische arbeit heute ich auf lange sicht nicht aus, wenn sie parallel gehen muß mit einer total beschissenen hauptarbeit und dem leben in einer mietskasernen, in südtirol sind wir diesbezüglich von einer alternativen bewältigung noch weit entfernt, es ist also an der zeit, wohnungsgemeinschaften zu gründen (jetzt werden die svp-ler den schmäß mit der zerstörung der familie bringen und der promiskuität, d. h. jeder paart mit jeder und umgekehrt), genossenschaftlichen, alternativschulischen, selbsthilfegruppen usw. (zu diesem thema sei auf

ein buch, ein jedenfalls lezenswertes, hingewiesen: josef huber, „wer soll das alles ändern“, rothbuch verlag berlin.

ich habe nur versucht, möglichkeiten aufzuzeigen, diskussionen anzuregen, darauf ankommen tut es auf die praxis, jedes einzelnen

Bevor wir die bekämpfen, die dafür sorgen, daß wir immer müder werden, ohne gekämpft zu haben, müssen wir erst die überwinden, die sich mit dieser müdigkeit arrangieren und es sich in ihr bequem zu machen versuchen: Uns selbst.

Helmut Seeshaler

Emil Stocker

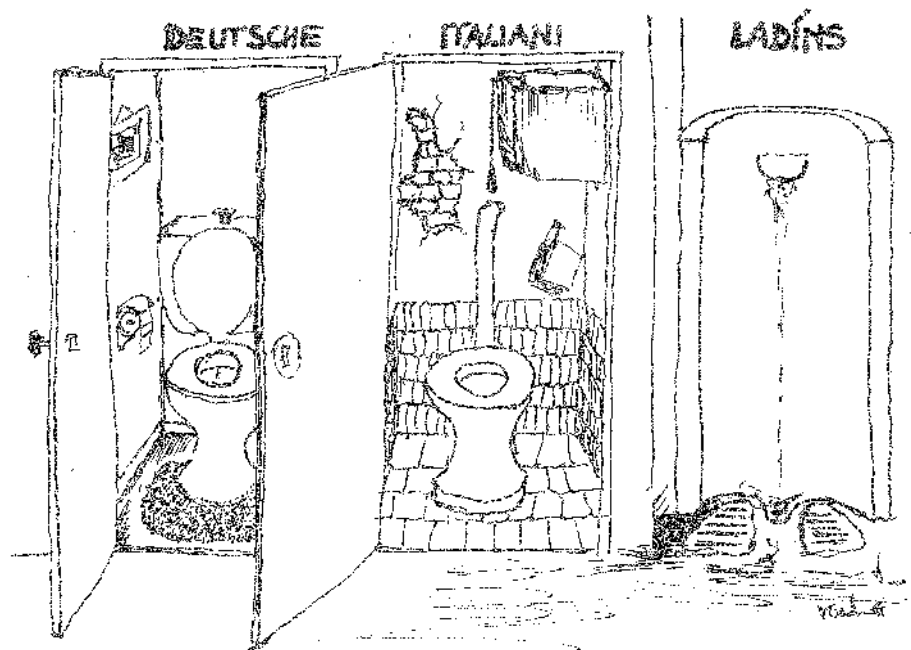
Osservazioni in margine al censimento etnico '81 in Alto Adige

Affermare che oggi l'Alto Adige si trovi praticamente nella stessa situazione del 1971 o anche solo del 1976, quando fu istituito il censimento etnico individuale, è ignorare cinque anni almeno di storia autoatesina. Quello che allora fu e poteva sembrare un provvedimento utile per il miglior funzionamento dell'autonomia, è decisamente diventato un possibile strumento per cambiarne radicalmente lo scopo istitutivo. Esiste una poco appariscente ma indefessa attività austro-sudtirolese tendente a sovvertire in via interpretativa lettera e spirito degli statuti e degli accordi conclusi.

Per comprendere il tanto conclamato Accordo di Parigi ed il conseguente Statuto è necessario rifarsi agli scopi istitutivi delle Nazioni Unite (NU) ed alla Dichiarazione universale dei diritti dell'uomo, il cui preambolo così

inizia: "Considerando che il riconoscimento della dignità inerente a tutti i membri della famiglia e dei loro diritti uguali e inalienabili costituisce il fondamento della libertà, della giustizia e della pace nel mondo...", da cui, nel fondamentale articolo 2 della Costituzione: "La Repubblica riconosce e garantisce i diritti inviolabili dell'uomo..." La Repubblica rimuove quindi gli ostacoli all'uguaglianza, riconosce e promuove il diritto al lavoro e le autonomie locali (articoli 3, 4, 5), tutela inoltre con apposite norme le minoranze linguistiche (articolo 6). Tutto questo è stato praticamente dichiarato conforme alla dottrina cattolica nel discorso del Papa regnante alle NU.

Baso primordiale dell'Accordo di Parigi è dunque l'uguaglianza dei diritti di tutti gli abitanti. Ad esso fa eco, dopo il richiamo dei principi della



Costituzione (articolo 1), l'articolo 2 dello Statuto speciale: "Nella Regione è riconosciuta parità di diritti ai cittadini, qualunque sia il gruppo linguistico al quale appartengono, e sono salvaguardate le rispettive caratteristiche etniche e culturali."

Per dare una razionalità coerente all'azione della Südtiroler Volkspartei (SVP), non si può fare a meno di avere costantemente presente il programma della Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP). Ciò all'uopo Alfred Rosenberg: "La vecchia concezione della cittadinanza non conosceva affatto la concezione della razza. Per essa era tedesco chi aveva un passaporto tedesco, ecco tutto il quale esibiva una carta d'identità ecc., anche se forse non gli scorreva nelle vene neanche una goccia di sangue ecc. Nulla si opponeva quindi in via di principio all'accoglimento degli ebrei o di un'altra razza estranea all'essenza europea. Valava solo l'uomo..."

Si tratta di una concezione radicalmente antitetica, della quale bisogna prendere atto: qui il tedesco, il ladino, il tirolino, ecc., titolari di diritti in quanto tali, l'uomo, titolare di inalienabili diritti, fra cui quello di essere tedesco, ladino, italiano, ecc. Così si spiega perfettamente l'insistenza perché ognuno faccia solennemente la propria dichiarazione di fede etnica, integrativa del sangue in particolare quando questo fosse misto, a cui corrisponde il dovere di comportarsi da nazionale perfetto, cioè in maniera manifestamente diversa da quella dell'appartenente ad un altro gruppo linguistico, a sua volta obbligato rispetto alla propria nazionalità. Ne consegue l'orrore per i "mistilingui", che sono invece perfettamente compatibili con l'ordinamento delineato precedentemente. Ne deriva altresì l'insistenza sulla tutela della minoranza, come se essa potesse legittimare l'accantonamento di qualsiasi disposizione costituzionale, mentre nell'Accordo di Parigi, con la sua visone di abitanti variamente diversi, ma tutti uguali in ognuno dei loro legittimi diritti, il termine non compare neppure, perché superato.

Tutto questo in un contesto storico nel quale la più autentica tradizione tirolese è piuttosto consona alla centralità dei diritti dell'uomo, pur potendo vantare l'apposta concezione e innocente antecedenti che precedono di parecchio la prima guerra mondiale. Non bisogna dimenticare, inoltre, che le vittime tedesco-tirolesi del nazismo erano più numerose di quelle del fascismo. Basti ricordare Josef Mayr-Nusser. Infine, lo stacco sempre ancora esistente fra molti appartenenti ai diversi gruppi linguistici è decisamente troppo grande per non alimentare pericolosi pregiudizi e malintesi. Mentre le manovre in corso dal 1976 per evitare la quietanza liberatoria dell'Austria e per riportare in vertenza altoatesina davanti alle NG hanno volutamente peggiorato il clima

della convivenza e mentre una certa parte della classe dirigente sudtirolese ritiene che l'isolamento, soprattutto culturale, dei sudtirolesi stessi sia l'espedito più indicato per evitare minacce alla propria supremazia di tipo sempre più marcatamente capitalistico.

Ritornando sul piano dei concetti, che sono poi determinanti per l'agire concreto, è indispensabile rilevare che nell'etnocentrismo non c'è spazio per l'uguaglianza, perché non è ammissibile trattare in maniera uguale ciò che è diverso. Così scrive Rosenberg: "Il nazional-socialismo vede anche nel modo in cui lo Stato è costituito e diretto l'espressione di un determinato carattere nazionale. Se vi si lascia partecipare una razza dal tutto diversa — e quindi altri istinti —, ne risulta alterata la purezza dell'espressione organica e adrota il modo di esistere popolare... Il concetto di giustizia, fra appartenenti a nazioni diverse, può quindi scemai essere solo formale, come in una rigida applicazione della proporzionalità. Più adeguato appare invece il regime della maggioranza, in cui per ragioni di utilità ed anche di affettività si ammette una certa equiparazione provvisoria per determinati individui. Ne consegue che mantenere la pace è sempre un onore per le razze diverse, ma non può mai essere un obbligo formale per la razza dominante, perché altrimenti si concederebbe che esista una giustizia al di sopra della razza e si ritornerebbe al vecchio concetto di uomo perché uomo. Nella lotta per la supremazia che ne nasce, nessun colpo è escluso, né l'invocazione dei diritti dell'uomo, né la totale eliminazione della razza avversa."

In questa luce bisogna vedere la tendenza ad introdurre sistemi di giustizia separati in Alto Adige. Dato che la Provincia vi è inoltre il massimo organo amministrativo, i cui provvedimenti rimarranno quindi in vigore in caso di blocco della rispettiva sezione del tribunale regionale di giustizia amministrativa, chiedere l'irrinunciabilità delle decisioni di quest'ultimo riguardo provvedimenti lesivi del principio di parità dei cittadini in quanto appartenenti ad un gruppo linguistico significa in pratica già l'introduzione dell'appena descritto principio della maggioranza (cfr. articoli 91 e 92 Statuto). Occorre soprattutto esaminare il divario della dichiarazione di appartenenza ad uno dei tre gruppi linguistici richiesta col censimento ufficiale della popolazione.

È necessario premettere che lo Statuto speciale per il Trentino-Alto Adige è legge costituzionale ed è modificabile solo con una complessa procedura parlamentare richiedente determinate maggioranze, salvo specifiche eccezioni, mentre le norme di attuazione hanno, come decreti legislativi, rango di legge ordinaria e possono anche essere modificate da successive norme di attuazione, almeno nella prassi corrente. Inoltre queste norme

sono regolarmente impugnabili davanti alla Corte costituzionale.

Fuoto di partenza per introdurre la dichiarazione individuale di appartenenza etnica è il comma terzo dell'articolo 89 dello Statuto introdotto col cosiddetto pacchetto: "I posti dei ruoli, di cui al primo comma, considerati per amministrazione e per carriera, sono riservati a cittadini appartenenti a ciascuno dei tre gruppi linguistici, in rapporto alla consistenza dei gruppi stessi, quale risulta dalle dichiarazioni di appartenenza rese nel censimento ufficiale della popolazione..."

Al lettore dello Statuto nel suo complesso salta nell'occhio che qui si parla per l'unica volta in maniera determinata dei tre gruppi linguistici. Dal punto di vista letterale, la formulazione non può che riferirsi al comma dodicesimo dell'articolo 19, l'unica disposizione precedente che contiene una enumerazione, non esauriente però: "I gruppi linguistici italiano, tedesco e ladino sono rappresentati nei consigli provinciali scolastico e di disciplina per i maestri...". Se escluse quindi che la formulazione possa contenere una interpretazione autentica restrittiva del già citato articolo 2 dello Statuto, interpretazione che, data la posizione chiave dell'articolo stesso, il quale a sua volta si riferisce implicitamente all'Accordo di Parigi ("Alle popolazioni delle zone sopraddette sarà concesso l'esercizio di un potere legislativo ed esecutivo regionale autonomo...), agli articoli 3 e 6 della Costituzione, che non sarebbero più interamente applicabili in Alto Adige, nonché al congiunto dello Statuto stesso, non potrebbe avvenire così alla chetichella. Non si esclude affatto che ciò sia stato nelle intenzioni della SVP, intenzioni che ora essa manifestamente si sforza di far risultare anche nella controparte.

D'altra parte dal testo del comma terzo dell'articolo 89 risulta affatto che le dichiarazioni di appartenenza etnica debbano essere dei documenti solenni individualizzati, in quanto esse si intendono rese nel e non in occasione del censimento, dunque secondo le regole abituali dei censimenti ufficiali della popolazione, ossia segretezza a uso aggregato dei dati (cfr. articolo 19 RDL 1285/1929). Ciò risulta confermato dallo scopo indicato, cioè la ripartizione dei posti di ruolo in rapporto alla consistenza dei gruppi. Anche il buon senso suggerisce che dichiarazioni veridiche si possono ottenere solo se le promesse appena riportate sono rispettate, se cioè non vi sono conseguenze personali dirette connesse con la dichiarazione. Lo stesso buon senso e la prassi finora operante consigliano dichiarazioni specifiche per entrare nel godimento della riserva, dichiarazioni la cui veridicità può, se del caso, essere verificata in via amministrativa o dall'autorità giudiziaria, secondo le normali regole.

L'interpretazione eversiva della norma citata avviene mediante il

comma primo dell'articolo 18 del Decreto del Presidente della Repubblica (DPR) 752/1976, ultima versione: "La dichiarazione di appartenenza ad uno dei tre gruppi linguistici viene resa e sottoscritta nel censimento generale della popolazione da ogni cittadino maggiorenne residente in provincia di Bolzano o dal legale rappresentante. Aggiunge il comma secondo: "Copia della dichiarazione rimane al dichiarante mentre l'originale viene conservato nel comune di residenza che, salva a tutti gli effetti la segretezza dei dati del censimento, a richiesta dell'interessato, certifica l'appartenenza ad un gruppo linguistico in base al documento conservato presso il comune stesso..." ed il comma quinto: "La dichiarazione di appartenenza ad uno dei tre gruppi linguistici ha validità fino a quando non sarà sostituita dalla dichiarazione resa nel successivo censimento..."

Si vede subito che lo scopo primario del provvedimento non è più l'accertamento dei gruppi linguistici, bensì una fattispecie che non può non ricordare l'articolo 6 (Disposizione di marchi o segni distintivi) della legge 962/1967, prevenzione e repressione del delitto di genocidio.

Anche qui sembra utile rievocare che il decreto del 1976 non prevedeva ancora un uso legittimante della dichiarazione sotto considerazione, tale principio fu introdotto alcuni mesi più tardi con il DPR 194/1977, che in questo senso modifica il DPR 752/1976 nello specifico caso degli esami di bilinguismo. L'uso legittimante avviene implicitamente anche esclusivo. Non risulta quindi del tutto chiaro come, dopo il DPR 216/1981, i non residenti in provincia di cui all'articolo 18 del DPR 752/1976, ovviamente introdotti per non creare differenze di trattamento fra cittadini, possano partecipare ai concorsi banditi.

Tutto questo sviluppo è confermato dalla campagna per il censimento svolta dalla SVP. Quella che doveva essere una dichiarazione diviene un "Bekennnis", (professione di fede). Al Presidente di questo partito e della Giunta provinciale sembra logico che la dichiarazione stessa sia presupposto per l'attribuzione non solo degli impieghi statali, ma anche per quella dei vani dell'edilizia sociale, per la composizione di commissioni, per la distribuzione di sussidi culturali e sociali ed infine, in maniera confusa, anche per la scuola. Comincia a diventare difficile immaginare un comparto della vita pubblica dove questa dichiarazione non debba essere condizione necessaria e sufficiente.

Ma c'è di più. Non contento delle conseguenze a suo dire implicite, il Presidente della Giunta provinciale vuole perfino farsi legittimare dall'ordinamento della Repubblica il riconoscimento di una serie di diritti fondamentali dell'uomo, rigettando sul non dichiarante la responsabilità del fatto. In pratica egli minaccia espressamente la perdita dei diritti civili

laddove l'ordinamento vigente prevede al massimo un'armonia, del resto di assai dubbia applicazione. Laddove la Costituzione (articolo 3), lungi da far dipendere l'uguaglianza dei diritti da un obbligo del cittadino, ne fa un obbligo degli organi della Repubblica. Dunque anche dello stesso Presidente di Giunta provinciale. Del resto l'obbligo risulta esteso anche alla Repubblica austriaca, giusto il primo capoverso dell'Accordo di Parigi, capoverso che è anche elemento portante delle risoluzioni delle NU sull'Alto Adige, nelle quali è stato introdotto contro le originali intenzioni dell'Austria stessa: "Considerando che il detto Accordo istituisce un sistema che ha per scopo di garantire agli abitanti di lingua tedesca della detta provincia completa uguaglianza di diritti con gli abitanti di lingua italiana, nel riquadro di speciali provvedimenti per salvaguardare il carattere etnico e lo sviluppo culturale ed economico dell'elemento di lingua tedesca"...

Il pieno godimento dei diritti politici e di eguale accesso al pubblico impiego fra cittadini, il diritto alla casa, alla cultura, all'assistenza sociale, alla libera scelta della scuola da parte dei genitori del resto statuito non solo dalla Dichiarazione universale dei diritti dell'uomo, ma anche dai patti sui diritti economici, sociali, culturali, civili e politici delle NU e questi diritti sono espressamente nominati dalla convenzione internazionale sull'eliminazione di ogni forma di discriminazione razziale ("ogni distinzione, esclusione, restrizione o preferenza fondata sulla razza, la colore, la discendenza o l'origine nazionale o etnica che ha lo scopo o l'effetto di annullare o di menomare il riconoscimento, il godimento e l'esercizio, su di una base di eguaglianza, dei diritti dell'uomo e delle libertà fondamentali nel campo politico, economico, sociale, culturale o in ogni altro campo della vita pubblica). Infatti, "l'esistenza di barriere razziali è incompatibile con gli ideali di ogni società umana... Inoltre misure speciali prese per assicurare un adeguato sviluppo a determinati gruppi etnici affinché possano godere dei diritti dell'uomo e delle libertà fondamentali su una base di parità non devono "condurre al mantenimento di diritti separati per diversi gruppi razziali e non devono essere continuati dopo che gli obiettivi, per i quali furono adottate, sono stati raggiunti..."

Ricapitolando, si parte dallo Statuto del 1948, sostanzialmente aperto a tutti i gruppi linguistici. Con il pacchetto si introduce una vaga premessa per restringerne il numero. Con norma di attuazione del 1976 si istituisce, violando gravemente la dignità umana e il contenuto degli articoli 18 e 20 della Dichiarazione universale dei diritti dell'uomo, una opzione obbligatoria per tutti i cittadini dell'Alto Adige fra i tre gruppi riconosciuti, cioè quello tedesco, italiano e ladino. Nel 1977 essa diventa indispensabile per ottenere un impiego pubblico. Dal 1981 bisogna

essere residenti per poterla fare. Secondo il Presidente provinciale la dichiarazione in oggetto sarebbe inoltre premessa necessaria per accedere all'edilizia pubblica, ai sussidi culturali e sociali e forse anche alla scuola. Il non dichiarante, scrive l'organo del suo partito, "non si dichiara come cittadino dell'Alto Adige, si dichiara come non sudtirolese...". Si tende quindi ad istituire una triplice cittadinanza altoatesina, e non si può certo dire che questa tendenza è priva di fondamento legale. Il documento più odiato dell'apartheid sudafricana, il passaporto etnico, è ormai una realtà istituzionale in Alto Adige, grazie ai buoni uffici della Repubblica italiana, che si proclama costituzionale e antifascista.

Ma tutto questo è indispensabile per tutelare i cittadini dell'Alto Adige, specialmente quelli di lingua tedesca e ladina, replica il Presidente della Giunta e del partito. A parte il fatto che fra le minoranze linguistiche locali, che è interesse nazionale tutelare secondo l'articolo 4 dello Statuto, rientra benissimo anche quella di lingua italiana in Alto Adige, si può esaminare come si presenta questa tutela per l'ultimo gruppo riconosciuto, cioè i ladini.

Nello Statuto del 1948 era impossibile diventare, essendo ladino, Presidente o Vice-presidente del Consiglio regionale o provinciale. Nello Statuto del 1972, preso alla lettera, questa esclusione è estesa alla Vice-presidenza delle rispettive Giunte, alla commissione di bilancio regionale e provinciale, alla magistratura giudicante e requirente e alla sezione autonoma per la provincia di Bolzano del tribunale regionale di giustizia amministrativa. Ma queste disposizioni erano raggrahibili, perché il ladino poteva dichiararsi, solo a questo effetto, italiano o tedesco. Con la dichiarazione linguistica obbligatoria valevole fino al prossimo censimento l'esclusione minaccia di diventare definitiva, razziale. Con l'ultima stesura del DPR 752/1976 l'esclusione si estende alle commissioni per l'accertamento della conoscenza delle lingue italiana e tedesca, alle commissioni esaminatrici nei concorsi a posti dei ruoli locali, ai rappresentanti per il personale nell'unico consiglio locale di amministrazione e nelle commissioni equipollenti dell'INPS e dell'INAIL, all'unica commissione paritetica per il personale dei ruoli locali (per la disciplina) e alla commissione di esame per la copertura dei posti di uditor giudiziario nella provincia di Bolzano. L'esclusione deriva dal fatto che le persone costituite devono appartenere ai gruppi linguistici tedesco e italiano.

Da questo esame parziale risulta chiaramente la tendenza a considerare l'uomo ladino come incapace di funzioni direttive e di responsabilità. Questo con buona pace di chi crede dover affidare la propria tutela ad altri più grandi di lui. Emerge inoltre l'incapacità di coloro che sono re-

sponsabili per i provvedimenti suddetti di ragionare in termini di parità dei diritti dei cittadini, ossia dell'ammid-prossimo-come-te-stesso cristiano, piuttosto che nell'intento dell'accaparramento del maggior numero possibile di diritti per la propria parte. Inoltre, se la mentalità fosse quella della tutela, nessuno avrebbe mai pensato di minacciare illegalmente i non-dichiaranti della perdita dei diritti civili.

Un gruppo linguistico non si può tutelare, che significa proteggere, né salvaguardare, che significa proteggere con mezzi adeguati, mediante la segregazione. L'emarginazione causa indifferenza umana, l'indifferenza disprezzo. Colui che disprezza è certamente più corretto del disprezzato. Così si pongono limiti allo svolgimento della propria personalità, con grave danno alla convivenza anche nel proprio gruppo. Un gruppo linguistico è tutelato quando ogni persona che ne fa liberamente parte gode completa parità di diritti con qualsiasi altro concittadino. In ogni causa concreta ogni diritto va esaminato per ciò che vale. Una proporzionale non temperata da giustizia non può che essere fonte di continui litigi.

Un regime di separazione non viene introdotto per garantire l'uguaglianza, né per rispettare le diversità. A parte il fatto che esso si può ricorrere, a premesse cambiate, contro i suoi stessi paladini, le frasi citate di Alfred Rosenberg conducono, nel programma della NSDAP, con logica incontestabile alle seguenti conclusioni: "4. Può essere cittadino solo chi è compagno di popolo. Compagno di popolo può essere solo chi è di sangue tedesco, senza riguardo alla confessione... 5. Chi non è cittadino non deve poter vivere in Germania che come ospite e deve sottostare alla legislazione per stranieri. 6. Il diritto a decidere sulla condotta e sulle leggi dello Stato deve appartenere al solo cittadino... 7. Noi pretendiamo che lo Stato si impegni ad aver cura in primo luogo delle possibilità di reddito e di vita dei cittadini. Se non è possibile assicurare il sostentamento della popolazione totale dello Stato, si hanno da espellere dall'Impero gli appartenenti a nazioni straniere (non-cittadini). Fra sudtirolesi si hatte spesso il concetto di popolo dello Stato, dimenticando forse che esso ha come dirimpettato quello di allogeno."

Chi scrive non intende contestare a nessuno, vecchio o giovane che sia, il diritto di essere nazista. Egli ammette anche l'esistenza di un partito nazista o neo-nazista. Crede però che chi si serve di mezzi illegali per promuovere i propri esecrabili ideali debba essere punito con tutto quel rigore che le NU richiedono in diverse risoluzioni. E questo tanto più se si tratta degli istigatori di esecutori che, per la natura dei fatti commessi, rischiano grosso se presi, anche se talvolta risultasse difficile distinguere il nazista da una demagogica e spietata difesa del potere e dell'avevo di certi

appartenenti alla classe dirigente.

Del resto, mentre il gruppo maggioritario, troppo sicuro di sé, ignora o finge di ignorare la direzione del viaggio, il popolo dei gruppi minoritari intuisce, ben più di certi politici ed intellettuali affascinati dai concetti SVP, il pericolo che lo minaccia anche se non è in grado di razionalizzarlo. Chi minaccia o addirittura attribuisce il malessere a Nuova Sinistra o a certi giornali, colpevoli semmai di non essere insensibili o tirapiedi del nazismo, è o un incoercito, o in malafede.

Per quanto riguarda i rimedi, bisogna innanzitutto leggere lo Statuto in riferimento ai principi fondamentali della Costituzione, anche se ciò è talvolta difficile. Di questi principi fanno parte, in virtù dell'articolo 10, anche quelli contenuti nei documenti citati delle NU. Le norme di attuazione stravolgenti possono essere corre-

Faul Marsoner

Politisches Engagement ohne Parteibuch

An Stelle einer trockenen Partei-Stellungnahme setzt sich ein SPS-Mitglied in Form eines längeren Artikels mit dem Thema „Politisches Engagement ohne Parteibuch?“ auseinander.

Was kann da wohl herauskommen, wenn jemand, der seit wenigen Tagen im Besitz eines Partei-„Buchs“ ist, über dieses Thema schreiben soll? Eigentlich nur, daß politisches Engagement ohne Parteibuch sinnlos ist und daher alle sich möglichst schnell bei einer Partei einschreiben sollen.

Nun, so einfach ist die soziale und politische Realität zum gegenwärtigen Zeitpunkt und gerade in unserem Lande ganz sicher nicht. Es gibt heute eine Reihe von Faktoren, die politisches Engagement sich eher in anderen Organisationen (oder überhaupt nicht) kanalisieren lassen. Ich möchte nur einige nennen, die sich aufdrängen.

Die Parteiduldigkeit, die überall in den westlichen Industrieländern bemerkbar wird, hat sicher mit dem Auslaufen einer geschichtlichen Periode zu tun, deren Sinn vor allem in der Schaffung der technischen und sozialen Grundlagen eines menschlicheren und freieren Lebens lag. Der technische Fortschritt erscheint heute weitgehend gesichert, und weiteres Wachstum wird von großen Teilen der Bevölkerung abgelehnt, weil es andere Lebensziele in Frage stellt, die wichtiger erscheinen (Umwelt, Freizeit, humane Arbeitsbedingungen, sichere Arbeitsplätze).

Diese neuen Forderungen führen nun in den traditionellen Linksparteien zu harten Gegensätzen zwischen Vertretern der alten Linie (die nur die Krise ihres Konzepts und der Gesellschaft verwalten können, was aber reaktionären Experimenten noch immer vorzuziehen ist) und Vertretern der neuen

te da norma retrificative o da nuove leggi. Occorre anche riflettere sulla coesistenza piuttosto che sull'utilità delle cosiddette commissioni dei sei e dei dodici, senza tuttavia ignorare le pressioni esterne (tentativi) ed estere ed i vecchi progetti di spartizione dell'Alto Adige. La dichiarazione di appartenenza etnica, così come è adesso, assolutamente non va. Solo questo aspetto il consenso sarebbe tutto da rifare.

Nel tirolesi di lingua tedesca dovremmo, in un regime di piena uguaglianza di diritti e nel rispetto delle fondamentali norme etiche, essere grati a compatrioti e concittadini vecchi e nuovi di lingua diversa, e qui penso, malgrado tutto, anche al Signor Presidente della Giunta provinciale, dell'opportunità di sempre nuovo arricchimento che essi ci offrono in quanto persone e come appartenenti ad un gruppo diverso.

Linie (die mehr oder minder zusammenhängende Einzelforderungen stellen, aber noch kein machbares und mehrheitsfähiges Konzept bieten können).

Die Arbeit in den Parteien wird also schwieriger; zugleich verlagert sich das politische Leben in Bewegungen außerhalb der traditionellen Parteien oder auch einfach in neue, alternative Formen des Privatlebens.

Dabei ist das Privatleben durchaus mehr als bloßer Rückzug ins Private. Neue Gesellschafts- und Lebensformen brauchen ihre Verankerung im Leben des einzelnen Menschen und müssen hier erprobt werden — und nur durch das persönliche Beispiel können sie zum Gemeingut einer neuen politischen Kultur werden.

Die politischen Bewegungen entstehen nun aus den Bedürfnissen dieser „privatisierenden“ Einzelpersonen und kleinen Gruppen und richten sich nicht zufällig auf elementare Bedürfnisse: die eigene Wohnung als Voraussetzung für individuelle Gestaltung des Lebens, Frieden und Erhaltung der Umwelt, um eine lohnende Perspektive für das eigene Leben zu sichern.

Im speziellen Fall Südtirols kommt noch anderes dazu:

— die Präsenz einer übermächtigen konservativen Regierungspartei, die der Opposition kaum politischen Spielraum läßt;

— die ausgesprochen konservative politische Kultur im deutschsprachigen Südtirol;

— der Konflikt zwischen nationalen und lokalen Parteien, der zu einer außergewöhnlichen Zersplitterung und Schwäche der einzelnen Linksparteien führte;

— und schließlich die alternative Gewerkschaftsarbeit, die eine bessere Infrastruktur bietet und leichteren Zugang zur Basis für politisch engagierte Leute ermöglicht.

Dagegen kann man nur sagen, was ohnehin jeder weiß: Mit mehr oder minder begrenzten Bewegungen allein kann man auf längere Sicht nicht Politik machen, ja man riskiert sogar Entwicklungen, die keinem Linken oder Demokraten lieb sein können: Demokraticismidigkeit und „aqualungisrao“ in Italien, Nationalismus (deutscher und italienischer Färbung) in Südtirol.

Für mich persönlich waren da die Ereignisse der letzten Monate in Südtirol ein erschreckendes Beispiel. Momentane Strömungen — wie das verständliche Interesse der Italienischsprachigen Südtiroler an einer Wahrung ihrer existentiellen Bedürfnisse — über auf solche Bewegungen einen Sog aus, dem sie ohne Überlegung erliegen. Und so ist eine ganze Generation von Akademikern in den Sog einer Strömung geraten, die objektiv dem italienischen Nationalismus dient und damit ganz sicher das Gegenteil von dem erreicht, was sie ursprünglich wollten: friedliches Zusammenleben und sozialen Fortschritt.

Nicht organisierte Bewegungen sind viel weniger als organisierte Parteien in der Lage, die Widersprüche anzuhalten, die in der Realität vorhanden sind und von denen die Politik ausgehen muß, wie in diesem Fall den Konflikt zwischen Heimatrecht für die italienische und Wiedergutmachung für die deutsche Sprachgruppe.

Wir brauchen die politischen Bewegungen, die den Befürmissen der Bevölkerung Ausdruck verleihen, und wir brauchen sie mehr denn je heute, da die alten politischen Programme in Krise geraten sind und die neuen noch nicht existieren. Aber wir leben nicht im Schlaraffenland, wo man alles und das Gegenteil von allem haben kann, sondern in einem kleinen Land auf einem gefährdeten Planeten, und da ist ein rationaler Diskurs über Bedürfnisse und Wege zu ihrer Befriedigung nicht ohne Konflikte und ihre institutionelle, geregelte Austragung möglich.

Natürlich hat diese Rationalität ihren Preis, in Form von Bürokratisierung, Ungerechtigkeiten und Unzulänglichkeiten aller Art, und Parteien sind gewiß nicht immer der Hort der Rationalität. Aber es gibt dazu keine andere Alternative als Chaos und Reaktion oder Faschismus.

Natürlich gibt es die Partei von morgen noch nicht; aber politisches Engagement besteht ja gerade darin, die Wirklichkeit von morgen zu schaffen. Dafür ist Arbeit in den Parteien notwendig (die insofern zunehmend Dienstleistungsfunktionen erhalten). Aber in einer offenen Gesellschaft können die Parteien diese Wirklichkeit (zum Glück) nicht allein schaffen, sondern sind selbst nur Bestandteil der Bewegung und auf die anderen sozialen Kräfte und ein offenes Verhältnis zu ihnen angewiesen.

Jakob De Chirico

Stellungnahme für die Gewerkschaft Kunst im AGE/CGIL

Partei- und sonst überhaupt abhängige Künstler

Partei- und sonst überhaupt abhängige Künstler sind das genaue Gegenteil von Menschen mit klaren und deshalb auch dialektisch gegliederten Ideologischen Absichtserklärungen; im Leben und im Künstlerberuf wird für letztere die Parteizugehörigkeit ein weiteres Werkzeug zur Mitgestaltung der Zukunft; ob organisiert oder nicht, sie bleiben weiterhin selbständige, durchsichtige Persönlichkeiten. Dasselbe gilt für unsere Künstlervereinigungen; wir sind im Allgemeinen Gewerkschaftsbund CGIL eingegliedert und laufen nicht die geringste Gefahr, von den anderen Arbeiterkategorien verschluckt zu werden, weil wir dauernd auf unsere Originalität bestehen. Wir gehen nicht in Deckung, sondern vertreten ein eindeutiges, ideologisch leicht definierbares Konzept. Dieses Konzept vertreten wir mit unveränderter Standhaftigkeit der mit uns verbündeten Arbeiterklasse und ihren Parteien, wie unseren Gegnern gegenüber. Wir suchen mit allen eine partnerschaftliche Auseinandersetzung, ohne Bewachteiligung-Bevorzugung irgend einer Partei oder Gruppierung; einzige Ausnahme, die Faschisten.

Unsere Gewerkschaft ist zweifellos ohne unabhängig. Sie kann aber keine absolute, in sich selbständige, verschlossene Einheit, quasi der Weltumbel, sein. Wir brauchen den Meinungsaustausch mit allen unseren Verhandlungspartnern, weil unsere Gesellschaft eben und richtigerweise eine pluralistische ist, die sich in mehrere Parteien und Gruppierungen gliedert. Autonomie von den Parteien bedeutet für uns deshalb die Anerkennung der jeweiligen Rollen und Aufgaben. Keine Gruppe kann für sich allein den Anspruch erheben, die gesamte Gesellschaft zu vertreten: die Arbeiter nicht, aber auch nicht die SVP.

Unsere Parteienabhängigkeit ist teilweise jedoch auch eine Zwangsjacke; ob Mehrheit oder Minderheit, Politiker sind an zeitgenössischen Kunstschaffen kaum interessiert; vielmehr, sie fürchten sich vor den schöpferischen Kräften, weil diese von Natur aus bahnbrechend und unberechenbar sind. Erst nach dem Tod des Künstlers läßt sich Kreativität von Politbürokraten (nicht alle Politiker sind Bürokraten) räumlich (Museen) und sprachlich (Katalog) einengen: aus diesem Grund wird immer nur die vergangene, niemals die gegenwärtige Kunst gefeiert, während konforme Nichtkünstler und Nichtkünstlerbünde des Heute gefördert werden.

LESERBRIEF

zu franz plörers beiträg:

nur ein vorwort:

„anarchie-aussteigen“

frage: warum ärgert sich f. p. eine halbe seite lang über jene, die „querkopftikertiererei“ betreiben, solch blödes zeug wie das thema „aussteigen“ zur diskussion stellen/kritisiert/spuckt dabei chaotisch nach allen seiten zwischen „kaser & s“ und rhetorisch hübschen wendungen und wörtlein — obwohl er dann im 2. teil seines beitrages allerhand (auch sehr interessantes!) zum thema zu sagen hat!

obiger: erster spontaner eindruck über den beiträg. hinzu füge ich die 2. frage/bemerkung an den autor:

macht sich f. p. einen spass daraus so „abstrahierend“ wie möglich zu schreiben/wertet er eine derartige schreibweise als unleugbares zeugnis von hoher intelligenz die es zu demonstrieren gilt?? (mehrere leute, darunter die wenigkeit der unterzeichnerin haben erst nach 3maligem (so ca.) überlesen kapirt wo es eigentlich lang geht (und selbst dann blieb der weg noch kurvenreich für den „einfachen“ wanderer).

zum schlusswort von f. p. noch ein wort um abzuschliessen (wen? sich: die böse dradell) einverstanden mit „aussteigen ist leben mit neuen widersprüchen“ und ich finde gerade dies bedeutet „ausgestiegen zu sein“ (denn wenn nicht wären die widersprüche nicht „neu“ sondern ewig die gleichen alten hüte/es gibt keine situation ohne sie/es verändert sich lediglich die quali- und quantität).

(dazu siehe nochmals zum thema „aussteigen“ bzw. zur frage aussteigen „aus was“ beiträg von f. p. 5. absatz sowie absatz 6)

ausserdem: warum macht f. p. gegen das „stichwortartige“ das „rationalisieren in der sprache“ wo er selbst ja so sehr „stichwortartig“ (dies allerdings nur meine bescheidene meinung!) schreibt so dass es schwierig wird die geheimen hintergründigen läufe seiner gedanken nachzuvollziehen.

um das bereits abgeschlossene nun endgültig abzuschliessen: der gedanke drängt sich auf ob f. p. nicht auch zu denen gehört die (ich zitiere!): „immer & zu jeder gelegenheit irgendwas einsendebereit in den gehirn/schubladen liegen haben“.

immerhin einige gute dankanstöße kommen auch dabei meistens raus und also lassen wir's gut sein!

rat: tu uns den gefallen und schreib ein bisschen einfacher/klarer denn auch das rhetorisch farbigste/wohltin-gendste schreibwerk kann das „unlogisch“ in der logik des gedankens nicht vertuschen.

lechner c. alberta

bozen

p.s. man könnte vielleicht deutlicher sagen „kaserchen und s“ /wenn noch nicht klar sein sollte dem f.c. kaser seine „& s“ geklaut/

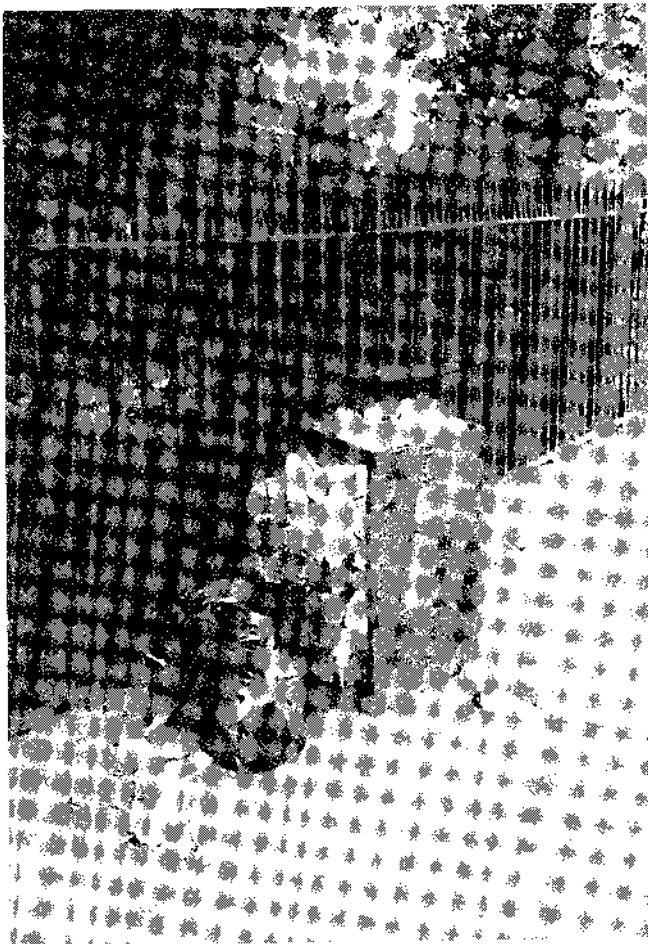
Neue Texte aus Südtirol

Alexander Hofer

Herbstelegie für H. Eichbichler

Wo gestern grün das Laub noch prahlte
Droht heute schon ein Hauch von Tod
Die graue Zeit im Jahr bricht an und kalte
Nächte machen's einem unkommod
Recht heimelig ist's nur im Eigenheim
Vom Geviert den letzten Schwalben nachzuseh'n
Im Boden tief ruht sanft der junge Keim
Auf seine Kraft und seinen Überlebenswillen
Vertraut so manches kluge Bäuerlein
Überall heißt es nun Abschied nehmen
Verflossen ist des Sommers wilde Fülle
Daß bald der dumpfen kühlen Stille
Ein neuer Anfang folgt der Leuz genannt
„Wer jetzt kein Haus hat
Baut sich keines mehr
Wer jetzt allein ist
Wird es lange bleiben“
Uns die wir darum wissen ist es überlassen
Zu sorgen daß das Leben weitergeht
Wir werden nun für lange Zeit zu Hause bleiben
Und hoffend warten und Gedächtnisse schreiben

Alexander Hofer, Jg. 1954, Student in Innsbruck,
39012 MERAN, Laurinstraße 12 b



Florian Laimgruber

fuer ulrike

gedaerme & anderes eingeweide
oder alle wege fuehren nach
hiroshima

dickdarm & duenn darm
mastdarm &
bladdarm ohne wurmfortsatz
& zuviel bier & weisse wuerste
der magen ist voller geschwuere
die leber ist viel zu gross
geraten & die galle
ist viel zu gelb
die beiden nieren
sind leicht angefault
& die lunge ist asphaltiert
die milz sticht noch
das herz wimmert
im schlamm
der abgchakkte kopf
liegt auf der erde brach
die augen sind blutunterlaufen
& starr & glitschig

wie eine qualie
labt euch mit
erstklassigem & sueffigem
wein
kostet von den
praechtigen gaensen
& nachtigallzungen &
vergesst nicht
den roten bauchspekk
von der fetten sau
der metzger hat viel gelitten
mit ihr & hat sie doch
geschlachtet & hat erbochen
was er zum fruchstueck ass
von da an speist er nur noch
wasserfloehe & kleine wanzen
die er mit schmalz
in der pfanne braet
& sie muessen auch nur
drei minuten schmoren
dann sind sie gar
& schmecken koestlich
mit hauschreckensalat
blakk is beautiful doch
abgemagert sind sie alle
& haben grosse aufgeblaechte
harte wasserbaeuche &
fliegen kricchen in ihren
gesichtern
allah ist gross &
das nirwana schlaeft
im winde sanft
visionen & illusionen
& perversionen
vespennester & spinnennetze
mistkaefer & schmeissfliegen
mutter frosch hat vielen
kautiquappen
das leben geschenkt
doch der storch hat sie
allesamt vernascht
wo ist der bauer
mit seiner sense
ein bauer ohne sense
ist wie ein kopf ohne rumpf
der ruede hebt beim
wasserlassen das bein
mit einundneunzig jahren
solite man sich endlich
umbringen & nicht den
anderen die luft wegatmen
zuviel muttermilch
verursacht pikkel
wer seinem grossvater
das fleisch nicht vorkaut
der ist fuehrwahr unmenschlich
moeglich ist viel
unmoeglich ist alles
wer kaviar isst lebt laenger
fasten ist nicht gesund
wer fastet kommt
auf schlimme gedanken
die menschen sind
wie affen
sie essen bananen

Du sagst . . .
Du sagst Du liebst die Sonne, aber Du suchst den Schatten
Du sagst Du liebst den Regen, aber Du nimmst einen Schirm
Du sagst Du liebst den Wind, aber Du flüchtest in einen Winkel
Du sagst Du liebst die Finsternis, aber Du suchst das Licht
Du sagst Du liebst den Winter, aber Du suchst die Wärme
Du sagst Du liebst das Feuer, aber Du löschst es aus
Du sagst Du liebst das Wasser, aber Du fürchtest es
Du sagst Du liebst die Natur, aber Du schützt sie nicht
Du sagst Du liebst die Menschen, aber Du förderst Streit
Du sagst Du liebst den Frieden, aber Du suchst den Kampf
Du sagst Du liebst die Tiere, aber Du lötest sie
Du sagst Du liebst die Musik, aber Du verdrängst ihren Sinn
Ich habe Angst wenn Du sagst Du liebst mich . . .

Parth Herbert, Jg. 1964, Sekretär, 59021 Lamsch/Hofgasse

Erwin Kirchner

Gedichte 1980

1.

*Ich stieg am Bahnhof aus
Sie war im verkotzten Kleid.
Ich schenkte ihr Rosen
Sie fraß sie alle auf.
Ich nahm sie an der Hand
Sie würgte immer noch.
Ich nahm sie zu mir ins Haus
Sie schloß mich raus.*

2.

*Ich habe mir ein neues Kleid gewählt,
mir das Lächeln gekauft
und das Haar gekümmert.
So sieht man mich gern,
sowas trägt man heut.
Ich kann mich nicht ertragen
in dieser Maskerade.
Aber ich habe mir abgewöhnt
für mich zu existieren.
Ich verzichte auf mich.*

3.

*Einsam, allein im
Kaffeehaus sitzen,
spüren,
wie sich Kaffee mit Zigarettenrauch
im Magen paart,
ohne Emotionen den Blick versenken,
die Hände im Schoß ersaufen
und auf niemanden warten.
Zahlen.
Um zu entfliehen.*

Erwin Kirchner, Student in Wien, Sand in Taufers/Mühlten 109

Verspottet und ausgelacht.

Tot.

In seinem verwelkten Körper grüht der Wurm.

Sein zerlumptes Kleid

stinkt noch Gebrochenem und nach Urin.

Gekämpft

und alles verloren.

Unverstanden und elend.

Dein Lächeln war ehrlich,

deine Stimme echt.

5.

Durch das Fenster

in die Nacht.

Unheimlich und bang

hängt um Körper der Rauch.

Verlorenes Ziel.

Fäusam erkenne ich

und schweigsam

mein Blick.

Kein Schutz

kein Trost.

Nicht Schlinge,

nicht Schuß

Zeit,

richte mich.

6.

Kalt und leer

und kein Drang nach Gefühl.

Allein.

Ohne erwachen.

Tod mit mir.

eine stadt und ein mensch und viele andere

ein mensch kommt in die große stadt (es kann auch eine kleine sein, so wie die unsern) und es schlägt ihm eine für die jahreszeit ungewöhnliche kälte entgegen und schon lange bevor er das gebiet der stadt eigentlich betritt und er stülpt den kragen seiner jacke hoch und er fröstelt und der mensch ist noch dazu nur leicht bekleidet und er denkt sich in einer stadt (einer solchen noch dazu) muß es doch viel wärmer sein als auf dem gewöhnlichen land, wo hier doch so viele menschen körper an körper zusammenwohnen und endlich kommt er nach einer gewissen zeit in die große stadt (es kann genauso eine kleine sein) und er begegnet dem ersten menschen und der erste mensch macht die augen ganz klein und schaut dann zur seite u. der mensch der kommt in die große stadt und sieht das erste haus und er sieht noch weitere häuser und der beton drückt auf seine schöldedecke und der mensch geht weiter und weiter durch straßen voller menschen und die tragen gesichter wie masken mit sich herum und alle treten dicht vermurmt auf und sind eigentlich gar keine menschen und sehen doch aus wie solche und der mensch kommt sich nicht mehr aus und weiß nicht mehr wo er ist und die straßen und die häuser und die menschen schauen alle gleich aus und alle haben so einen zackigen schritt wie soldaten und jemanden anzusprechen traut er sich auch nicht und alle sind so besobäftigt und traut er sich doch dann im vorübergehen und ein undeutliches murmeln kommt heraus und alle die stadtmenschen laufen in die gleiche richtung und auf und davon und umkehren kann er auch nicht mehr und er sieht nicht einmal den himmel und die sonne und er kommt in das hurenviertel und er will sich an ihnen wärmen und er hat gar kein geld und er muß weiter und weitergehen und er geht schon den ganzen hoven lang tag und es wird langsam nacht (obwohl es in einer solchen stadt eigentlich gar nie nacht wird) und er klettert über einen zaun und er schläft und hat einen altpaum und er träuert und zwei arbeiter in blauen gewändern tragen seine bank weg und ein bagger gräbt den rasen um und viele menschen mit masken vor den gesichtern und dichtvermurmt stehen herum und arbeiten und arbeiten und bauen eine straße und der mensch wacht auf am morgen und er sieht zwei grünbehaute helme und ein polizist mit zorniger nase heißt ihn aufstehen und abhauen und zwei männer kommen und fragen seine bank weg und ein bagger legt die bäume um und ein mann mit einem helm auf dem kopf und einem weißen anzug weist ihn hin auf ein schild raus aus der stadt und der mann hat einen großen plan vor seinem gesicht und mensch geht eine lange straße hinunter und ihm ist kalt und er ist nur leicht angezogen und er begegnet dem ersten frühauftaucher und der erste frühauftaucher macht kleine schlitze aus seinen augen und schaut dann zur seite und pfeift und der mensch sieht die letzten häuser der stadt und der beton arückt auf seine schöldedecke und er geht aus der großen stadt hinaus und er begegnet einem und der will in die stadt und er schaut ihm ins gesicht und sieht eine maske und seine wammen kleider und der mensch schaut auf seine zehenspitzen und kann nichts sagen und er sieht ein großes schild und da steht willkommen in der großen stadt drauf

Ende der Wirtschaftskrise! Neuer wirtschaftlicher Aufschwung in Südtirol!

Alle Südtiroler können aufatmen! Die düsteren Wirtschaftsprognosen, mit denen der Landeshauptmann Ende November das ruhige Leben in unserem Land aufrüttelte, sind hinfällig und können vergessen werden.

Ein neuer Wirtschaftszweig, eine neue Exportquelle wurde entdeckt. Nein — keine Ölfunde im Obervinschgau, keine Abbaumöglichkeiten von Uran im Passeier, keine Rohstoffe, die Ursache von internationalen Krisen sein oder die für kriegerische Zwecke mißbraucht werden könnten. Es ist etwas,

und Angebote, die dann folgten, waren überwältigend. Manche Leute wollten sogar ihre soeben erst erworbenen Notunterkünfte für eine kleine Südtiroler Fichte tauschen. Dann folgten die Angebote aus anderen Ländern, sogar skandinavischen, die trotz ihres Waldreichtums die hohe Qualität den Südtiroler Tannen und Fichten nicht aberkennen konnten. Berühmte Städte wie New York, Paris, London, Tokio, Peking u. a. können sich bereits rühmen, im Besitz eines Südtiroler Weihnachtsbaumes gewesen zu sein. Derzeit steht in der, in bezug auf Weihnach-



was Frieden und Liebe vermittelt, man könnte es als die „gute Nachricht Südtirols für den Rest der Welt“ nennen, kurzum — es ist der Export von Südtiroler Weihnachtsbäumen.

Mit dem weltbekannten Weihnachtsbaum für ein armes Dorf im Erdbebengebiet in Südtalien (siehe Bild), womit sämtliche Spenden und Unterstützungen anderer Länder und Organisationen in den Schatten gestellt wurden, fing es an. Die Anfragen

ten traditionsgeschwängerten Stadt Wien ein Christbaum aus den Wäldern Südtirols.

Nach dem durchschlagenden Erfolg der neuen Raumfähre Columbia denkt man bereits an die Stationierung eines Südtiroler Weihnachtsbaumes auf dem Mond. Diesbezügliche Anfragen der NASA liegen bereits vor.

Auch unser berühmter Bergsteiger R. Messner brachte einen Vorschlag ein, nämlich einen echten Südtiroler Weihnachtsbaum auf dem höchsten Berg der Welt aufzustellen. Der Antrag wurde bereits genehmigt.

Weitere originelle Vorschläge liegen noch vor,

Rudi Schöpf,
Jahrgang 1958, Student in Innsbruck,
39012 Latsch, Törlweg 4

z. B. der eines bekannten Künstlers, die genaue Nachahmung eines Südtiroler Christbaumes in Bronze.

Als Dank für die wirtschaftlichen Erfolge Südtirols, die ja ganz Italien zugute kommen, gedenkt die italienische Regierung das Lied „O Tannenbaum“ zu Ehren Südtirols als Nationalhymne einzusetzen.

Schwieriger waren die Anfragen aus den Entwicklungsländern zu behandeln, da man nicht anfangen konnte, Süti Weiba (so die offizielle Abkürzung für Südtiroler Weihnachtsbaum) zu niedrigen Preisen herzugeben oder gar zu verschenken. So einigte man sich auf dem I. Internationalen Weihnachtsbaumkongreß in Meran für Kiefern oder Föhren, deren Vorteile einmal der Preis, dann auch die gute Anpassungsfähigkeit an das tropische Klima sind. Einzig und allein die UdSSR war noch die glückliche Besitzerin von Süti Weiba. Da ihre Anfrage zur Zeit der Olympischen Spiele von Moskau eingereicht wurde, mußte man leider aufgrund internationaler Abkommen auch einen Weiba-Boykott durchführen. Inoffiziell kam es jedoch zu einzelnen Christbaum-Käufen; so stand in der Wohnung des Parteichefs Leonid Breschnjew Weihnacht '80 bereits der zweite Süti Weiba. Auch dem frischgebackenen Schwachweltmeister Anstofi Karpow wurde ein solcher versprochen.

Ein wertvolles Kennzeichen und eine zusätzliche Feinheit der Weihnachtsbäume, deren Preis natürlich davon abhängig ist, befindet sich an deren Stamm: ein Herz, ein Edelweiß und der Name unseres Landeshauptmannes, eingraviert von einem original Grödner Holzschnitzer.

Doch soviel Vorteile es gibt -- nicht nur finanzieller Art, denken wir nur an die Publicity und das Prestige, das uns die Süti Weiba einbringen -- es treten leider auch einzelne negative Erscheinungen auf: So bemühen sich verschiedene Umweltschutzgruppen, die notwendige Ausdehnung dieser wichtigen Einnahmequelle unseres Landes zu verhindern, indem sie die Anzahl der exportierten Stücke einschränken wollen.

Ein anderes zweifelhaftes Vorhaben ist der Versuch, nicht nur grüne Weiba zu produzieren; angeblich sollen militante Anhänger der „black power“-Bewegung schwarze, Extremisten aus sozialistischen Ländern sogar rote Christbäume angefordert haben.

Während diese Vorschläge auf ihre Wirtschaftlichkeit hin noch untersucht werden, sind die Forderungen einiger „Punks“, die Zweige der Bäume in allen möglichen Farben zu züchten, von vornherein abzulehnen. Auch sind bereits Fälschungen aufgetaucht, sogar versehen mit der obgenannten Schnitzerei, deren Unechtheit jedoch nicht zu entlarven ist. Auch die Kraft und Schönheit der Bäume, die auf tirolerischem Boden gedeihen, ist unverkennbar. Doch ist es leicht möglich, Leute, welche die typischen Tiroler Charakterzüge nicht gut kennen, zu hintergehen.

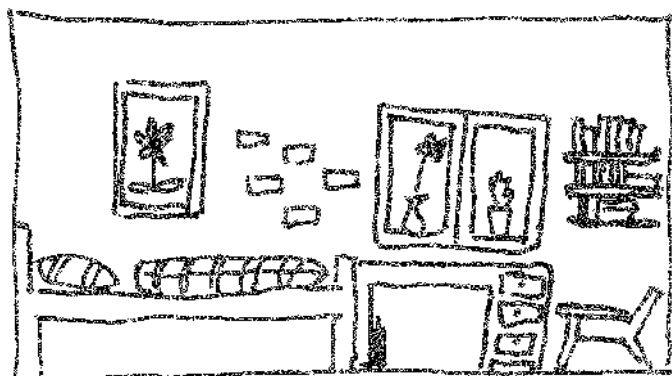
Seit kurzem versuchen einige böse Menschen durch Schmuggel und Privatverkauf schnell zu Reichtum zu kommen. Daß dieses Vergehen, dieser Verrat an Südtirol, streng bestraft wird, hat unsere Partei bei den letzten Autonomieverhandlungen erfolgreich durchgesetzt; dies zum Ärger vieler italienischer „Weiba-Liebhaber“, zumal der größte Anteil der beim Schmuggel Erkappten dieser Sprachgruppe angehört.

Welchen Schaden die Südtiroler Wirtschaft damit erleidet, ist wohl jedem einleuchtend, doch werden wir alles unternehmen, um unsere Monopolstellung auf diesem Gebiet, die uns laut Autonomiestatut bis zum Versiegen dieser Devisenquelle (wenn es keine Bäume mehr gibt) zusichert, zu verteidigen und zu halten. Dies nicht nur gegenüber Feinden im Inneren des Landes, sondern auch gegen ausländische Konkurrenz.

Um das Geschäft noch weiter ausdehnen zu können, gedenkt man sogar, das Weihnachtsfest 2- bis 3mal im Jahr zu feiern, oder eventuell zu Ostern und zu Pfingsten auch einen Baum aufstellen zu lassen. Die Verhandlungen, die derzeit mit dem Vatikan geführt werden und an denen auch unser Landeshauptmann beteiligt ist, werden etwa bis Mitte '82 abgeschlossen sein. Sollten diese zu keinem für die Südtiroler Wirtschaft günstigen Ergebnis führen, würde der Landeshauptmann, so seine Drohung, seine Kandidatur als Parteiohmann zurückziehen.

Mit diesem Statement verabschiedet sich die Südtiroler Weihnachtsbaumexport Aktiengesellschaft (Süti WeibaEx AG) und wünscht allen Kunden frohe Weihnachten '81.

Haben Sie schon einen Süti Weiba?



Der Vorstand der Südtiroler Hochschülerschaft schreibt einen Fotowettbewerb zum Thema „Studentisches Wohnen“ aus. Bei genügend Einsendungen wird eine Fotobroschüre zu diesem Thema herausgegeben.

Die Bilder sollen nicht größer sein als DIN A4
Einsendeschluß ist Ende April '81!

Buchbesprechungen

Sigurd Paul Scheichl

Norbert C. Kaser: Kalt in mir. Ein Lebensroman in Briefen.

Herausgegeben von Hans Haider, Hannibal-Verlag, Wien 1981. 195 Seiten.

Anlässlich des Erscheinens von „Eingeklemmt“ hat der Wiener Schriftsteller Hermann Schödlauer das Zugrundeliegende Kasers an sich selbst und an seiner Umwelt eindringlich formuliert: „(...) die einen verkehren mit Mördern, die anderen mit Selbstmördern, ich verkehre beider mit Selbstmördern bis jetzt. Natürlich werden die Selbstmörder von Mördern zur Strecke gebracht.“

Der große Erfolg von „Eingeklemmt“ ist ohne das Schicksal seines Autors wohl nicht ganz zu erklären. Ein Leben und Tod des frühverstorbenen Norbert C. Kaser ist ein Mythos entstanden, der vielleicht mehr Neugier auf das Leben dieses bedeutenden Satirikers und Lyrikers hat entstehen lassen als den Wunsch nach bisher unbekanntem Werken Kasers.

„Kalt in mir“ erfüllt diesen Wunsch wie jene Neugier. Der Mensch, der schwicrige Mensch Kaser wird durch diesen Briefband sehr viel deutlicher sichtbar; die Briefe sind aber auch literarische Texte, ja sie sind in ihrer großen Mehrzahl als solche kopiert. Ob es deshalb strahlhaft ist, die chronologisch angeordneten Briefe — die nur eine Auswahl aus dem gesamten Briefwerk sein konnten — als einen „Roman in Briefen“ zu bezeichnen, bleibt dahingestellt. Entscheidender als die Wahl von Titeln und Untertiteln sind die Texte, die an Qualität hinter dem, was „Eingeklemmt“ enthält, kaum zurückstehen.

Der Band enthält im übrigen nicht nur Briefe, sondern auch einige von Kaser zur Veröffentlichung bestimmte oder bereits veröffentlichte Texte, darunter (S. 31–38) vor allem die berühmte gewundene Rede, die er 1969 auf der Studententagung der Südtiroler Hochschülerschaft in Brixen gehalten hat: „Südtirols Literatur der Zukunft und der letzten zwanzig Jahre“. Sie ist durch ihren aggressiv-polemischen Ton so sehr wie durch die in ihr aufgestellten Forderungen an eine neue, ernstzunehmende Südtiroler Literatur ein Schlüsseltext für Kasers Entwicklung. Obwohl manches, ja vieles überspitzt ist, ist diese Absage an einen kleinkarierten Provinzialismus, an eine allein an der klassischen Überlieferung ausgerichtete Auffassung von Kunst und Literatur — „Unser Tagblatt könnte Kulturpolitik betreiben und betreibt sie auch; bei Goethe ist stop“ (S. 36) — immer noch aktuell.

Dr. Sigurd Paul Scheichl, Jg. 1942,
Univ. Ass. in Innsbruck

Schön wäre es, wenn heute, über 12 Jahre nach dieser Rede, die Wunden so weit vernarbt wären, daß die verantwortlichen Kulturpolitiker in Südtirol Kasers Gedanken nicht mehr nur als Pamphlet abtun, sondern ernst nehmen würden...

Neben diesem wichtigsten der hier veröffentlichten „Dokumente“ finden sich unter anderem auch eindringliche Texte (leider so gut wie keine Briefe) aus der Zeit von Kasers Noviziat im Brunecker Kapuzinerkloster (vor allem S. 14–19), die zeigen, wie ernst dieser sein Mönchtum genommen hat — und wie wichtig es ihm auch hier schien, aus der Tradition heraus zu Neuen vorzustoßen.

Der weit überwiegende Teil des Buches besteht aber aus Briefen, vor allem aus Briefen an Freundinnen und Freunden, in denen immer wieder auch ganz Persönliches ausgesprochen wird. Dennoch hat man nie oder fast nie den Eindruck, sich in das Privatleben eines eben Verstorbenen einzunischen. Daß ein solcher Eindruck vermeiden wird, ist das Verdienst des Herausgebers der taktvoll ausgewählt und gekürzt hat, dem freilich auch zuzugute kam, daß für Kaser vor allem in seiner Zeit als Lehrer in Vennau und noch mehr in Bozen die Briefe ein wichtiger Teil seiner literarischen Produktion geworden waren und daß er sie deshalb zum Teil fast publikationsreif stilisiert hat — ohne daß sie deshalb an Spontaneität verloren hätten. Es war auch eine richtige Entscheidung Heiders, in vielen Fällen die Namen der Briefadressaten nicht zu nennen (oder sie zumindest nicht zu erläutern); schon dadurch werden die Briefe aus der Sphäre des Zu-Privaten herausgelöst.

„Literarische“ Briefe im dem Sinn, daß darin viel von Literatur die Rede wäre, finden sich in dem Band verhältnismäßig selten; es sind auch nicht allzu viele an Schriftsteller und Literaten gerichtet: an Gerhard Kofler, Joseph Zoderer, Hans Haider, Alfred Gruber und einige wenige andere. Immerhin geben manche Briefe Auskunft über literarische Interessen und Abneigungen des Autors, auch über seine umfassende Lektüre: „was meine literatur angeht bin ich international & allesfresser“ (S. 127). Die Erwähnung dieses oder jenes Autors reicht nicht aus, um nun Kaser das Etikett dieses oder jenes „Einfasses“ aufzulegen, aber es gibt in diesen Briefen doch Hinweise darauf, womit er sich auseinandergesetzt hat. Übrigens auch mit Villon... (S. 178).

Viel wichtiger als die gelegentlichen literarischen Exkurse ist die fast allgegenwärtige Aggressivität gegen die Autoritäten, die er für die stäbliche

kulturelle Lage Südtirols verantwortlich macht, ist die fortwährende Auseinandersetzung mit Provinzialität und mit sterblich gewordenen Berufungen auf die Tradition. Schon in einem der frühesten hier aufgenommenen Briefe heißt es 1966: „Bei uns hat die Welt hinter dem Kronplatz ein Ende (...)“ (S. 8). 1969 wendet er sich in einem Brief an das Südtiroler Kulturinstitut bereits ausdrücklich gegen dessen „Quasi-Monopolwirtschaft“ (S. 24). 1971 schreibt er an einen SII-Funktionär erbittert über die „moderner Kulturpapste & ihr orthodoxes Fußvolk an Schafen“ (S. 73) und wendet sich im gleichen Brief aus Anlaß einer insgesamt sehr niveaulosen Rezension gegen Hermann Eichbichler, unter anderem mit den Worten: „die Diktatur der Dummheit ist in jeder Hinsicht unserer Untergang“ (S. 74) und „Diktatur ist nicht etwas worauf sich mit falschen ästhetisismen & der Berufung auf Goethe herumreiten laßt“ (S. 75). (Der 1975: „die politische Situation hat sich natürlich nicht im mindesten verändert es schmeckt alles trübe & faß nach svp-suppe“ (S. 123) — was Kaser übrigens nicht daran hindert, im selben Brief mit herzlichen Worten seines verstorbenen Lateinlehrers zu gedenken, wiewohl dieser ein führender SVP-Politiker gewesen war.

Die Aggression wendet sich aber durchaus auch gegen Freunde, etwa in der Absage an ein von der SH organisiertes Literaturtreffen (Ende 1976; S. 163) oder in der Stellungnahme gegen eine Universitätsgründung in Bozen, die er nicht mit den üblichen nationalen Argumenten ablehnt, sondern „weil ich der Meinung bin daß man zum studieren hinaus soll meinetwegen in Palermo germanistik bologen & in uppsala dafür romanische sprechen“ (S. 124).

Diese Auseinandersetzung mit der kulturellen und politischen Atmosphäre Südtirols wird viele Leser an dem Band vielleicht am meisten interessieren: ihre Kehrseite ist das Leiden des Menschen Kaser an diesen Verhältnissen in seiner Heimat, an die er doch zuletzt gebunden bleibt und nach der er — 1975 im Spital von Verona — „simples einfaches heilweh“ empfindet (S. 156). Wie dieses Leiden des gewiß schwierigen Menschen Kaser — sich hier schon immer ein diffiziles problemstueckchen gewesen“ (S. 156) — hier zum Ausdruck kommt, läßt sich kaum in Zitate fassen; dieses unbestimmte Unglückselbstsein ist dennoch überall präsent. 1966 schreibt der wegen der mißglückten Matura in Bruneck Zurückgebliebene an einen in Wien studierenden Mitschüler: „weil ich würde mir zur Zeit am meisten Spaß machen, es ziemt sich leider

nicht" (S. 3). 1969 schreibt er aus Wien an seine Schwester: "(...) da habe ich sofort 100 S versoffen. Es war mein erster Luxus hier in Wien, und im Gasthaus habe ich so lange gewohnt, bis das Bierglas wieder voll war. Du weißt ja, wie Besoffene vor sich hinbeulen können" (S. 43) -- eine Stelle, die in ihrem überbordenden Selbstironie für Kasers Stil charakteristisch ist. Auch in einem Brief von 1970 ist wieder von „rockenem trüben“ die Rede (S. 49). 1975, nach zwei Nervenzusammenbrüchen: „kurzum ich will nicht weiterplakieren“ (S. 129); im selben Jahr, als er Flaas verlassen muß: „geredet haben wir wenig nur gerauert wie ich auch jetzt weine“ (S. 134). Und noch einmal über diese Zeit: „ich habe den halben Oktober viel gewohnt & getrunken“ (S. 150). Zu Weihnachten 1975 in der Norvenklinik: „(...) & plärre drauflos ohne Hoffnung nur in erwartung einer alles heilsenden vakuumspitze“ (S. 155). Diese Sätze stehen nicht hier, um Kaser als einen hilflosen Psychopathen zu diffamieren, sondern weil sie die Grundstimmung des Unglücklichseins charakterisieren, aus der sein Werk entstanden ist, die er freilich oft durch Selbstironie zu überspielen trachtet.

Man könnte noch vieles über die Inhalte der Briefe sagen; wichtiger scheint es mir, einem kurzen Hinweis auf ihre literarischen Qualitäten zu geben. Beeindruckend ist vor allem -- wie in den Gedichten -- Kasers Sinn fürs Detail, sein Vorzicht auf alles Abstrahieren und Theoretisieren. Immer wieder wird aus einer Briefstelle eine kleine Skizze, manchmal fast eine kleine Geschichte: die Beschreibung eines Motorradunfalls in Bruneck (S. 28) genauso wie die Beschreibung der Kollegin in Flaas (S. 102) oder die selbstironischen Berichte aus der Heilanstalt in Verona.

Die Briefe sind zumeist umgangssprachlich formuliert und sehr assoziativ aufgebaut. Sie gehen in der Regel nur wenig auf den Partner ein, sondern sind Mittel der Aussprache der eigenen Probleme, der Darstellung eigener Erfahrungen; oft hat man den Eindruck, Kaser wolle in ihnen etwas festhalten, das er im jeweiligen Augenblick nicht in eine feste literarische Form bringen konnte. Kasers Sinn für Sprache zeigt etwa folgender Satz aus einem Brief an Paul Mora: „alles erscheint auf anhieb ungemain lyrisch aber es ist nicht so: wenn ich jetzt sage hier sei das leben herb dann meine ich herb & nicht ein schoenes eigenschaftswort (...)" (S. 111).

Parodie, Ironie, Wechsel der Stillebene, Reihungen, Überhebungen, öfter Understatements, Vergleiche sind einige der vielfältigen Stilmittel, die Kaser in seinen Briefen verwendet. Auch grafisch sind sie schön für die Veröffentlichung bestimmten Texten angelegentlich (vgl. das Faksimile auf S. 16).

Bei einer Ausgabe, die nicht vom Autor selbst stammt, ist es üblich, auch die editorische Technik zu rezen-

sieren. Zu Holders Auswahl ist wenig zu sagen, da man nicht wissen kann, was er weggelassen hat; doch besteht kein Grund, an seinem Satz, daß ein doppelt so dicker Band „Kasers Figur nicht wesentlich deutlicher abbilden“ würde (S. 192), zu zweifeln.

Daß der Herausgeber sich auf kurze Zwischentexte beschränkt hat, die die jeweilige Lebenssituation Kasers charakterisieren, wird man vielleicht bedauern; gerade der Nichttiroler Leser hätte wohl Anspruch darauf gehabt, daß die eine oder andere Anspielung erläutert wird, und selbst der Tiroler Leser wird nicht unbedingt wissen, was der Satz: „als ‚Kuperion‘ will ich keineswegs enden!“ (S. 174) bedeutet. (Er bezieht sich auf einen Vinschgauer Maier, der als Trinker zugrunde-ging.) Doch insgesamt sind diese Briefe uns zeitlich -- und den meisten Lesern auch räumlich -- noch so nahe,

daß die Entscheidung des Herausgebers, auf eine selbst minimale Kommentierung zu verzichten, immerhin verständlich ist. Es war wohl in der Tat vorzuziehen, der Öffentlichkeit einmal die Texte zugänglich zu machen.

Der Name der Druckerei wird im Impressum verschwiegen. Es ist zu hoffen, daß das nicht ein technisches Vorsehen ist, sondern Ausdruck der Scham. Weniger wegen der auch nicht gerade seltenen Druckfehler als wegen der zahllosen schiefen und krummen Zeilen; man sehe sich einmal S. 66 genauer an.

Eine Rezension hat schließlich keine andere Aufgabe, als dem Leser einen Ratschlag zu geben: soll er ein bestimmtes Buch lesen oder nicht? Dieses sollte er unbedingt lesen, die schiefen Zeilen sind mir auch erst beim dritten Lesen aufgefallen.

Günther Waibl

Zur Archäologie der Popularkultur (Rezension)

Einen bisher aus den verschiedensten Gründen arg vernachlässigten Bereich, den der Popularkultur nämlich, widmet sich seit 1974 eine Forschungsgruppe an der Technischen Universität Berlin (West), finanziell unterstützt von der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Das Forschungsprojekt dient der Ermittlung von Sammlungen und Dokumentationen auf dem Gebiet der Massen- und Alltagskunst, der Massenkunst, der Warenästhetik: also vom Plakat über Firmenfestschriften bis zum Hörfunk-Werbespot, vom Heftroman über Ansichtskarten bis zum Nippes.

In einer Fragebogenaktion wurden zwischen 1976 und 1978 insgesamt 1900 öffentliche Bibliotheken, Museen und Archive sowie Privatsammler angesprochen und befragt. Die Rücklaufquote der Fragebogenaktion war mit 40 Prozent relativ zufriedenstellend; doch es zeigt sich, daß wenige Institutionen auf dem Sektor saumeln: nur 370 Institutionen meldeten solche Bestände an. Die erfragten Daten und Informationen wurden nicht nur auf EDV gespeichert, sondern liegen nunmehr in Buchform vor: Ludwig Fischer/Dietger Pforte/Kristina Zerges/Hella Dunger: Zur Archäologie der Popularkultur -- Eine Dokumentation der Sammlungen von Produkten der Massenkunst, Massenkunst und Werbung. Berlin 1979, 617 S. (Vertrieb: Universitätsbibliothek der Technischen Universität Berlin, Schutzgebühr DM 10).

Die Dokumentation verzeichnet die Bestände von 370 Institutionen inner-

halb der BRD und Berlin-West. Sie ist unterteilt in: 1. Verzeichnis der Sammlungen, 2. Nachträge zu 1, 3. Verzeichnis der Institutionen ohne Bestände bzw. mit noch nicht erschlossenen Beständen und 4. kombiniertes Register nach Sammelgebieten, Regionen/Städten und Berichtszeiträumen. Mit etwas Übung ist es für all jene, welche in diesen Bereichen Erstinformationen und Originalmaterial benötigen, ein äußerst brauchbares Arbeitsmittel; spezielle Fragestellungen können über das EDV-Material ausgefüllt werden. Die Dokumentation dient also dem Kommunikations- und Medienwissenschaftler ebenso wie dem Kunst- und Literaturwissenschaftler, der Kulturforschung wie dem Ästhetischen und sozialkulturellen Unterricht an Schulen und Hochschulen.

Das Nachschlagewerk kann, wie dies auch die Herausgeber betonen, natürlich nur den Ist-Zustand zu einem bestimmten Zeitpunkt ermitteln; eine Revision und Ergänzung wäre deshalb innerhalb bestimmter Zeitabstände nötig. Die Projektgruppe selbst strebt außerdem eine Koordination der Sammel- und Dokumentationsaktivitäten an, sowie langfristig die Einrichtung einer Dokumentations- und Arbeitszentrale für den Bereich Warenästhetik und Alltagskunst. So könnte dann das krasse Mißverhältnis zwischen der fehlenden repräsentativen, systematisch erschlossenen Materialgrundlage und dem zunehmenden Interesse verschiedener Wissenschaftsbereiche (Kunst- und Literaturwissenschaft, Publizistik und Medienwissenschaft, Volkskunde und Sozialpsychologie usw.) abgebaut werden.

Günther Waibl, Publizist
39081 Bruneck, Alpinstraße 6

Vor allem durch ihre Ehrlichkeit gewinnt die vorliegende Dokumentation an Brauchbarkeit. K. Zerges und H. Dunger legen in einem Beitrag die Vorgangs- und Verfahrensweise der Fragebogenaktion auf und diskutieren (und relativieren) anhand einer eingehenden Analyse die Ergebnisse derselben. L. Fischer gibt im Einleitungsbeitrag Aufschluß über das Zustandekommen der Arbeitsgruppe (aus einer Krisensitzung v. a. der Literaturwissenschaftler, aus einer „Mangel-Erleuchtung“ heraus). In einem weiteren Beitrag „Zur Archeologie der Popularkultur?“ versucht er die beiden tragenden Begriffe des Buchtitels zu umschreiben und zu bestimmen, zumal „die Räder des Materialbereiches sehr unscharf sind“ (S. 11); dies geht auf „Schwierigkeiten der theoretischen Durchdringung zurück“ (S. 539), wenngleich vor theoretischen Untersuchungsansätzen zur Popularkultur auch erst noch „Kriterien der Selektion und der Aufbereitung entwickelt werden“ (S. 546) müssen. Abschließend zeigt Dietger (Pforte einige „Kultur- und bildungspolitische Aspekte der Sammlung und Dokumentation von Popularkultur“ an). Auf Hoch- und Popularkultur eingehend, besteht er auf der These von der Existenz einer Kultur, welche allerdings „entsprechend der klassen-, schicht- und gruppenspezifischen Struktur einer Gesellschaft zu gleichen Zeiten unterschiedliche, ja widersprüchliche Ausdrucksformen gefunden hat und findet“ (S. 605).

Die SKOLAST-Redaktion bittet alle Studenten, nach Abschluß ihres Studiums dies im SH-Büro Borden zu melden. Dies soll dazu dienen, für die Zukunft eine möglichst vollständige Aufstellung aller Studienabschlüsse Südtiroler Studenten zu haben sowie im Falle von Arbeitsangeboten möglichst zufriedenstellend als Vermittlungsstelle arbeiten zu können.

